INTERNATIONALE POLITIK SPECIAL

IP SPECIAL • Nr. 1/2022 • Mercator Kolleg • 9,90 Euro – 2728

Mercator Kolleg 2021

Berichte, Erfahrungen, Engagement

AufRuhr

Das Magazin der Stiftung Mercator

Digitalisierte Gesellschaft | Europa in der Welt | Klimaschutz | Teilhabe und Zusammenhalt

Solidarität zeigen, das Klima schützen, Europa erleben.

Wie das geht:

www.aufruhr-magazin.de

Das Magazin der

STIFTUNG MERCATOR

Flexibel, kreativ und resilient

Die Kollegiat*innen des 12. Jahrgangs des Mercator Kollegs für internationale Aufgaben begannen ihr Kolleg-Jahr mitten in der zweiten Welle der Corona-Pandemie. So traten die meisten von ihnen ihre erste Arbeitsstation notgedrungen im Homeoffice an und lernten ihre Arbeitskolleg*innen über den Bildschirm kennen. Den Widrigkeiten zum Trotz haben alle ihre Projekte erfolgreich beenden und an vielen Stellen internationale Erfahrungen sammeln können. Flexibel und kreativ sind die Kollegiat*innen mit den Unwägbarkeiten der Pandemie umgegangen und haben dabei ihre Resilienz unter Beweis gestellt – eine Fähigkeit, die für internationale Karrieren essenziell ist.

Gerade in Zeiten, in denen der Grundgedanke einer uns alle verbindenden Menschlichkeit vermehrt infrage gestellt wird, braucht die internationale Gemeinschaft kluge Köpfe, die kritische Fragen stellen und für die Verwirklichung ihrer Ideale einstehen. Verantwortungsvolle junge Menschen auf ihrem Weg dahin zu unterstützen und Brücken zwischen ganz unterschiedlichen Fachgebieten und Gesellschaftsbereichen zu bauen, dafür setzen sich die programmtragenden Institutionen aus Deutschland und der Schweiz seit nun zwölf Jahren gemeinsam ein.

Das Mercator Kolleg lebt von dieser Vielheit an Perspektiven, die sich auch in den Projektideen des 12. Jahrgangs widerspiegelt: So haben sich die Kollegiat*innen mit der Schaffung globaler Governance-Strukturen ebenso befasst wie mit der Einbindung regionaler Akteur*innen bis hin zur Unterstützung lokaler Gemeinschaftsprojekte: Welchen Ordnungsrahmen brauchen wir für eine gemeinwohlorientierte Künstliche Intelligenz? Wie können religiöse Akteur*innen in die Lösung regionaler Konflikte eingebunden werden? Welche kulturspezifischen Herausforderungen stellen sich bei der psychosozialen Unterstützung von geflüchteten Familien? Wie können wir nachhaltig auf die Folgen der klimabedingten Veränderung unserer Umwelt reagieren?

Die Artikel der Kollegiat*innen, die diese elfte Sonderbeilage versammelt, zeichnen sich durch vielschichtige und innovative Lösungsansätze aus. Diese Ansätze haben die Kollegiat*innen während des vergangenen Jahres mit Nachdruck vorangetrieben und dabei neben Verhandlungsgeschick, Überzeugungskraft und Kritikkompetenz auch die Fähigkeit bewiesen, mit Rückschlägen konstruktiv umzugehen.

Wir wünschen Ihnen eine anregende, zuversichtlich stimmende Lektüre.

Dr. Annette Julius
Generalsekretärin,
Studienstiftung des deutschen Volkes

Michael Schwarz
Geschäftsführer,
Stiftung Mercator

Dr. Klara Sekanina
Direktorin,
Schweizerische Studienstiftung

Dr. Andrew Holland
Geschäftsführer,
Stiftung Mercator Schweiz

nefia netzwerk für internationale aufgaben

Das Netzwerk für internationale Aufgaben

Wir sind das stetig wachsende deutsch-schweizerische Ehemaligennetzwerk des Mercator Kollegs für internationale Aufgaben und des früheren Stiftungskollegs.

Unsere über 400 Mitglieder, die aus vielen verschiedenen Fachbereichen kommen, übernehmen weltweit gesellschaftliche Verantwortung und setzen sich für internationale Verständigung ein.

Als Netzwerk bieten wir unseren Mitgliedern eine Plattform für den Austausch und Kontaktpflege. Gleichzeitig teilen wir in Veranstaltungen und Publikationen umfangreiches Praxis- und ExpertInnenwissen zu global relevanten Themen und versuchen, junge Menschen in Deutschland und der Schweiz für das Arbeiten in internationalen Einsatzfeldern zu begeistern.

Fotos: J. Mitchell und G. Diez, Rechte: nefia e. V.

www.nefia.org

Förderer und Partner

STIFTUNG MERCATOR

Stiftung Mercator Schweiz

Schweizerische Studienstiftung
Fondation suisse d'études
Fondazione Svizzera degli Studi
Fundaziun svizra da studis
Swiss Study Foundation

Studienstiftung des deutschen Volkes

Vom Neuen

Wie kommt das Neue in die Welt? Kreativität ist hilfreich, Fantasie und Offenheit. Die richtige Situation, ein überfälliger Moment. Vielleicht ein bereiteter Boden, oder sein Gegenteil: entschiedener Widerstand, beharrlicher Trotz nach andauernder Zurückweisung. Neues kann aus einem Plan, aus Prozessen und gesteuerter Produktivität genauso entstehen wie aus schierem Zufall, einer Katastrophe oder einem Unfall.

Philosophen sagen, ein Zustand des Unbelasteten sei wichtig, um Neues schaffen zu können. Gegen ein Innovationsmanagement würden sie sich verwahren: zu viel Prozess, zu wenig Spiel. Nun – eine Antwort auf die Frage, ob es besonders geeignete oder häufige Muster für Erfindungen gibt, wollen wir als *IP* gerne den Systemdenkerinnen und -denkern überlassen. Was wir allerdings wollen, ist frischem Denken ein Forum zu bieten, originellen Sichtweisen eine Bühne und neuen Wegen einen Raum. Und deswegen gibt es auch in diesem Jahr eine Sonderausgabe der *Internationalen Politik* mit dem Mercator Kolleg.

19 Kollegiatinnen und Kollegiaten haben sich mit drängenden Fragen unserer Zeit beschäftigt. Mit dem Kampf gegen Klimawandel und Armut, mit Nachhaltigkeit, Ressourcen- und Finanzströmen, mit Migration, virtueller Realität oder sozialer Gerechtigkeit und vielem mehr.

2021 hat die Corona-Pandemie ein weiteres Jahr Themenauswahl, Reise- und Zugangsmöglichkeiten sehr viel mehr beeinflusst als das allen lieb sein konnte. In solch engen, reduzierten Zeiten hat man aber erst recht ein Bedürfnis nach Klarheit, Frische und Konstruktivität im Denken. Die *IP* freut sich auch mit dieser elften Kolleg-Ausgabe sehr über die Kooperation mit der Stiftung Mercator und der Studienstiftung des deutschen Volkes.

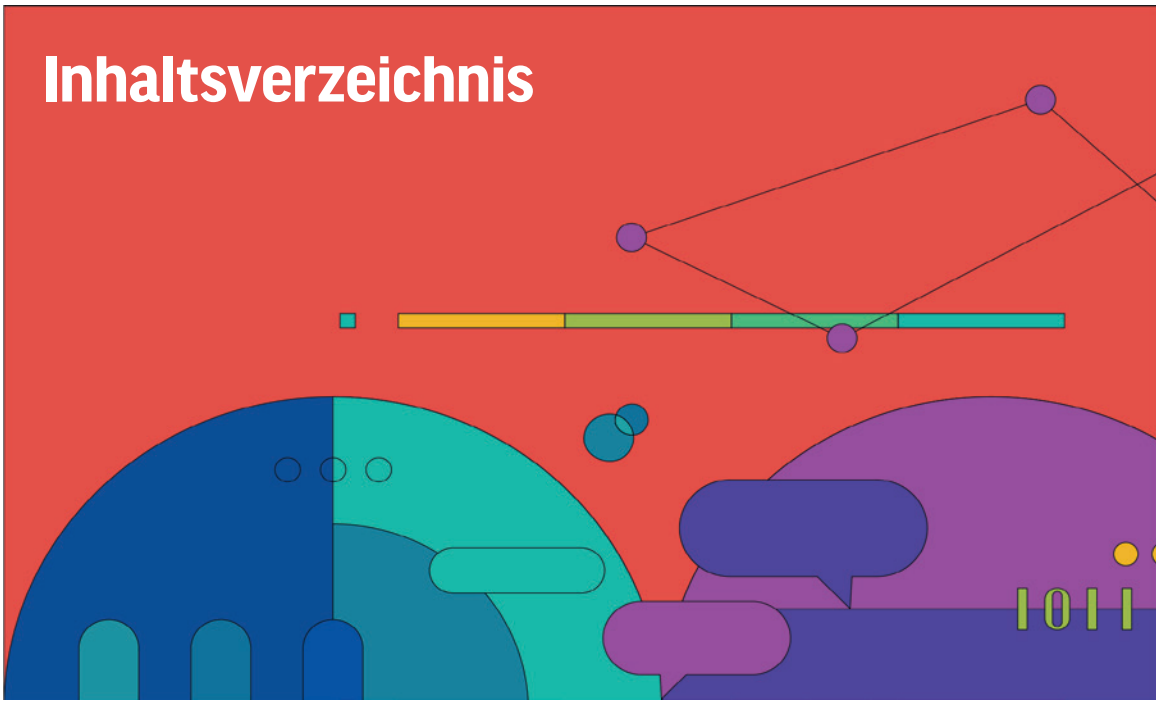
Vieles in diesem *IP Special* stimmt optimistisch, weil es von den Fähigkeiten und Lösungsansätzen einer kommenden Generation berichtet, vom Verstehen-können und Handeln-wollen; und das haben nach Lage der Dinge unsere Gesellschaften nötiger denn je.

Von Neuem also dürfen wir Ihnen, liebe Leserin und lieber Leser, die Arbeiten des Mercator Kollegs vorlegen – sie künden vom Neuen.

Wir wünschen gute Erkenntnisse!

Martin Bialecki
Chefredakteur

Inhaltsverzeichnis



EDITORIAL 1

EDITORIAL *Von Martin Bialecki* 3

VORWORT: **Handlungsbedarf**
Von Klaus Scharioth 6

VORWORT: **Zwei besondere Jahre**
Von Georges Martin 7

Frauen und Entwicklung

Von und für Unternehmerinnen in Afrika
Drei Frauen aus Senegal, Uganda und Kenia berichten über ihre Erfahrungen, über Vorurteile und Fortschritte. *Von Felicia Siegrist* 10

Finanzielle Inklusion verbessern
Für Frauen in ländlichen Gebieten ist es besonders schwer, Zugang zum Finanzmarkt zu finden. Fünf Vorschläge. *Von Sophie Falsini* 13

Friedensstifterinnen stärken
Welche Strategien tragen dazu bei, den Einfluss von lokalen Frauengruppen auf Friedensprozesse zu stärken?
Von Laura Gerards Iglesias 16

Mehr Teilhabe durch Innovation
Design Thinking und Human-Centered Design können zu besseren Projekten in der Entwicklungszusammenarbeit führen.
Von *Rim Melake* 18

Religiöse Frauen an der Front
Im Interview berichtet Palwasha, wie sie in Afghanistan islamische Grundsätze nutzt, um Frauenrechte zu fördern.
Von Mona Hein 21

Klima und Umwelt

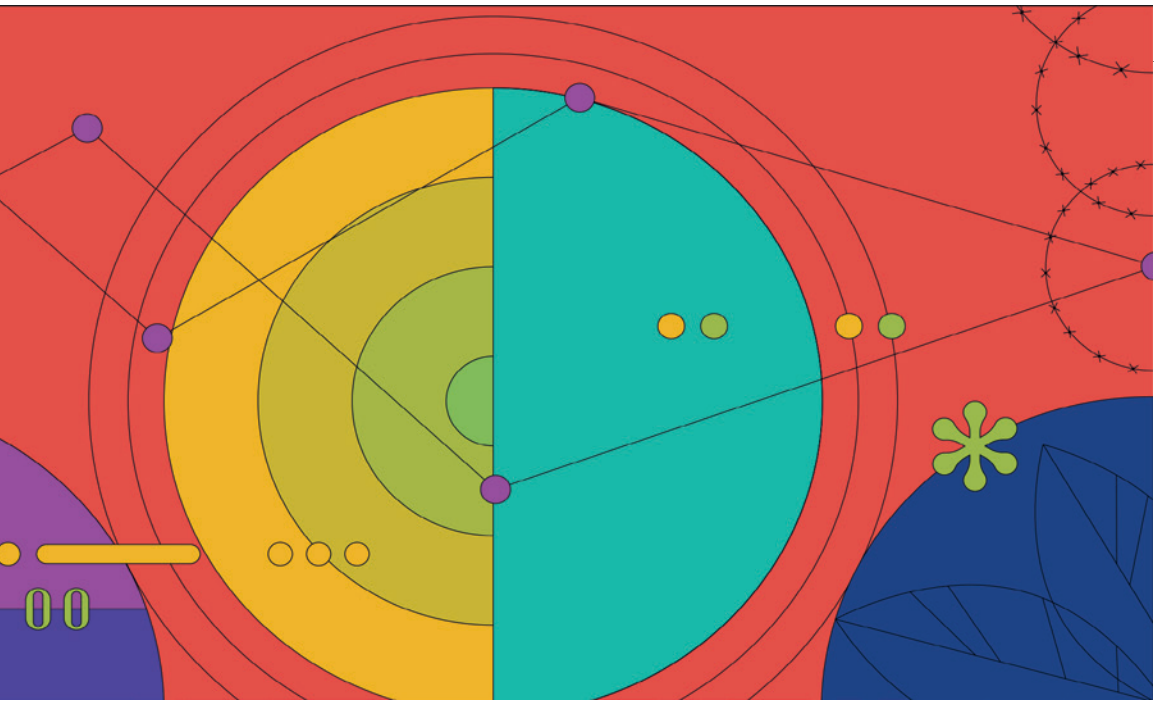
Klimaneutrale Konzerne
Nicht nur Länder, sondern auch Unternehmen formulieren Netto-Null-Ziele, um Klimaneutralität zu schaffen.
Von Mattia Mäder 26

Klimaschutz heißt Umverteilung
Denn technologischer Fortschritt und individuelle Verhaltensänderungen reichen nicht aus, um die Klimakrise zu stoppen.
Von Lisa Kadel 28

Von Gewinnern und Verlierern
Soziale Realitäten abbilden: Die Kosten der Transformation müssen gerechter verteilt werden. Von *Jan-Oliver Distler* 31

Schokolade „Made in Africa“
Der Kakaoanbau in Ghana ist für Kleinbauern wenig ertragreich und führt zur Abholzung von tropischem Regenwald. *Von Manuel Holzer* 36

Nachhaltige humanitäre Hilfe
Hilfsorganisationen können durch Partnerschaften mit Unternehmen umweltfreundliche Synergien schaffen. *Von Dorothee Nussbruch* 39



Migration und Menschenrechte

Flucht versus Lockdown
Wie wirkt sich die Covid-19-Krise auf die Mobilität von Menschen aus, die unter Folgen des Klimawandels leiden?
Von Hoang Tran Hieu Hanh 44

Mitgefühl oder Mitschuld
Humanitäre Organisationen helfen auch in Gefangenenlagern. Das führt zu schwierigen Entscheidungen und Kompromissen.
Von Peter Grabitz 47

Die vergessene Flüchtlingskrise
Vom täglichen Überlebenskampf der Südsudanesin Hiba, die in Uganda in der größten Flüchtlingssiedlung Afrikas lebt.
Von Noemi Skala 50

Glaube in Aktion
Ein Imam im Senegal arbeitet im Dienste der Bevölkerungsentwicklung auch mit Hebammen zusammen. Von *Pelumi Olusanya-Winter* 53

Zukunft und Technologie

Wettlauf nach irgendwo
Künstliche Intelligenz wird zu einem Spielball geopolitischer Interessen der USA, Chinas und Europas. *Von Maximilian Gahntz* 58

Digitaler Einsatz für den Frieden
Smarte Technologien können auch zu smarten Lösungen werden und Friedensprozesse unterstützen.
Von Irina Siminichina 60

Schwarz und deutsch sein
Deutschland entzieht sich weiterhin seiner kolonialen Verantwortung und bekämpft Rassismus nicht ernsthaft.
Von Sheena Anderson 63

Recht auf psychische Gesundheit
Das Beispiel der „unterstützten Entscheidungsfindung" zeigt, wie Menschen künftig besser geholfen werden kann.
Von *Judith Achenbach* 66

Gutes besser tun
Erkenntnisse aus der Verhaltenswissenschaft nutzen, um Politik effektiv und menschengerechter zu gestalten.
Von Laurenz Scheunemann 70

Leitung 75
Jahrgang 76
Impressum 80

Handlungsbedarf

Von Klaus Scharioth

Große Veränderungen stehen ins Haus: In Zeiten raschen Klimawandels müssen wir weltweit unsere Wirtschaftsmodelle radikal umbauen. Die Energiegewinnung muss sich weg von fossilen zu erneuerbaren Energien ändern. Wir werden unsere Steuersysteme tiefgreifend überdenken müssen; die globale Mindeststeuer ist nur ein erster Schritt. Neue Digitaltechniken erfordern ganz neue Regeln.

All dies muss sozial gerecht ausgestaltet werden, wenn wir nicht die Legitimität unseres Gesellschaftsmodells einbüßen wollen. Rechtsstaat und Meinungsfreiheit, die Grundlagen unserer Demokratie, sind in Gefahr, selbst in Europa. Autokraten wähnen sich im Vormarsch. Die europäische Friedensordnung und die regelbasierte Weltordnung, von denen wir so sehr profitieren, müssen aktiv verteidigt werden. All dies in Zeiten einer Pandemie. Gewaltige Aufgaben und wenig Zeit für ihre Lösung.

Was ist zu tun? Eines steht fest: Keines dieser Probleme lässt sich auf nationaler Ebene allein lösen. Dies ist die Stunde noch engerer europäischer, internationaler und multilateraler Zusammenarbeit. Vorbei die Zeit, als uns das Unglück anderer Weltregionen nichts anzugehen schien. Klar ist auch, dass all dies einen langen Atem und dafür gut ausgebildete, vor allem junge Akteure verlangt.

Darum gibt es das Mercator Kolleg für internationale Aufgaben. Hier arbeiten engagierte junge Frauen und Männer daran, sich das Rüstzeug dafür zu erwerben, sich diesen Aufgaben Schritt für Schritt und mit Erfolg zu stellen. Trotz Corona waren sie auch in diesem Jahr überall in der Welt, in Kampala, Bangladesch, Nairobi oder Dakar. Sie stellten sich die Fragen, die für uns alle im 21. Jahrhundert besonders relevant sind: Wie können die notwendigen Kosten für die Umwandlung zu einer nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft gerecht verteilt werden? Können finanzielle Inklusion und finanzielle Allgemeinbildung im ländlichen Raum ein wirksames Instrument zur Armutsbekämpfung werden? Wie muss Innovation in der Entwicklungszusammenarbeit aussehen? Erbringt Familienplanung eine demografische Dividende? Können öffentlich-private Partnerschaften lokale Kapazitäten in der humanitären Hilfe stärken? Welche Auswirkungen hat der Klimawandel auf Mobilität, Migration, Flucht und Vertreibung? Welche Rolle spielt die Versorgung chronisch Erkrankter dabei?

Unsere Kollegiatinnen und Kollegiaten haben über diese und viele andere genauso relevante Fragen einen fruchtbaren Dialog begonnen: mit ihren Mitstreiterinnen vor Ort, in der Gruppe und mit der Kolleg-Leitung. So – davon bin ich überzeugt – können wir auch die schwierigsten Fragen lösen, die sich unseren Gesellschaften stellen. Diese jungen Menschen sind nicht nur eine immense Bereicherung, sie sind auch eine große Freude. Sie werden mit Begeisterung und strategischer Geduld, aber auch mit Fingerspitzengefühl und innerer Kraft ihren Beitrag dazu leisten, diese Welt ein bisschen besser zu machen. Wie schon Erich Kästner festhielt: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es."

Dr. Klaus Scharioth ist Rektor des Mercator Kollegs für internationale Aufgaben und Professor of Practice an der Fletcher School of Law and Diplomacy in den USA.

Zwei besondere Jahre

Von Georges Martin

Als die 19 Kollegiatinnen und Kollegiaten des 12. Jahrgangs im Oktober 2020 ihr Kolleg-Jahr begannen, stand das schwierige Szenario, das sie erwarten würde, mehr oder weniger fest. Im Gegensatz zu ihren Vorgänger*innen im 11. Jahrgang, über die die Covid-Pandemie überraschend hereingebrochen war. Wir alle mussten lernen, mit einem Virus umzugehen, der unser Leben und die globale Ordnung auf den Kopf gestellt hatte. Insbesondere für junge Menschen, die den Sprung in die internationale Zusammenarbeit wagen wollten, war das schwierig. Denn wie können internationale Netzwerke und Austausch entstehen, wenn Kontakte nur einen Namen haben: Zoom?

Auch wenn das Jahr 2021 aus Sicht der internationalen Beziehungen mit der Ablösung von Donald Trump durch Joe Biden in Washington gut begonnen hat, so erinnert uns die Folgezeit, die in dem Debakel in Kabul ihren Höhepunkt nahm, daran, dass es viel mehr als einen einfachen Personalwechsel braucht, um die globalen Fehler der Vergangenheit und, vielleicht noch mehr, den schlechten globalen Führungsstil wiedergutzumachen. Die Risiken eines Krieges zwischen den USA und China erinnern uns heute mehr denn je an die Dringlichkeit eines „New Deal“ in der Geschichte der Menschheit und des Planeten. In Erwartung neuer politischer Führungspersönlichkeiten, die auf sich warten lassen, wird unsere Mission umso dringlicher und wichtiger: Wir müssen Bürger*innen einer verantwortungsvollen, gerechteren, geeinteren und nachhaltigeren Welt werden. Denn heißt es nicht, dass wir die Anführer*innen haben, die wir verdienen? Dann sollten wir sicherstellen, dass wir etwas Besseres verdienen!

Mission Impossible? MK11 und MK12 haben das Gegenteil bewiesen! Sie haben durch ihren Mut, ihren Erfindungsreichtum und ihre Entschlossenheit beeindruckt, wobei sie sich immer diese nötige Prise Humor bewahrt haben, die einem hilft, selbst durch die hundertste Zoom-Konferenz zu kommen. Allen Umständen zum Trotz setzten unsere Kollegiat*innen ihre Suche in den Bereichen Menschenrechte, Klima, Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Frieden, Gesundheit, Migration und Zusammenarbeit fort.

Diese Forschungsbereiche sind eine Konstante in der großen Mercator Kolleg-Familie. Die Entscheidungen unserer Stipendiat*innen haben stets die Herausforderungen unserer Zeit widergespiegelt und sind ihnen zugleich vorausgegangen. Wie ein Thermometer für unser Fieber und ein Kompass für unsere Zukunft!

Was diese zwei Jahre jedoch ans Licht gebracht haben, ist die Solidarität, die über die „Mercatorianer*innen“ hinausgeht. Von Solidarität wird gesprochen, wenn alles gut läuft – aber in schwierigen Zeiten wird sie gelebt.

Ich möchte diese Gelegenheit auch nutzen, um allen unseren heldenhaften Freund*innen von MK11 und MK12, die Covid reichlich ihren Tribut gezollt haben, die brillante Zukunft zu wünschen, die sie verdienen. Aber auch, um ihnen für alles zu danken, was sie uns in diesen zwei besonderen Jahren gegeben haben.

Georges Martin ist Vizerektor des Mercator Kollegs für internationale Aufgaben.

Frauen und Entwicklung

Mit Mut, Ausdauer und Kreativität spielen Frauen eine immer wichtigere Rolle: Sie tragen zu wirtschaftlichem Wachstum, Frieden und Fortschritt bei.

Von Felicia Siegrist, Sophie Falsini, Laura Gerards Iglesias, Rim Melake und Monika Hein

100
500

Von und für Unternehmerinnen in Afrika

Als Frau zu gründen, ist nicht einfach – und noch viel weniger in Afrika. Drei Unternehmerinnen aus Senegal, Uganda und Kenia berichten über ihre Erfahrungen, über Herausforderungen und Fortschritte.

Von Felicia Siegrist

Ich sitze heute Morgen im Layu Café in Dakar, das zu einer Restaurantkette in Senegal gehört, die von Madji Sock gegründet wurde. Sie hat mehrere Jahre als Beraterin in den USA gearbeitet, bevor sie zurück nach Senegal kam, Layu Café gründete und die Beratungsfirma Dalberg in Westafrika aufbaute. Wie schwierig es für senegalesische Unternehmerinnen ist, an Kredite zu kommen, hat die erfolgreiche Beraterin erlebt. Da das Bankensystem in Senegal vorwiegend auf Netzwerken und Beziehungen basiert und Frauen diese Kontakte oft nicht haben, wurde auch ihr ein Kredit verwehrt: Sie musste die Finanzierung von Layu Café selbst stemmen. Diese Erfahrung hat Madji Sock motiviert, zusammen mit drei weiteren Frauen „WIC Capital" zu gründen. WIC Capital ist ein Investmentfonds, der ausschließlich in Unternehmen von Frauen investiert und ihnen so den Zugang zu Eigenkapital und anderen Finanzierungsformen ermöglicht.

Es ist bemerkenswert, was Madji Sock mit Layu Café, Dalberg Westafrika, WIC Capital und ihrer eigenen Designer-Marke, die ich noch gar nicht erwähnt habe, aufgebaut hat, oder? Doch all das zählt für die senegalesische Gesellschaft nicht wirklich. „In Senegal eine Frau zu sein, bedeutet, verheiratet zu sein und Kinder zu haben. Das ist das Einzige, was wichtig ist. Ich bin weder verheiratet noch habe ich Kinder, und obwohl ich durch meine Projekte viel für die Gesellschaft geleistet habe, wird es nie genug sein, weil ich nicht verheiratet bin", erklärt die Unternehmerin. Diesem Gesellschaftsbild nicht zu entsprechen und eine neue Rolle einzunehmen, ist nicht einfach. Und wir sprechen hier nicht von bedürfnisorientiertem Unternehmertum oder Handel. Denn Kleinunternehmertum oder Handel wird von senegalesischen Frauen sogar erwartet, um ihre Familien zu versorgen – und nebenbei sollen sie noch genügend Zeit haben, um sich um Kinder und Ehemann zu kümmern.

Um gesellschaftlichen Ansprüchen nachzukommen, halten Frauen ihre Unternehmen oft klein und lokal

Tatsächlich weist der afrikanische Kontinent weltweit die höchste Rate von Frauen als Unternehmerinnen auf. Doch darum geht es hier nicht, sondern um chancenorientiertes Unternehmertum, das sehr viel Zeit benötigt; so viel Zeit, dass es nicht mehr möglich ist, alle Ansprüche der Gesellschaft zu erfüllen. Dies hat zur Folge, dass Frauen ihre Unternehmen oft klein und lokal halten oder erst zu

einem späteren Zeitpunkt im Leben gründen. Madji Sock betont: „Im Kern geht es um dieses Zeitkonzept und den Mut von Frauen, selbst zu entscheiden, wie und wo sie ihre Zeit investieren wollen."

Auf der anderen Seite des Kontinents, in Uganda, hat Sarah Atuhaire mit ähnlichen Herausforderungen zu kämpfen. Ich habe die Gründerin von Akaboxi und Zoora während meiner Stage beim Start-up-Accelerator F-LANE kennengelernt. Akaboxi ist eine Fintech-Plattform, die es Gruppen von Kleinbäuerinnen ermöglicht, digital zu sparen und untereinander Kleinkredite zu vergeben. Über Zoora werden den Kleinbäuerinnen zusätzlich Trainings zu Themen wie Landwirtschaft, Klimawandel, Geschlechterdynamiken oder finanzieller Bildung angeboten.

Sarah Atuhaire erzählt, dass ihre größte Herausforderung darin bestehe, neue Finanzquellen aufzutun. Derzeit sucht sie nach Investorinnen und Investoren, die mit Eigenkapital Akaboxi zum Wachsen bringen. Passende Kapitalgeberinnen zu finden, die sich mit dem afrikanischen Markt auskennen und gesellschaftlicher Wirkung einen ähnlichen Wert beimessen wie finanzieller Rendite, sei nicht einfach.

Was Bankkredite als Finanzierungsinstrumente anbelangt, bleibe sie eher vorsichtig. „In dieser Hinsicht sind Männer anders. Männer haben weniger Angst vor Risiken und akzeptieren Kredite, ohne lange nachzudenken. Und übrigens sind es oft auch nur Männer, denen Kredite angeboten werden", so Sarah Atuhaire. Vor ihrem Sprung ins Unternehmertum arbeitete sie 13 Jahre als Bankangestellte und hat so täglich miterlebt, wie Frauen Kredite verweigert wurden.

Dieser Missstand hat sie dazu bewegt, selbst aktiv zu werden und Frauen, die vom Finanzsystem ausgeschlossen sind, mit einer digitalen Lösung zu unterstützen. „Die Wahrscheinlichkeit, dass Kredite zurückgezahlt werden, ist bei Frauen wesentlich höher als bei Männern; doch ihnen fehlen das nötige Pfand (meist Landbesitz) oder finanzielle Aufzeichnungen, um von Banken oder anderen Finanzinstituten bedient zu werden. Hier füllen Fintechs wie Akaboxi eine wichtige Lücke."

Obwohl sie Kredite zuverlässig zurückzahlen, bleibt es für Frauen schwierig, an Finanzierung zu gelangen

Als Frau in einer Männerdomäne

Im Nachbarland Kenia hat Catherine Mahugu zusammen mit zwei Frauen aus den USA vor neun Jahren das Sozialunternehmen SOKO gegründet. SOKO ist eine Schmuckmarke, die über eine mobile Technologie-Plattform selbstständige Handwerkskünstlerinnen und -künstler aus den Armenvierteln von Nairobi mit internationalen Märkten verbindet. Während meiner Stage bei SOKO durfte ich eine digitale Entrepreneurship-Trainings-App für Kleinunternehmen entwickeln und bin dabei mit Veronicah Rachiedo in Kontakt gekommen. Sie erzählte mir von den Schwierigkeiten, als Frau in einer männerdominierten Domäne wie der Schmuckindustrie Fuß zu fassen. Die Unterstützung von Familie, Gemeinschaft und SOKO habe ihr dabei geholfen, ein profitables Kleinunternehmen aufzubauen und Anerkennung von ihren männlichen Kollegen zu erhalten.

Auch die SOKO-Gründerin und Tech-Unternehmerin Catherine Mahugu erzählt von den Herausforderungen, als afrikanische Frau in einer männerdominierten Branche zu arbeiten. Mit ihrem Abschluss

in Computerwissenschaften an der Universität Nairobi und ihrem jungen Alter sei sie oft mit einem „Was-weißt-du-schon-von-Tech-Blick“ angeschaut worden, was ihr das Gefühl gab, sich selbst und anderen immer zuerst beweisen zu müssen, kompetent und qualifiziert genug zu sein. „Als Frau muss man doppelt so hart arbeiten“, so Catherine Mahugu. Und als Frau dürfe man keine Erfolge feiern, da man sonst sofort als arrogant abgestempelt werde. Das sei bei Männern anders. Sie werden oft als Vorbilder gefeiert.

Solche Situationen haben Catherine Mahugu anfangs zwar entmutigt, sie dann jedoch bestärkt, ihre Denkweise zu ändern. Die Unterstützung durch ihr Netzwerk und ihre Familie habe ihr geholfen, mit den Herausforderungen als Gründerin in der Tech-Branche umzugehen. Auch andere E-Commerce-Firmen und weibliche Vorbilder in Tech haben Catherine Mahugu ermutigt und ihr bewusst gemacht, dass auch andere nur Schritt für Schritt zum Erfolg gelangten. Deshalb sei es so wichtig, dass Frauen als Vorbilder anerkannt werden, was nur möglich sei, wenn sie ihre Erfolge nach außen kommunizieren und so für andere sichtbar werden.

Den Wandel vorantreiben

Die drei Gründerinnen sind sich einig, dass, obwohl noch ein langer Weg bevorsteht, Veränderungen hin zu einem inklusiveren Start-up-System zu beobachten sind. Erstens ist ein institutioneller Wandel zu erkennen. Es gibt immer mehr „Gender-Lens“-Investmentfonds wie WIC Capital, die exklusiv in Gründerinnen investieren oder die zumindest Diversitätskriterien in ihren Investmentprozess integrieren. Das Umdenken in traditionellen Finanzinstitutionen wie Investmentfonds oder Banken hat gerade erst angefangen und sollte durch mehr Frauen in Schlüsselpositionen beschleunigt werden, da sich gezeigt hat, dass Investorinnen eher in Unternehmen von Frauen investieren. Auch immer mehr afrikanische Regierungsinstitutionen und Unternehmen integrieren Quoten für Bestellungen von weiblichen Lieferanten in ihre Beschaffungsprozesse.

Institutioneller Wandel, mehr Start-up-Programme und Support-Netzwerke für Frauen: Das Umdenken hat eben erst begonnen

Zweitens gibt es mehr Support-Programme, die Unternehmerinnen gezielt fördern. Dabei haben sich Initiativen, die auf Soft Skills wie Selbstvertrauen oder Führungskompetenzen ausgerichtet sind, als besonders effektiv erwiesen. Gleichzeitig ist es wichtig, auch Männer in die Programme zu integrieren, um durchzusetzen, dass Frauen mehr Ownership über ihre eigene Zeit haben. Drittens sind Support-Netzwerke und Vorbildfunktionen sehr wichtig, um diesen gesellschaftlichen Wandel voranzutreiben. Support-Netzwerke beraten Unternehmerinnen und machen ihnen Mut, während Erfolgsgeschichten von afrikanischen Gründerinnen wie Madji Sock, Sarah Atuhaire und Catherine Mahugu zeigen, was möglich ist, und andere Frauen inspirieren, ihrem Beispiel zu folgen.

So haben ihre Geschichten auch mich inspiriert. Meine Mit-Kollegiatin Rim Melake und ich haben während unseres Kolleg-Jahres das Sozialunternehmen Kusuka gegründet. Wir arbeiten mit Handwerkskünstlerinnen aus Afrika zusammen und verkaufen ihre selbstgemachten Produkte über Online-Verkaufskanäle.

Ein Teil des Gewinns fließt zurück in Entrepreneurship-Trainings, die wir zusammen mit den Handwerkskünstlerinnen definieren und durchführen.

Wir hoffen, dass wir durch Kusuka einen Beitrag zu einer geschlechtergerechteren Zukunft leisten können: indem wir Kleinunternehmerinnen unterstützen, ihre Geschäfte auszubauen, und vielleicht auch andere Frauen inspirieren, zu Gründerinnen zu werden. • •

Felicia Siegrist arbeitete in Berlin beim Start-up-Accelerator F-LANE, in Nairobi und Kampala bei SOKO und in Dakar bei der Beratungsfirma Dalberg.

Finanzielle Inklusion verbessern

Für Frauen in ländlichen Gebieten ist es besonders schwer, Zugang zum Finanzmarkt zu finden. Dabei wäre es so wichtig, diesen zu erleichtern. Hierbei sollten fünf Aspekte berücksichtigt werden.

Von Sophie Falsini

Mehr als eine Milliarde Frauen haben keinen Zugang zum formellen Finanzmarkt und sind von Armut stark betroffen. Frauen in ländlichen Gebieten sind besonders benachteiligt, da sie vor zahlreichen Herausforderungen stehen, um ein Einkommen zu erzielen. So haben sie im Durchschnitt ein niedrigeres Bildungsniveau, weniger Freiheiten innerhalb der Familie und oft kaum Zugang zu Krediten und anderen produktiven Ressourcen. Laut Schätzungen des Weltwirtschaftsforums „wird es 136 Jahre dauern, um die globale Geschlechterkluft zu schließen, wenn sich die Dinge jetzt nicht drastisch verändern“. Warum ist das so?

Neben rechtlicher, politischer und wirtschaftlicher Diskriminierung wirken sich auch soziale Normen negativ auf Frauen aus – indem sie ihnen untersagen, sich außerhalb ihres Zuhauses zu bewegen oder zu arbeiten, ein Bankkonto zu eröffnen oder ein Telefon zu besitzen. Durch geschlechtsbasierte soziale Normen werden Frauen diskriminiert und entmachtet, und Ungerechtigkeit wird dadurch verschärft. Weil solche Normen die Produktivität und das Potenzial vieler Frauen hemmen, haben sie auch tiefgreifende Auswirkungen auf ihre finanzielle Teilhabe.

Ein Finanzmarkt, der für alle Menschen zugänglich ist, bekämpft Armut und steigert den Wohlstand. Deshalb ist die Förderung finanzieller Inklusion benachteiligter Gruppen das Ziel vieler sozial- und entwicklungspolitischer Projekte. Wenn Frauen in ländlichen Gebieten finanziell gefördert werden, ist das ein wirksames Mittel zur Bekämpfung von Armut. Die Teilhabe am Finanzsystem stärkt die Verhandlungsposition von Frauen innerhalb der Familie und ermöglicht es ihnen, Ersparnisse für schwierige Zeiten zur Seite zu legen. Damit werden sie unabhängiger, widerstandsfähiger gegenüber Krisen und finanziell ermächtigt.

Finanzielle Inklusion ist somit ein wichtiges Instrument, um die negativen Folgen sozialer Normen abzufedern.

Die Verbesserung der wirtschaftlichen Chancen und des Zugangs zu produktiven Ressourcen (z.B. Land und Kapital) hat großen Einfluss auf den Wirtschaftsstatus von Frauen und auf das Familieneinkommen insgesamt. Zahlreiche Studien zeigen, dass wenn Frauen Zugang zum Finanzmarkt haben – beispielsweise ein Bankkonto besitzen oder einen Kredit aufnehmen können –, sich auch die Ausgaben für Bildung, ausgewogenere Ernährung und gesundheitliche Versorgung erhöhen. Insbesondere geschlechtsspezifische digitale Finanzdienstleistungen spielen eine wichtige Rolle bei der Verbesserung der Lebensbedingungen von Frauen.

Hilfreiche Innovationen

Digitale Technologien haben den Finanzsektor grundlegend verändert. Banken, Fintech und Finanzdienstleister können heute Künstliche Intelligenz, analytische Software oder Automatisierung strategisch einsetzen, um ihre Dienstleistungen für Kunden zu erweitern. Beispiele sind Online-Banking, Betrugserkennungssysteme oder virtuelle Assistenten. Solche Technologien sind in jüngster Zeit exponentiell gewachsen, da sie Familien und Unternehmen dabei geholfen haben, die Herausforderungen der Covid-19-Pandemie zu meistern. Solche Innovationen sind auch dazu geeignet, Frauen den Zugang zum Finanzmarkt zu ermöglichen.

Weltweit haben nur 65 Prozent aller Frauen ein Bankkonto (bei den Männern sind es 72 Prozent). Um den Zugang zum Finanzmarkt für Frauen zu verbessern, scheinen folgende fünf Aspekte besonders wichtig.

Eine rosa Verpackung reicht nicht: Finanzprodukte müssen die Wünsche von Frauen in den Mittelpunkt stellen

Erstens: Bei innovativen und technologiebasierten Finanzdienstleistungen müssen Frauen im Mittelpunkt stehen. Finanzdienstleistungen müssen für Frauen zugänglich und auf ihre besonderen Wünsche, Bedarfe und Ziele zugeschnitten sein. Finanzprodukte einfach nur „rosa zu verpacken“, reicht natürlich nicht. Frauen müssen stärker beteiligt werden an der Gestaltung neuer oder bei der Anpassung bestehender Finanzdienstleistungen. Um es mit den Worten zweier gambischer Frauen aus dem Dorf Kujew zu sagen: „Wir wissen, was wir brauchen. Dienstleister müssen lernen, uns zuerst zu fragen.“

Es gibt bereits positive Beispiele. Eines davon ist die Nutzung von angepassten „Know Your Customer“-Anforderungen und psychometrischen Tests, um die Kreditwürdigkeit von Privatpersonen und Unternehmen besser beurteilen zu können, wenn eine Kredithistorie und formale Dokumentation nicht vorhanden sind (das ist oft der Fall bei Frauen). Wenn es um Frauen in ländlichen Gebieten geht, spielen Innovationen beim Mikrolending, Versicherungen gegen Ernteausfälle, assetbasierte Lending-Modelle oder PAYGO-Systeme eine große Rolle. Diese können es Kleinbäuerinnen ermöglichen, arbeits- und zeitsparende Maschinen wie Traktoren, Solarwasserpumpen und Haushaltsgeräte zu finanzieren, womit ihre Produktivität gesteigert werden kann.

Zweitens: Um soziale Normen zu schwächen, darf man sie nicht ignorieren. Soziale Normbarrieren sollten bei der Förderung von finanzieller Inklusion sowie bei Entwicklungsprogrammen stärker berücksichtigt werden. Wenn die Mobilität von Frauen wegen normativer Erwartungen eingeschränkt ist, sollten Finanzdienst-

Zugang zu besserer Grundbildung kann ein Mittel sein, um frauenfeindliche soziale Normen abzuschwächen

leister einen stärkeren Fokus auf mobile Bezahlsysteme (zum Beispiel das kenianische M-PESA) oder lokale Finanzagenten legen. „Es gibt immer mehr Kundinnen, die die Chance ergreifen, ihre Finanzen selbstständig und unabhängig vom Ehemann zu regeln", erklärte mir Maria, eine M-PESA-Agentin aus der kenianischen Region Naivasha. Doch viele Frauen, insbesondere in ländlichen Gebieten, sind nicht alphabetisiert. Das führt mich zum nächsten Punkt.

Wissen ist Macht

Drittens: Frauen sollten ermächtigt werden. Damit Frauen von Finanzdienstleistungen profitieren, brauchen sie Zugang zu finanzieller und digitaler Grundbildung. Dieser Zugang muss auf die sozio-normativen, finanziellen und zeitlichen Einschränkungen der Frauen ausgerichtet und mit ihren Lebensbedingungen vereinbar sein, d.h. es braucht kostenlose Kinderbetreuung, die Übernahme von Transportkosten und flexible Zeiteinteilung. Insgesamt sind mehr Investitionen in gezielte Aus- und Weiterbildung erforderlich, insbesondere im Bereich Finanz- und Digitalkompetenzen. „Die Teilnahme an finanziellen und beruflichen Weiterbildungskursen ist meine Lieblingsbeschäftigung. Dadurch kann ich meine Fertigkeiten stärken, einen besseren Job finden und meine Kinder besser versorgen", berichtete mir lächelnd Fatou, eine junge Frau aus dem gambischen Dorf Soma. Der Zugang zu besserer Grundbildung kann deshalb auch ein Mittel sein, um frauenfeindliche soziale Normen abzuschwächen.

Viertens: Eine bessere Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Interessenvertretern ist unerlässlich. Um das Vertrauen der Frauen in Finanzdienstleistungen zu erhöhen, müssen rechtliche Rahmenbedingungen für digitale und nichtdigitale Finanzdienstleistungen geschaffen werden, z.B. Verbraucher- und Datenschutz. Zudem sollten Anreize geschaffen werden, damit der Privatsektor in von Frauen geführten Unternehmen investiert. Das kann durch Darlehensprogramme und Risikofonds für Frauen, „Gender Lens Investing" und Gruppenfinanzierung geschehen. Dabei ist die Förderung von Ownership besonders wichtig. Dies erklärte mir eine Gruppe von Korbflechterinnen aus Fort Portal im westlichen Uganda: „Diese Produkte sind schön, weil wir daran gearbeitet haben." Durch Ownership können das Selbstwertgefühl und die Produktivität von Frauen gesteigert werden. „Jetzt fühle ich mich ermächtigt und habe meine Stimme wiedergefunden", sagte mir Yassin aus dem gambischen Dankuku.

Fünftens: Mehr Forschung für bessere Angebote. Für die Ausarbeitung von kundenorientierten und nachhaltigen Angeboten für Frauen sowie Evaluierungsmaßnahmen sollte Forschung stärker vorangetrieben werden. Für ein besseres Verständnis der unterschiedlichen finanziellen Bedarfe von Frauen je nach Lebensphase sollte es mehr geschlechterdifferenzierte Datenerhebung und -auswertung geben. Damit könnten bessere und strategischere Entscheidungen getroffen werden.

Frauen spielen eine wichtige Rolle im wirtschaftlichen Transformationsprozess. Die finanzielle Inklusion von Frauen wirkt sich positiv auf ihre Lebensverhältnisse

aus – und gleichzeitig auf die Wirtschaftsleistung, Gesundheit und Bildung der Gemeinschaft. Um dieses Potenzial zu entfalten, brauchen wir mehr nachhaltige, von Frauen mitformulierte Ansätze, damit soziale und normative Hindernisse überwunden werden können. • •

Sophie Falsini arbeitete für die Consultative Group to Assist the Poor in Kenia und Uganda sowie den UN Capital Development Fund in Gambia.

Friedensstifterinnen stärken

UN-Resolution 1325 sollte Frauen den Zugang zu Friedensprozessen ermöglichen. Doch der Effekt blieb gering. Welche Strategien können dazu beitragen, den Einfluss lokaler Frauengruppen zu stärken?

Von Laura Gerards Iglesias

Spätnachmittag, Konferenzraum eines Tagungshotels auf neutralem Boden. 15 Friedensstifterinnen von beiden Seiten eines seit Jahren andauernden Konflikts schauen konzentriert auf den Text, der an die Wand projiziert wird. Die von den Frauen verfasste Erklärung soll die Basis für eine Dialogplattform zwischen lokalen Friedensstifterinnen beiderseits der Konfliktlinie werden. Es ist eines der seltenen Bekenntnisse zu Dialog zwischen Akteurinnen aus einer Region, in der sonst mit Waffen und Narrativen gegeneinander gekämpft wird. Die Erklärung enthält konkrete Forderungen und viel Mut – doch ob die Nachricht bei den Konfliktparteien ankommt, ist noch offen.

Ortswechsel. Zurück in der Hauptstadt, Sitz der meisten internationalen Organisationen im konfliktgebeutelten Land. Basierend auf der Erklärung bekunden internationale Akteure großes Interesse an der Frauengruppe und versenden Einladungen zu Konsultationen mit Vertreterinnen der internationalen Gemeinschaft. Einzelne Frauen erhalten die Chance, ihre Perspektiven auf mögliche Konfliktlösungen zu äußern, es werden Notizen gemacht. Konsultationen mit Friedensstifterinnen sind seit der Verabschiedung der UN-Resolution 1325 zu Frieden, Frauen und Sicherheit zumindest unter internationalen Akteuren keine Seltenheit mehr.

Aber Konsultationen allein reichen nicht aus, damit der Agenda der Frauengruppen die nötige Aufmerksamkeit geschenkt wird. Wie viele andere Frauen in ähnlichen oder ferneren Regionen vor ihnen sieht sich auch diese Frauengruppe gesellschaftlichen Machtstrukturen ausgesetzt, die den Zugang und Einfluss der meisten Gesellschaftsgruppen auf Friedensprozesse und der damit einhergehenden Verteilung von Ressourcen und Macht verschließen. Zu rigide sind die Machtstrukturen, und zu oft stagnieren weltweit die meisten offiziellen Friedensprozesse, da geostrategische und machtpolitische Interessen der Konfliktparteien einer Lösung im Wege stehen.

Der Blick auf die Rolle von Frauen als Friedensstifterinnen in anderen Transformationsprozessen kann jedoch Anstöße geben, wie mit unkonventionellen

Strategien sichtbare und unsichtbare Grenzen überwunden werden können. In Kolumbien, Tunesien, Liberia/Sierra Leone/Guinea, Irland/Nordirland oder Israel/Palästina setzten breite Bündnisse von Frauengruppen die Konfliktparteien durch öffentliche Demonstrationen und Blockaden unter Druck, den Konflikt durch Dialog zumindest zeitweilig beizulegen und Frauen Zugang zu den Gesprächen zu ermöglichen. In Somalia oder Irland/Nordirland gründeten Frauen über ethnische oder religiöse Konfliktgrenzen hinweg einen eigenen Clan bzw. eine eigene Partei, um an den Friedensverhandlungen teilnehmen zu können.

Weniger öffentlich, aber nicht weniger Grenzen auflösend ist der Einsatz vieler Frauen gegen Radikalisierung von Jugendlichen, indem sie offline oder online lokale und regionale Netzwerke aufbauen und eine alternative Auslegung von Religion verbreiten, wie zum Beispiel in Nordnigeria (Allamin Foundation for Peace and Development), in Afghanistan (Afghan Women's Organization for Equality) oder im Irak (Iraqi Al Firdaws Society).

Selbstbestimmte Unterstützung

Die Kontexte sind zwar unterschiedlich, doch die Friedensstifterinnen haben einiges gemeinsam: Sie überschreiten sichtbare, konventionelle Grenzen, um nachhaltig konfliktfreie Gesellschaften aufzubauen. Sie gehen Koalitionen mit Organisationen der anderen Konfliktseite ein oder kooperieren mit männlichen Anführern, was in vielen Regionen als zumindest unkonventionell gilt. Dadurch erhalten diese Frauen eine Überzeugungskraft, die in Liberia, Kolumbien oder Nordirland/Irland entscheidend für den Erfolg der Friedensverträge war. Durch die Arbeit in den eigenen Gemeinden werden regionale Netzwerke für friedliche Konflikttransformation aufgebaut, und Jugendliche bekommen Alternativen zur Rekrutierung in radikale Gruppen aufgezeigt.

Die Überzeugungskraft von Frauen war entscheidend für Friedensverträge in Liberia, Kolumbien und Irland

Die Frauennetzwerke sind zwar selbstorganisiert, werden aber meist international unterstützt. Das bedeutet, dass Gestaltung und Organisation aus dem jeweiligen Kontext heraus entstehen, aber internationale Geldgeber oftmals finanzielle Unterstützung, Weiterbildung zu politischen Diskursen und Prozessen oder auch Orte für Treffen bereitstellen, da der Zugang zu ökonomischen Mitteln oder politischen Beteiligungsprozessen Frauengruppen meistens verwehrt bleibt.

Obwohl in solchen Frauengruppen auch Nobelpreisträgerinnen oder international geförderte Frauen vertreten sind, sehen sich die meisten Friedensstifterinnen ständigen Drohungen und Verleumdungskampagnen ausgesetzt; immer wieder zahlen Mitstreiterinnen für ihren Einsatz für Frieden mit ihrem Leben.

Was bedeutet all dies für die internationale Gemeinschaft? Resolution 1325 hat den Grundstein dafür gelegt, Friedenstifterinnen in den Fokus internationaler Friedensarbeit zu rücken. Das gelingt, wenn friedensstiftende Netzwerke und Koalitionen aufgebaut werden, die auf die Zusammenführung von unterschiedlichen und diversen Akteur*innen setzen. Diese Arbeit muss langfristig und nicht nur projektbasiert gedacht werden, da es Zeit braucht, um neue Strukturen aufzubauen. Das Ziel dieser Art von Förderung muss jedoch immer sein, den Koalitionen

und Netzwerken Eigenverantwortung zu übertragen. Solche Prozesse müssen gezielt unterstützt, können aber nicht von oben herab gestaltet werden. Erforderlich ist eine enge und gleichberechtigte Zusammenarbeit mit lokalen Personen, die von Anfang an in Planung und Ausführung einbezogen werden.

Die Weltgemeinschaft muss sich zudem damit beschäftigen, wie Friedensstifterinnen besser geschützt werden können: offline und online. Dafür könnten Programme wie „Underground Railroad for Iraqi Women" von der Organization of Women's Freedom in Iraq ausgebaut werden, die ein Netz aus sicheren Zufluchtsorten für Frauen bereitstellt, die akut von Gewalt bedroht sind. Für einen besseren Schutz im digitalen Raum wäre ein international unterstütztes und finanziertes Monitoring mithilfe von Programmen wie CrowdTangle ein neuer Ansatz, um schneller und effizienter gegen Hatespeech und Bots während Kampagnen vorgehen zu können.

Friedensstifterinnen müssen viele sichtbare und unsichtbare Grenzen überwinden, um ihre Ziele zu verfolgen. In patriarchalen und gewaltsamen Kontexten funktioniert das nicht allein und nicht nur durch Konsultationen mit hochrangigen Besuchern. Für die neue Dialogplattform der Frauen beider Seiten der Konfliktlinie ist die gemeinsame Erklärung ein möglicher Anfang für eine breite Koalition und für Projekte, um den Kämpfen in den Schützengräben und in den Köpfen ihrer Landsleute ein alternatives, grenzüberschreitendes Narrativ des Dialogs entgegenzusetzen. Obwohl die Frauen damit den meisten anderen Vertretern der Konfliktparteien weit voraus sind, liegt ein langer Weg vor ihnen, der Ausdauer, Resilienz und Kreativität erfordert. Ein grenzübergreifendes Storytelling-Projekt ist schon in Planung. • •

Laura Gerards Iglesias hat mit dem Centre for Humanitarian Dialogue Strategien für die Einflussnahme von Frauengruppen auf Friedensprozesse entwickelt.

Mehr Teilhabe durch Innovation

Methoden wie Design Thinking und Human-Centered Design können durch die aktive Teilhabe von Zielgruppen zu besseren, nutzerorientierteren Projekten in der Entwicklungszusammenarbeit führen.

Von Rim Melake

Wenn es um die sexuelle und reproduktive Gesundheit (SRG) von Frauen in der Entwicklungszusammenarbeit geht, wird die Agenda überwiegend von den Finanzierungsorganisationen oder großen NGOs bestimmt", erklärt Larrissa Bachia. „Die Mädchen und jungen Frauen, an die sich die Angebote richten, werden viel zu selten an den Prozessen beteiligt und haben keinen Zugang zu den Entscheidungsträgern, um ihre Bedürfnisse zu formulieren."

Larrissa Bachia ist die Programmleiterin des Mädchen-geführten Inkubators „Billion Girls CoLab" von IDEO.org in Kenia. Aus der Erkenntnis heraus, dass sich

seit Jahrzehnten nur wenig am Zugang und an der Qualität von Gesundheitsangeboten verändert hat, haben sich IDEO.org und Partnerorganisationen zusammengetan, um neue Ansätze und Lösungen für Mädchen und lokale Organisationen zu erarbeiten. Dabei sollen die Potenziale insbesondere von Design Thinking und Human-Centered Design genutzt werden.

Gemeinsam mit den Betroffenen

Im Rahmen meiner Arbeit habe ich mir oft die Frage gestellt, warum die Menschen, die von den Programmen am meisten betroffen sein werden, nicht vorab in deren Gestaltung einbezogen werden. Stattdessen werden sie erst im Rahmen von Zwischen- oder Abschlussbilanzen befragt. Die so spät gewonnenen Erkenntnisse können also nicht mehr in das Programm einfließen – und inwieweit sie als Grundlage für künftige Projekte herangezogen werden, bleibt unklar. Denn bislang dienen solche Erhebungen, auch abschließende Workshops, vorwiegend nur der internen Dokumentation von Prozessvorgaben.

An dieser Stelle können Design Thinking und Human-Centered Design ihre Stärken entfalten und mit dem menschenzentrierten Ansatz gemeinsam mit den betroffenen Menschen erstrebenswerte Lösungen entwickeln. Was passiert also, wenn ein Programm es sich zum Ziel gesetzt hat, junge Mädchen dabei zu unterstützen, für sich und ihre Gemeinden erstrebenswerte Projekte zu gestalten und zugleich lokale Strukturen aufzubauen, damit sie sich besser für Fördermittel bewerben können? Das übergeordnete Ziel des „Billion Girls CoLab"-Inkubators ist es, eine Alternative zu bisherigen Programmen aufzuzeigen und das Silodenken zu überwinden. Denn wenn es um sexuelle und reproduktive Gesundheit von jungen Frauen geht, handelt es sich nicht nur um

Der Inkubator fungiert nur als Unterstützungsgerüst, die Teilnehmerinnen entwickeln eigene Ideen und Lösungen

Verhütungsmittel oder Aufklärungskampagnen, sondern auch um Themen wie finanzielle Unabhängigkeit, politische Teilhabe und Zugang zu Bildung.

Zunächst bietet der Inkubator den Teilnehmerinnen eine finanzielle Unterstützung für die Zeit ihres mehrmonatigen Fellowships. „Wir haben festgestellt, dass das Stipendium einigen Mädchen ermöglicht hat, schwierigen Wohnverhältnissen zu entkommen. Andere konnten in ihre Bildung investieren und ihr Studium wieder aufnehmen", berichtet Larrissa Bachia.

Was die Kenianerinnen eint, die sich auf das Fellowship-Programm bewerben, sind ihr Engagement in ihren Gemeinden, ihr Interesse an der Verbesserung der Gesundheit junger Mädchen und Frauen und ihre Motivation, aktive Befürworterinnen und Jugendvertreterinnen zu werden. Diese Frauen werden vom IDEO.org-Team begleitet und erhalten ein umfassendes Training zu Human-Centered Design: mit Workshops, interaktiven Veranstaltungen und Fallstudien. Die so entstandenen Ideen und Lösungen stammen von den Teilnehmerinnen selbst, denn sie treiben den Prozess voran und geben die Richtung vor. Der Inkubator fungiert lediglich als Unterstützungsgerüst und hat keinen direkten Kontakt mit der Zielgruppe.

Die Firma IDEO hat maßgeblich zur Verbreitung, Kommerzialisierung und Popularität von Design Thinking und Human-Centered Design beigetragen. Ihr Ansatz umfasst drei Phasen: Inspiration, Ideenfindung und Umsetzung.

In der ersten Phase erhalten die Teilnehmerinnen Aufgaben, die sie in ihren Gemeinden umsetzen sollen. Die Anwendung der Methodik in ihrem Lebensumfeld ermöglicht es ihnen, in der Interaktion mit anderen Menschen Empathie für Gleichaltrige und Betroffene zu entwickeln und in ihre Lebenswelten einzutauchen. Sie erfahren über Gespräche und Beobachtungen, welche Bedürfnisse die Menschen haben und welche Lösungsansätze sie sich wünschen. Die Teilnehmerinnen berichten, dass sie durch die neuen Methoden Herausforderungen von Frauen und Mädchen erkennen können, die ihnen zuvor nicht aufgefallen sind. Und je mehr sie über deren Probleme erfahren, umso mehr Fragen stellen sie und wollen Wege finden, um Alternativen aufzuzeigen.

In der zweiten Phase tragen die Frauen ihre Erkenntnisse aus dem Austausch mit den Gemeinden zusammen. Basierend auf der Analyse der ersten Phase definieren sie, für welche Nutzergruppe die Lösungen entwickelt werden. Durch kreative Übungen werden Ideen erarbeitet, die von den Betroffenen als notwendige und erstrebenswerte Lösungen wahrgenommen werden. Dann erstellen sie für ausgewählte Ideen eine erste Version, den sogenannten Prototyp: Dies kann ein Produkt, eine Dienstleistung, ein Geschäftsmodell, die Wissensvermittlung oder eine digitale Anwendung sein.

In der dritten Phase wird Feedback zu den jeweiligen Prototypen eingeholt. Neue Erkenntnisse aus Tests mit potenziellen Nutzern und Expertinnen werden eingearbeitet und fördern so die Umsetzbarkeit. Ziel ist es, mit möglichst geringen Kosten, Ressourcen und Zeitaufwand herauszufinden, welche Lösungen am besten sind für die Menschen und die Implementierungsorganisationen.

Die Design-Thinking-Ausbildung ermöglicht es den Frauen, stärker für sich und andere einzutreten

Die Design-Thinking-Ausbildung ermöglicht es den Frauen, stärker für sich und andere einzutreten. Die Teilnehmerinnen können sich mit ihren neuen Fähigkeiten und dem entstandenen Netzwerk ein berufliches Standbein als Jugendvertreterinnen, Youth-Designer, Gemeindekoordinatorinnen oder Kampagnenmitarbeiterinnen aufbauen. Sie werden mit lokalen und internationalen Implementierungs- und Partnerorganisationen zusammengebracht, um zum einen ihre Prototypen und Ideen vorzustellen und Befürworter für ihre Vorhaben zu finden. Zum anderen aber auch, um als Expertinnen an Diskussionen teilzunehmen, denn sie können durch ihre Erfahrungen und Nähe zu den Gemeinden neue Impulse geben.

Theorie auf dem Prüfstand

Ein Beispiel aus der Praxis: Während eines Partnermeetings wurden die Frauen gebeten, ihre Meinung zu vermeintlich innovativen Hygieneprodukten für junge Mädchen zu sagen. Nach anfänglicher Scheu diskutierten sie selbstbewusst vor den Implementierungsorganisationen. „Wir bemerken ein wachsendes Interesse großer NGOs an wiederverwendbaren Binden, man kann von einem regelrechten Trend sprechen“, erklärt Larrissa Bachia.

Diese Binden können nach dem Tragen gewaschen, zum Trocknen aufgehängt und wieder benutzt werden. In der Theorie klingt dieses Produkt vielversprechend, doch die Realität von jungen Mädchen und Frauen in Ostafrika während ihrer Menstruation sieht anders aus. Zunächst sind

Hygiene- und Menstruationsartikel teuer; viele können sie sich nicht leisten. Aus diesem Grund fehlen Mädchen während ihrer Periode oft im Unterricht. Das Thema ist mit viel Scham verbunden. „Wenn ich die wiederverwendbaren Binden auf der Schultoilette wechseln möchte, wo sollte ich sie dann verstauen?“, fragt ein Mädchen. „Man kann es riechen und ich möchte nicht unangenehm auffallen. Außerdem haben viele von uns erschwerten Zugang zu Wasser, viele teilen sich ein Badezimmer mit anderen Wohneinheiten. Wo soll ich die Binden waschen, geschweige denn zum Trocknen aufhängen, ohne dass die Nachbarn sie sehen? In meinem Zimmer ist es viel zu feucht, und bevor sie trocknen können, fangen sie an zu schimmeln. Dieses Produkt ist überhaupt nicht an unsere Lebenssituation angepasst und meiner Meinung nach Geldverschwendung.“

An diesem Beispiel lässt sich das Potenzial der Anwendung von Design Thinking und Human-Centered Design in der Entwicklungszusammenarbeit darstellen: Durch die aktive Teilhabe von Zielgruppen können Programme, Produkte und Dienstleistungen eine nutzerorientiertere und nachhaltigere Wirkung entfalten. Der Ansatz hat sich über die Jahre hinweg weiterentwickelt. „Design Thinking hat vermehrt den Anspruch, nachhaltige Lösungen und Prozesse zu entwickeln. Für mich bedeutet Design Thinking auch, sinnstiftend für die Teams, aber auch für die Gesellschaft zu sein“, so Claudia Nicolai, Akademische Direktorin der HPI School of Design Thinking. „Wenn wir Design Thinking über Prozesse und Teamebene hinaus anwenden und mit strategischen Akteuren in Organisationen tragen, kann das transformative Veränderungen bringen und neue Partnerschaften schaffen.“

Inwieweit Design-Thinking und Human-Centered Design Einzug in die Gestaltung von Entwicklungsprogrammen und -projekten erhalten, bleibt noch unklar. Was wir aber bereits wissen, ist, dass der „Billion Girls CoLab“-Inkubator neue Impulse in die richtige Richtung setzt und aufzeigt, welche kreativen Potenziale entfaltet werden können, wenn in Menschen investiert wird, wenn ihre Lebensrealitäten wieder ins Zentrum der Interventionen gerückt werden. • •

Rim Melake hat zu Innovation, Entrepreneurship und Digitalisierung in der Entwicklungszusammenarbeit in Paris, Nairobi und Dakar gearbeitet.

Religiöse Frauen an der Front

Im Interview berichtet Palwasha L. Kakar von Erfahrungen in Afghanistan, die zeigen, dass Frauenrechte gestärkt werden können, wenn Begründungen aus dem Islam herangezogen werden.

Von Mona Hein

Frage: ***Liebe Palwasha, seit wann beschäftigst du dich mit dem Thema „Religiöse Frauen und Friedensbildung“?***

Palwasha: Am besten fange ich damit an, dir eine kleine Geschichte über mich zu erzählen. Mein Vater stammt aus Afgha-

nistan und meine Mutter aus den Vereinigten Staaten, wo ich geboren wurde. Meine Eltern waren dort beide im Gesundheitswesen tätig, aber wollten nach Afghanistan, um in diesem Bereich zu arbeiten. Als der sowjetische Truppenabzug beendet war, sind wir nach Pakistan gezogen, direkt an die Grenze zu Afghanistan. Ich war damals elf Jahre alt und ging dort zur Schule. Zu der Zeit lebten dort auch weitere Verwandte väterlicherseits, meine Tanten, Onkel, Cousins und Cousinen. Sie lebten in einem Camp für Geflüchtete, ebenfalls nahe der Grenze. Ich war das einzige Mädchen der Familie, das zur Schule ging. Die Väter meiner Cousinen erlaubten es ihnen nicht, obwohl sie es wollten. Also habe ich angefangen, mit meinen Onkeln zu diskutieren und sie davon zu überzeugen, meine Cousinen zur Schule gehen zu lassen.

Wie hast du das angestellt?
Ich habe zuerst argumentiert, dass meine Cousinen in der Lage sein sollten, sich und ihre zukünftigen Familien zu versorgen, angesichts der unsicheren Zukunft in Afghanistan. Das hat nicht viel verändert. Dann habe ich erklärt, dass es wichtig für die Zukunft Afghanistans wäre, gebildete Frauen zu haben, die beispielsweise als Ärztinnen, Lehrerinnen oder Krankenschwestern arbeiteten. Diese Argumente haben sie auch nicht beeindruckt. Sie haben eingewandt, dass Bildung zwar wichtig wäre, aber nur religiöse Bildung.

Und was hast du dann gemacht?
Ich habe angefangen, ihre Argumente mit dem Koran zu widerlegen. Im Koran gibt es so viele Stellen, die beschreiben, wie groß der Wert von Bildung für alle Menschen ist und wie wichtig es ist, selbstständig denken und analysieren zu können. Ich habe Aussagen der Propheten, vor allem des Propheten Mohammed, zitiert, die dazu auffordern, nach Wissen zu streben. Und dann habe ich gemerkt, dass diese Argumentation ihre Perspektiven verändert. Meine Eltern haben mich in meinem Engagement unterstützt – und letztendlich hat das alles dazu geführt, dass meine Cousinen zur Schule gehen durften!

Was hat diese Erfahrung für dich verändert?
Ich habe begriffen, wie wichtig der religiöse Standpunkt und die damit verbundenen Begründungen waren, um Perspektiven zu verändern. Das war ein großes Aha-Erlebnis für mich! Es hat mir gezeigt, wie wichtig dieser religiöse Rahmen war, um beispielsweise Themen in Bezug auf Frauenrechte anzusprechen. Ich habe gesehen, dass das einen großen Unterschied im Leben von Frauen machen kann und dass es dazu führen kann, Frauen einen Zugang zu Bereichen zu verschaffen, der zuvor nicht möglich war. Und genau das erlebe ich immer wieder in der Friedensarbeit.

Könntest du ein Beispiel nennen?
Während meiner Arbeit in Afghanistan habe ich 2010 ein Interview mit einer Gemeindevorsteherin geführt. Sie wurde von einer Familie gebeten, dabei zu helfen, ihre Tochter wiederzufinden. Die Tochter war mit jemandem weggelaufen und wurde von den Taliban gefangen genommen. Die Familie hatte große Angst, dass die Taliban sie umbringen würden. Die Gemeindevorsteherin entschloss sich, mit den Taliban zu verhandeln. Sie ging also zu einem von den Taliban kontrollierten Checkpoint und fing an, mit ihnen zu diskutieren. Sie sagte ihnen, dass das Mädchen vielleicht einen Fehler gemacht hätte, als sie weggelaufen war, aber dass ihre Familie sie schrecklich vermissen würde und sie wohlbehalten zurück wissen möchte. Und dann fügte sie hinzu, dass

„Ich habe begriffen, wie wichtig der religiöse Rahmen war, um beispielsweise Themen in Bezug auf Frauenrechte anzusprechen“

der Islam dazu auffordere zu vergeben. Mit weiteren religiösen Begründungen konnte sie den leitenden Taliban-Kommandanten davon überzeugen, sie zu dem Mädchen zu bringen. Was sie nicht wusste, war, dass das Mädchen mittlerweile nach Pakistan gebracht wurde. Die Taliban brachten die Gemeindevorsteherin ebenfalls über die Grenze nach Pakistan und diskutierten darüber, ob sie an diesem Mädchen ein Exempel statuieren wollten. Die Frau aber ließ nicht locker mit ihren Argumenten und blieb so lange in der Verhandlung mit den Taliban, bis sie das Mädchen gehen ließen. Ich denke, es gibt viele Frauen weltweit, die diese Arbeit machen und als stille Heldinnen agieren. Aber viele Leute erkennen nicht an, dass diese Arbeit ein Schlüssel sein kann, um auf lokaler Ebene Frieden zu bringen.

Wie wirkt sich das deiner Meinung nach aus?

Meiner Erfahrung nach ist es sehr schwierig, Förderung für Projekte zu bekommen, die sich mit religiösen Frauen und ihrer Arbeit beschäftigen. Außerdem gibt es viel zu wenig Forschung in diesem Themenbereich und Dokumentation über konkrete Fälle. Zudem bleiben religiöse Frauen oft unbeachtet. Wenn wir über Inklusion von Frauen sprechen, denken wir eher an säkulare Frauen, und wenn wir über religiöse Inklusion sprechen, neigen wir dazu, lediglich an männliche religiöse Vertreter zu denken. Zugleich müssen wir aufpassen, dass wir mit unserer Projekt- oder Forschungsarbeit die Arbeit der Frauen nicht gefährden. Viele dieser Frauen machen sich ihre Unsichtbarkeit und die Tatsache, dass sie nicht für wichtige Entscheidungsträgerinnen gehalten werden, zu Nutzen. Das hilft ihnen, soziale Trennlinien und Grenzen – im wahrsten Sinne des Wortes – zu überschreiten. Das darf durch unsere Interventionen nicht behindert werden.

Was motiviert dich dazu, trotz aller Herausforderungen weiterhin an diesem Thema zu arbeiten?

Ich bin in einem sehr religiösen Umfeld aufgewachsen und mein Glaube bedeutet mir viel. Meine Arbeit ist ein Teil meiner Glaubensausübung, und wenn es schwierig wird, erinnere ich mich daran, und das gibt mir Kraft. Auf der anderen Seite bin ich unglaublich inspiriert von der mutigen und beherzten Arbeit, die religiöse Frauen tun. Sie setzen oftmals ihr Leben aufs Spiel, engagieren sich für ihre Gemeinschaften und überschreiten Grenzen. Diese Geschichten motivieren mich! Wenn diese Frauen ihr Leben aufs Spiel setzen für den Frieden, dann kann ich zumindest Wege finden, ihre Geschichten zu dokumentieren. Ich möchte ihnen und ihrer Arbeit gerecht werden, und deshalb müssen wir mehr über ihre Ansätze erfahren, aus ihren Erfahrungen lernen und ihnen eine Stimme geben, damit wir auch auf nationaler Ebene effektiver sein können. • •

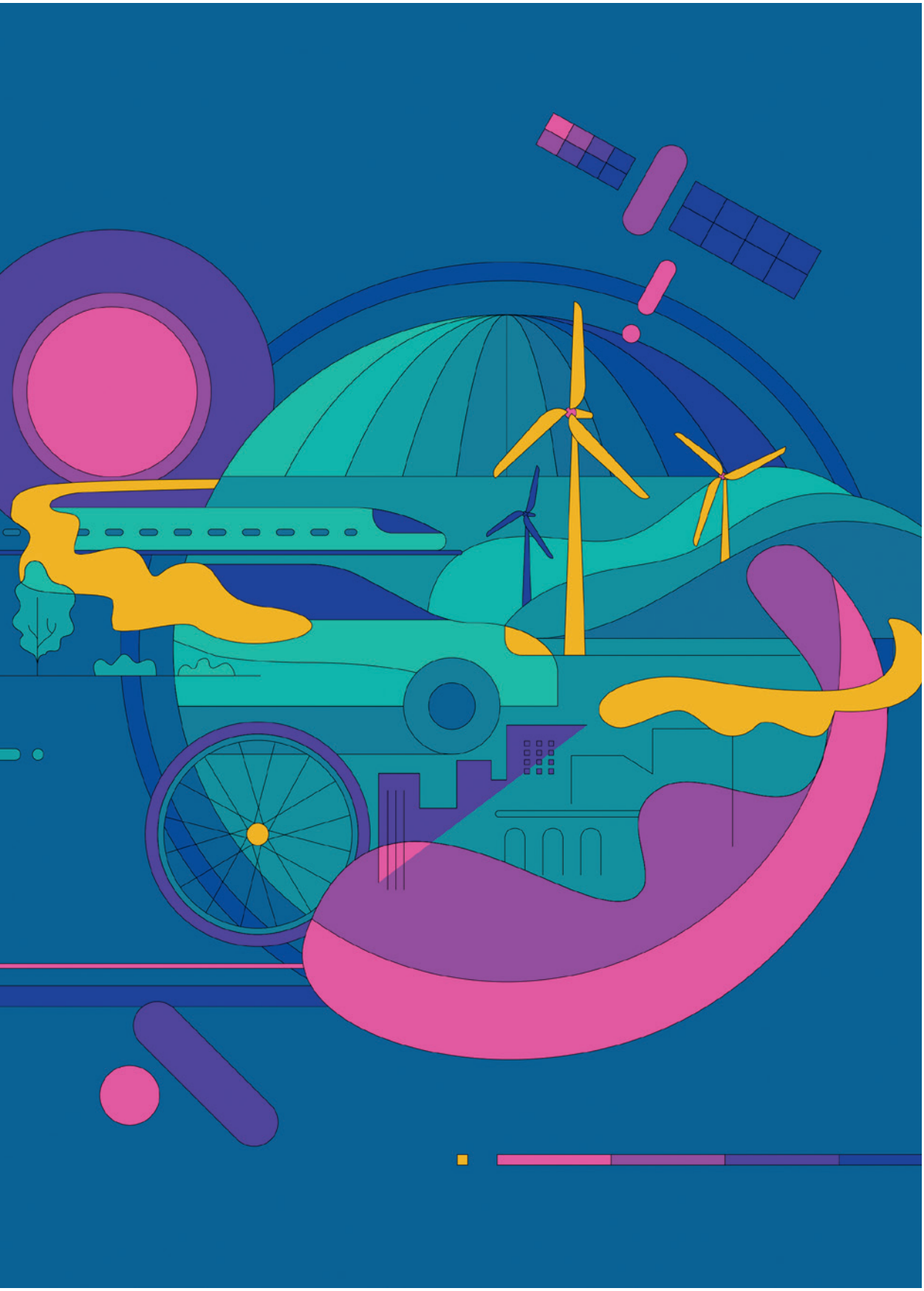
Palwasha L. Kakar leitet die Abteilung „Religion und Inklusive Gesellschaften“ am United States Institute of Peace. Das Interview wurde im Juni 2021 vor der Machtergreifung der Taliban geführt.

Mona Hein arbeitete zur Rolle von Religionen und Weltanschauungen in der Friedensarbeit bei USIP, der Berghof Foundation und an der ETH Zürich.

Klima und Umwelt

Ressourcen müssen gebündelt werden, um Emissionen zu senken, nachhaltige Produktion zu fördern und für soziale Gerechtigkeit zu sorgen.

Von Mattia Mäder, Lisa Kadel, Jan-Oliver Distler, Manuel Holzer und Dorothee Nussbruch



Klimaneutrale Konzerne

Nicht nur Länder, sondern auch Unternehmen formulieren Netto-Null-Ziele, um Klimaneutralität zu schaffen. Der Weg ist jedoch oft unklar. Wissenschaftsbasierte Strategien können Abhilfe schaffen.

Von Mattia Mäder

Der Weltklimarat fordert: Anthropogene Treibhausgasemissionen müssen bis 2030 gegenüber 2010 halbiert und bis 2050 auf netto null reduziert werden. Nur so lassen sich der globale Temperaturanstieg auf 1,5 Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau begrenzen und die schlimmsten Folgen des Klimawandels verhindern. Netto-Null ist ein Zustand, in dem die von Menschen verursachten Emissionen wieder aus der Atmosphäre entfernt werden.

Im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen verpflichten sich mehrere Länder, ihre Emissionen bis spätestens 2050 auf netto null zu reduzieren. Der erhöhte regulatorische Druck führt dazu, dass auch Konzerne Netto-Null-Ziele formulieren. Weitere Faktoren spielen eine Rolle: Verbraucher interessieren sich immer mehr für nachhaltige Produkte, und Investoren berücksichtigen Nachhaltigkeitskriterien, wenn sie sich entscheiden, wie sie ihr Geld anlegen.

Doch der Weg zu Netto-Null ist unklar, wie ich in meiner Zeit als Mercator Fellow bei South Pole erfahren habe. Die Firma berät unter anderem Konzerne, wie sie nachhaltiger werden können. Eine Studie der Firma hat gezeigt, dass 50 Prozent der Konzerne, die sich ein Netto-Null-Ziel gesetzt haben, keine konkreten Meilensteine definiert haben. Ziele ohne konkrete Pläne sind riskant: Schnell kommt der Vorwurf des Greenwashing auf. Außerdem besteht die Gefahr, dass der Fokus auf umstrittene Emissionskompensationen oder marktunreife Technologien in ferner Zukunft gelegt wird. Wenn dabei gleichzeitig unmittelbare und umfassende Emissionsminderungen vernachlässigt werden, leidet das Klima.

Ob gewollt oder nicht: Unwissenheit ist keine Entschuldigung. Die von gemeinnützigen Umweltorganisationen gegründete Science Based Targets Initiative (SBTI) bietet einen wissenschaftsbasierten Leitfaden für Konzerne, wie sie glaubwürdige Netto-Null-Ziele entwickeln können. Über 1000 Konzerne mit einer globalen Marktkapitalisierung von über 20 Prozent arbeiten mittlerweile mit der SBTI.

Bevor ein Konzern ein Netto-Null-Ziel formuliert, muss er die eigenen Emissionen über komplexe, oft globale Wertschöpfungsketten hinweg berechnen. Trotz bestehender Leitlinien ist dieser Schritt nicht trivial: Schwierig ist, inwieweit Tochter- oder Gemeinschaftsunternehmen mitgezählt werden und wie Emissionen gemessen oder, wenn die Messung zu aufwändig ist, mit Hilfe von Erfahrungswerten hochgerechnet werden. Üblicherweise werden Emissionen in drei Kategorien, sogenannte Scopes, unterteilt:

- Scope 1 umfasst alle direkten Emissionen, die bei der Verbrennung von Treibstoff in eigenen Fabriken oder Fahrzeugen freigesetzt werden.
- Scope 2 bezeichnet alle indirekten Emissionen, die durch die Erzeugung

von eingekauftem Strom, Dampf und Wärme entstehen.
- Scope 3 umfasst alle weiteren indirekten Emissionen, die häufig den Großteil der durch den Konzern verursachten Umweltbelastung ausmachen.

Beispiele für Scope 3 sind Emissionen, die durch den Einkauf von Produkten oder Dienstleistungen, den Transport von Gütern, die Nutzungsphase von verkauften Produkten oder die Entsorgung von Abfällen verursacht werden. Auch Geschäftsreisen oder das Pendeln der Mitarbeiter*innen gehören dazu. Die SBTI verlangt, dass Scope 1- und 2-Emissionen zu mindestens 95 Prozent im Netto-Null-Ziel abgebildet werden. Für Scope 3 sind zwei Drittel der Emissionen ausreichend, da sie schwieriger zu beeinflussen sind.

Ein Netto-Null-Ziel besteht aus drei Komponenten: Emissionsreduktionen, -neutralisierungen und -kompensationen. Reduktionen sind das Herzstück, wobei die SBTI der Empfehlung des Weltklimarats folgt: Konzerne, die sich ein 1,5 Grad kompatibles Ziel setzen, müssen ihre Emissionen ab dem gewählten Startjahr linear um 4,2 Prozent pro Jahr senken. Konzerne können auch weniger ambitionierte Ziele mit einem tieferen linearen Reduktionsfaktor verfolgen. Allerdings können sie ihr Vorhaben dann nur als unter 2 Grad oder 2 Grad kompatibles Ziel vermarkten.

Bei den Emissionsreduktionen besteht Diskussionsbedarf: Ein Konzern, der noch keine Umweltschutzmaßnahmen implementiert hat, kann in den ersten Jahren nach der Zielsetzung saubere Technologien nutzen, die heute bezahlbar sind und gar gewinnbringend eingesetzt werden können – beispielsweise Energieeffizienzmaßnahmen, die Umstellung auf Grünstrom oder die Vermeidung von Geschäftsreisen dank virtueller Sitzungen. Für einen Konzern, der sich bereits stark für den Klimaschutz engagiert hat und sich neu ein Netto-Null-Ziel setzt, sind weitere Emissionsreduktionen kostspielig.

Reduktion, Neutralisierung und Kompensation von Emissionen sind die Komponenten eines Netto-Null-Zieles

Das Geschäftsmodell verändern

Bei der Beratung eines Konzerns sagte mir ein South-Pole-Mitarbeiter, er sei überzeugt, dass ohne „eine grundlegende Veränderung des Geschäftsmodells“, wie beispielsweise die Einführung nachhaltiger Kreislaufwirtschaftsmodelle, das Netto-Null-Ziel nicht zu erreichen sei. Im Gespräch mit Konzernvertretern ist ein weiterer Diskussionspunkt aufgekommen: das zukünftige Konzernwachstum. Unter der Annahme, dass ein Konzern stark wachsen wird und dieses wirtschaftliche Wachstum zumindest teilweise mit erhöhten Emissionen korreliert, müssen künftige Reduktionen ambitionierter sein, um den gleichen Endzustand zu erreichen.

Hat der Konzern die Ambition der Emissionsreduktionen definiert, kann er sich für ein Netto-Null-Jahr – spätestens 2050 – entscheiden. Im gewählten Jahr müssen die ausgestoßenen Emissionen neutralisiert, also wieder aus der Atmosphäre entfernt werden. Nur dann darf ein Konzern von sich behaupten, er hätte Netto-Null-Emissionen erreicht. Dafür eignen sich natürliche Kohlendioxidsenken, beispielsweise Aufforstungsprojekte, oder technologische Kohlendioxidsenken, wie die direkte Abscheidung von Kohlendioxid aus der Luft und dessen Speicherung in unterirdischen Lagerstätten.

Noch gibt es viele Fragezeichen, insbesondere hinsichtlich der Permanenz des gespeicherten Kohlendioxids. Beispielsweise treffen die durch den Klimawandel häufiger auftretenden Waldbrände Gebiete mit Aufforstungsprojekten. Weitere Unsicherheiten betreffen das Ausbaupotenzial und die zukünftigen Kosten von Kohlendioxidsenken.

Emissionskompensationen stellen sicher, dass Emissionen an einem anderen Ort vermieden werden. Beispiele hierfür sind Projekte, bei denen Windenergieanlagen Kohlestrom ersetzen oder Abholzung nachweislich vermieden wird. Sie unterscheiden sich von Neutralisierungen in einem wichtigen Merkmal: Sie reduzieren nicht die Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre. Ähnlich wie bei Neutralisierungen werden Kompensationsprojekte in der Regel nicht von Konzernen selbst entwickelt. Stattdessen können Zertifikate gekauft werden. Solche Märkte werden stark kritisiert, da manche Projekte die Grundvoraussetzung der Zusätzlichkeit nicht erfüllen, also die Bedingung, dass das Projekt ohne externe Finanzierung nicht bestehen würde. Weitere Kritikpunkte sind unter anderem tiefe Zertifikatspreise, die Missachtung der Rechte und Interessen der lokalen Bevölkerung, oft indigene Gruppen, und die sekundären Umweltbelastungen von Projekten. Dennoch können mit einem hohen Standard zertifizierte Kompensationen ein wichtiges Instrument zur Finanzierung von Emissionsvermeidungsprojekten sein. Deshalb empfiehlt die SBTI sie als optionale Bausteine einer Netto-Null-Strategie. Wenn ein Konzern seine Emissionen in einem Jahr kompensiert, darf er sich als klimaneutral bezeichnen.

Fakt ist: Kompensationen und Neutralisierungen dürfen nicht von Reduktionen ablenken. Die SBTI versucht, dies sicherzustellen. Doch die Kombination der drei Bausteine, gepaart mit klaren Rahmenbedingungen, erlaubt es Konzernen, glaubwürdige Netto-Null-Ziele zu formulieren und ihre Planungssicherheit zu erhöhen. • •

Mattia Mäder hat verschiedene Dimensionen der Klimaneutralität analysiert: bei der OECD, beim Beratungsunternehmen South Pole und bei der Denkfabrik adelphi.

Klimaschutz heißt Umverteilung

Technologischer Fortschritt und individuelle Verhaltensänderungen reichen nicht aus, um die Klimakrise zu stoppen. Denn es geht hierbei auch um Verteilungsfragen, um Diskriminierung und Ausbeutung.

Von Lisa Kadel

In der politischen Debatte um Klimaschutz geht es oft um technologische Lösungen von Windrädern bis Wasserstoff. Die sind wichtig, aber bei Weitem nicht ausreichend. Echte Nachhaltigkeit braucht systemische Veränderungen, Umverteilung und Anti-Diskriminierungsarbeit.

Laut einem Bericht des Umweltprogramms der Vereinten Nationen von 2019 müssten die globalen Treibhausgasemis-

sionen zwischen 2019 und 2029 jedes Jahr um 7,6 Prozent gesenkt werden, um die 1,5 Grad-Grenze des Pariser Abkommens einhalten zu können. Stattdessen steigen sie sogar noch weiter. Der Weltklimarat spricht in seinem Bericht des Jahres 2018 von der Notwendigkeit von „rapiden, tiefgreifenden und noch nie dagewesenen Veränderungen in allen Teilen der Gesellschaft". Es ist also klar: Technologische Veränderungen und individuelle Verhaltensänderungen allein reichen nicht aus.

Es ist notwendig, die gesellschaftlichen Ursachen und Folgen der Klimakrise und anderer Krisen anzugehen. Klimafragen sind Verteilungsfragen. Politische Maßnahmen, die Treibhausgase einsparen, kosten Geld. Auch wenn sie auf lange Sicht und gesamtgesellschaftlich betrachtet Win-win-Maßnahmen sein können, muss im Normalfall derjenige, der vom Status quo profitiert, erstmal etwas abgeben und sich verändern. Beschäftigte in vielen Sektoren müssen sich beruflich umorientieren; Autofahrer*innen und Vielflieger*innen müssen ihre Gewohnheiten ändern; Hausbesitzer*innen ihre Häuser isolieren und nachhaltige Heizungen einbauen; Aktionär*innen fossiler Unternehmen verlieren eine Quelle des Profits.

Klimaschutz bedeutet also auch Umverteilung. Aber wie diese aussieht, wer wie viel abgibt und was bekommt, lässt sich gestalten – es kommt darauf an, dies so zu tun, dass allen Menschen eine materielle Grundversorgung gesichert wird. Da auf einem begrenzten Planeten nur begrenzter materieller Reichtum möglich ist, müssen diejenigen, die viel haben, etwas abgeben. Die planetaren Grenzen zu respektieren bedeutet, das Streben nach immer mehr Wirtschaftswachstum aufzugeben und ausbeuterische Strukturen zu beenden, durch die die Klimakrise und andere Krisen begünstigt werden.

Soziale Ursachen der Klimakrise

Der komfortable Lebensstandard der westlichen Mittel- und Oberklasse beruht auf einer ganzen Reihe dieser ausbeuterischen Strukturen. Ein paar Beispiele, ohne Anspruch auf Vollständigkeit:

- historisch die Ausbeutung der Kolonien und der dort lebenden Menschen bis hin zu Versklavung und Genoziden,
- aktuell die Ausbeutung von Arbeiter*innen entlang globaler Lieferketten,
- die Ausbeutung von Communities, oftmals Communities of Colour, deren Lebensgrundlagen unmittelbar durch die Umweltauswirkungen der Förderung von Rohstoffen zerstört werden,
- die Ausbeutung von Menschen, ganz überwiegend Frauen, die unbezahlt und oft mit wenig Anerkennung gesellschaftlich notwendige Sorgearbeit wie Kindererziehung, Haushalt oder Pflege von Angehörigen übernehmen.

Um diese Zustände zu rechtfertigen, werden Gruppen von Menschen zu „anderen" gemacht und ihrem Leben weniger Wert zugemessen – zu nennen wären hier beispielsweise People of Colour, Frauen, Menschen mit Behinderungen oder Menschen mit wenig Besitz. Rassismus, Sexismus und andere Formen von Diskriminierung hängen also direkt mit materieller Ungleichheit zusammen.

Was hat das mit dem Klima zu tun? Ohne diese Strukturen hätte es zur aktuellen Krise gar nicht erst kommen können. Ein Beispiel: Dass ganze Gemeinden weltweit der immer weiteren Förderung von fossilen Rohstoffen geopfert werden, dass indigene Völker und mit ihnen gut funktionierende Systeme zum Erhalt der Biodiversität von ihrem angestammten Land vertrieben werden, beruht bewusst oder unbewusst auf rassistischen Rechtfertigungsmustern. Ohne die Ausbeutung dieser Rohstoffe und die Zerstörung von

zuvor gut geschützter Biodiversität wäre der Planet in einem sehr viel besseren Zustand. Diese Zusammenhänge zu verstehen ist notwendig, da sie nicht nur für den Klimawandel relevant sind. Eine Lösung für das Treibhausgasproblem, die gesellschaftliche Strukturen nicht mitdenkt, läuft Gefahr, andere Krisen wie das massenhafte Artensterben oder die wachsende soziale Ungleichheit zu verstärken.

Umverteilung als Lösungsansatz

Klimaschutz heißt also Umverteilung, Diskriminierung und Ausbeutung zu bekämpfen – weltweit. Eine gerechtere Verteilung von Ressourcen ermöglicht es allen, ihre Grundbedürfnisse auch dann zu stillen, wenn der Gesamtkonsum sinkt. Mit einer Abkehr vom „Trickle-down"-Dogma und einer Hinwendung zu Verteilungsgerechtigkeit wird die Notwendigkeit des „Weniger" mehrheitsfähig.

An dieser Stelle möchte ich ein Argument gegen Umverteilung entkräften: Immer wieder wird hervorgebracht, dass zu viel Umverteilung Menschen die Motivation zur Leistung nähme, da Leistung dann nicht mehr belohnt würde. Dem liegt ein recht beschränktes Verständnis zugrunde, was gesellschaftliche Leistung ist und was Menschen motiviert, sie zu erbringen. Millionen systemrelevante Arbeiter*innen, Eltern, Pflegende und Ehrenamtliche erbringen essenzielle gesellschaftliche Leistung, ohne die Chance zu haben, dafür mit materiellem Reichtum belohnt zu werden.

Gleichzeitig bedeuten weniger Privilegien für eine kleine Oberschicht auch, dass es für diese schwieriger wird, sich von den Folgen der Klimakrise zu isolieren. Der Änderungsdruck auf sie steigt also. Das ist notwendig, da diese Gruppe sich noch mehr als alle anderen verändern muss: Nicht nur, weil sie oft Entscheidungen

Materielle Absicherung für alle: Eine solidarische Gesellschaft kann die Klimakrise besser abfangen

treffen kann, die weitreichende strukturelle Auswirkungen haben, sondern auch, weil ihr Konsumverhalten entscheidend ist. Eine Oxfam-Studie aus dem Jahr 2020 zeigt auf, dass das reichste 1 Prozent der Menschheit für 15 Prozent der Emissionen von 1990 bis 2015 verantwortlich ist, die reichsten 10 Prozent für 52 Prozent der Emissionen und die ärmsten 50 Prozent nur für 7 Prozent der Emissionen.

Eine solidarische globale Gesellschaft mit starken, diskriminierungssensiblen Systemen für sozialen Ausgleich kann die Folgen der Klimakrise besser auffangen. Besonders stark betroffen sind nämlich diejenigen Gruppen, die sowieso schon von Diskriminierung und Ausbeutung betroffen sind und deren Bedürfnisse in der Politikgestaltung kaum berücksichtigt werden.

Deshalb ist es möglich und nötig, Klimaschutz und globale wie lokale soziale Gerechtigkeit zu verbinden. Ein gut ausgebauter, kostenloser öffentlicher Verkehr und sichere Fahrrad- und Fußgängerinfrastruktur kommen Menschen mit wenig Geld zugute und können den Pkw-Verkehr massiv reduzieren. Eine Verkürzung der Regelarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich und ganz generell bessere Arbeitsbedingungen geben Beschäftigten mehr Lebensqualität und reduzieren die Gesamtproduktion und damit Emissionen. Bessere Löhne und Arbeitsbedingungen in essenziellen Bereichen wie der Gesundheit helfen nicht nur den Beschäftigten selbst, sondern machen diese Sektoren

auch resilienter für Krisen. Energetische Sanierungen – wenn sie nicht zu übermäßigen Mieterhöhungen führen – können die Wohnkosten durch sinkenden Energiebedarf zum Heizen sogar senken. Wenn Wohnungen in kommunaler Hand sind, statt profitorientierten Konzernen zu gehören, sodass keine Rendite an Aktionär*innen ausgeschüttet werden muss, kann sich der Raum für solche sozialverträglichen Sanierungen eröffnen.

Die Liste der Beispiele könnte noch weitergeführt werden. Grundsätzlich gilt: Wenn die Möglichkeit von Umverteilung und Reduktion des Wirtschaftswachstums bei gleichzeitiger materieller Absicherung für alle mitgedacht wird, ergeben sich politische Möglichkeiten, die bei einem Verharren im gegenwärtigen System nicht denkbar sind. Auf lange Sicht sind deshalb viele Maßnahmen gegen Diskriminierung und Ausbeutung auch Klimaschutzmaßnahmen. Was fehlt, sind nicht die Möglichkeiten, sondern der politische und gesellschaftliche Wille. Hier sind Sie, sind wir alle gefragt, diesen Willen herbeizuführen. • •

Lisa Kadel arbeitete zu Klimapolitik und sozialer Gerechtigkeit im Europäischen Parlament, beim Internationalen Gewerkschaftsbund und bei NGOs.

Von Gewinnern und Verlierern

Bisherige Klimamodelle sind zu abstrakt, um die sozialen Realitäten und Möglichkeiten auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit abzubilden. Die Kosten der Transformation müssen gerechter verteilt werden.

Von Jan-Oliver Distler

Die politische Unterstützung für die Dekarbonisierung der Weltwirtschaft ist so groß wie nie zuvor. Die gute Nachricht ist, dass etwa zwei Drittel der Kohlenstoffemissionen aus Ländern stammen, die sich verpflichtet haben, bis Mitte des Jahrhunderts „netto null“ zu erreichen. Treibhausgase sollen derart reduziert beziehungsweise neutralisiert werden, dass der verbleibende Ausstoß ausgeglichen ist. Die schlechte Nachricht? Die Modelle, die Analystinnen und Analysten zur Bewertung der Wege zur Erreichung solcher Ziele verwenden, lassen einen entscheidenden Faktor außer Acht: die Politik.

Sogenannte integrierte Bewertungsmodelle (IAMs) kombinieren Erkenntnisse aus der Klimawissenschaft und der Wirtschaft, um abzuschätzen, wie industrielle und landwirtschaftliche Prozesse verändert werden können, um die globale Erwärmung einzudämmen. In sie fließen wertvolles Wissen über neue Technologien wie schadstofffreie Kraftwerke und die Kosten von Elektrofahrzeugen ein. So können Forscherinnen und Forscher mit Hilfe von IAMs beispielsweise untersuchen, wie ein Preis für CO_2 zu großen Emissionssenkungen führen kann oder wie eine Dekarbonisierung des Verkehrssektors Investitionen in umweltfreundlichere Kraftstoffe und Elektrizität verlagert.

Doch die Modelle sind zu abstrakt. Sie beschreiben nicht die schwierigen

Kompromisse, denen Politiker*innen gegenüberstehen, wenn sie auf ihre Wählerschaft reagieren, oder Unternehmer*innen, die um Investitionen werben. So war in Frankreich eine für 2018 geplante Erhöhung der Kraftstoffsteuer einer der Auslöser für große Proteste. Diese führten dazu, dass die Regierung einen Rückzieher bei einem Schlüsselelement ihrer Klimapolitik machte. Aus Angst vor wahltaktischen Konsequenzen scheuen viele Politiker*innen weltweit vor Kohlenstoffsteuern und anderen marktbasierten Strategien zurück. Stattdessen setzen sie auf Regulierungsinstrumente – zum Beispiel Kraftstoffverbrauchsnormen –, die die Kosten solcher Maßnahmen für die Öffentlichkeit weniger sichtbar machen und der Politik mehr Kontrolle darüber geben, wer die Rechnung bezahlt.

Trotzdem, die Geschichte der Politik ist nicht geprägt von Konservatismus und Ausbremsen. Die Tatkraft und Unterstützung für Maßnahmen können sich nach Erfolgen radikal verändern. Doch erneut sind es derartige Dynamiken, die nicht hinreichend in den Klimamodellen erfasst werden können. Subventionen für Wind- und Solarenergie haben die Akzeptanz beschleunigt, Kosten gesenkt und Industrien geschaffen, die die Landschaften zugunsten von mehr Investitionen in erneuerbare Energien verändert haben.

Um politisch nachhaltige Strategien zu entwickeln, müssen Entscheidungsträger*innen verstehen, inwiefern Klimapolitik Gewinner und Verlierer hervorbringt. Das bedeutet, dass IAMs weg von Alleskönner-Modellen und hin zu einer Reihe von maßgeschneiderten Modellen gehen müssen, die jeweils auf einen bestimmten Zweck und eine bestimmte Zielgruppe abgestimmt sind.

Nachhaltige Klimapolitik muss weg von Alleskönner-Modellen und hin zu maßgeschneiderten Modellen

Anreize und Zielkonflikte

Ähnlich wie viele vor Jahrzehnten entwickelte ökonomische Instrumente beruhen IAMs auf der stark vereinfachten Logik, dass Menschen rationale Optimierer von knappen Ressourcen sind. Die „Agenten“ treffen Entscheidungen, die den Nutzen für ein Land oder eine Gesellschaft maximieren. Preisanpassungen – zum Beispiel eine Kohlenstoffsteuer – oder Beschränkungen für umweltschädliche Technologien verändern die Anreize der Akteure und führen zu Verhaltensänderungen, die die Wirtschaft und die Emissionen verändern.

In Wirklichkeit sind die menschlichen Entscheidungen ein dunkles Gebräu aus Fehleinschätzungen und verpassten Chancen, die durch die Entscheidungen anderer eingeschränkt werden. Forschung aus den Bereichen Soziologie, Psychologie und Organisationsverhalten setzt sich seit Langem mit menschlichen Verhaltensweisen auseinander. Man untersucht, warum Menschen an alten, vertrauten Technologien festhalten, auch wenn neue Technologien nachweislich besser sind.

Um zu erreichen, dass IAMs die sozialen Realitäten und Möglichkeiten widerspiegeln, sollte man sich mit der politischen Ökonomie befassen. Hier wird erforscht, wie sich politische Institutionen unter der Erkenntnis verändern, wer von einer Politik profitiert und wer verliert, was im nächsten Schritt einen großen Einfluss auf die Akzeptanz der besagten Politik haben kann. Viele der erforderlichen politökonomischen Analysen sind quantitativ und

Die öffentliche Meinung könnte stärkere Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels erleichtern

lassen sich in unterschiedlichem Maße ohne Weiteres für die Anwendung in IAMs anpassen.

Einige Untersuchungen haben damit begonnen, den Weg zu ebnen. So wird beispielsweise erforscht, wie politische Meinungsverschiedenheiten die Kosten der Dekarbonisierung erhöhen können, indem sie politische Maßnahmen verzögern. Andere untersuchen, wie sich Unterschiede in der Qualität der Regierungsführung auf den Umfang und die Verteilung der politischen Kosten auswirken. Wieder andere fragen, wie die Risikowahrnehmung Investor*innen dazu bringen kann, sich auf die unmittelbare Zukunft zu konzentrieren. Dies ist eine schlechte Nachricht für die Klimapolitik, denn die meisten Maßnahmen erfordern einen langfristigen Plan, über den sich die Kosten für neue Anlagen amortisieren können.

Modellverbesserungen

Über mein Kolleg-Jahr hinweg ergeben sich aus meiner praktischen und wissenschaftlichen Auseinandersetzung folgende Erkenntnisse. Diese stimmen in meinen Augen mit den wichtigsten politischen Debatten überein und können gleichzeitig mit wenig Aufwand in IAMs aufgenommen werden. Sie reichen von der Quantifizierung der politischen Auswirkungen gestrandeter fossiler Brennstoffe bis zur Beschreibung, wie der Grad des Vertrauens in staatliche Institutionen die öffentliche Unterstützung für Klimapolitik beeinflussen kann.

- Der Zugang zu Kapital kann durch risikoscheue Investor*innen erschwert werden, die unvorhersehbare politische Veränderungen fürchten, was den Übergang zu kohlenstoffarmen Energien behindert.
- Die Gestaltung und die Art eines politischen Instruments, zum Beispiel ob grüne Technologien subventioniert oder umweltverschmutzende Industrien besteuert werden sollen, können davon beeinflusst werden, welche Interessengruppen mobilisiert werden.
- Der sogenannte „Carbon lock-in“ und das Festhalten an fossilen Energieträgern begrenzen das Ausmaß, in dem Emissionen von ihrem bisherigen Kurs abweichen können, ohne dass Maßnahmen ergriffen werden, die die Macht der etablierten Verschmutzer schwächen.
- Ungleiche Kosten und Vorteile der Klimapolitik kommen verschiedenen wirtschaftlichen, ethnischen und religiösen Gruppen zugute, was die moralische und politische Akzeptanz der Politik beeinträchtigen kann.
- Die öffentliche Meinung könnte stärkere Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels erleichtern.
- Das Vertrauen in politische Institutionen oder das Fehlen eines solchen kann die Bereitschaft der Öffentlichkeit beeinflussen, Maßnahmen zur Emissionsreduzierung zu unterstützen.
- Die Handels- und Investitionspolitik kann die Märkte für neue grüne Technologien erweitern, was zu niedrigeren Kosten und mehr politischer Unterstützung führt.
- Die Kompetenz der Regierung beeinflusst die Fähigkeit eines Staates, in die Märkte einzugreifen, Entscheidungen zu treffen und die Kosten für den Einsatz von Kapital zu verändern.

Für relevant halte ich hierbei drei Gruppen von Entscheidungsträger*innen: 1. Diejenigen, die bessere Vorhersagen darüber treffen wollen, was in der Welt als Ganzes passieren könnte, zum Beispiel den zukünftigen Verlauf und die Auswirkungen der globalen Emissionen. Dazu gehören Analyst*innen, die langfristige Anpassungsstrategien planen, wie schlimm der Klimawandel werden könnte. 2. Diejenigen, die internationale Abkommen entwerfen. Sie bemühen sich um diplomatische Strategien, die sowohl die Eindämmung der globalen Erwärmung maximieren als auch eine politische Chance haben, angenommen zu werden. 3. Diejenigen, die die Politik innerhalb der Länder gestalten. Diese Gruppe ist für eine tiefgreifende Dekarbonisierung von zentraler Bedeutung, da ihre Mitglieder die Bestrebungen zur Emissionssenkung in die lokale Realität umsetzen.

Weniger wirtschaftliche Ungleichheit

Schauen wir auf eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit: die Verringerung der wirtschaftlichen Ungleichheit. Wie dieses gesellschaftliche Ziel angegangen wird, könnte tiefgreifende moralische und politische Auswirkungen auf die Klimapolitik haben. Die Dekarbonisierung wird größtenteils für diejenigen billiger sein, die Zugang zu günstigem Kapital haben; eine Ungleichheit, die mit vielen Ungleichheiten in Bezug auf Einkommen, Ethnie und Chancen verbunden ist.

Oder denken wir an die Politik der Deglobalisierung, bei der Institutionen wie die Welthandelsorganisation, die im Nachkriegsideal der offenen Grenzen verankert sind, bedroht sein könnten. Für die politischen Entscheidungsträger*innen ist es wichtig zu verstehen, wie weit der Nationalismus geht und welche Folgen er für die Kosten sauberer Energietechnologien hat. Die Realität sieht so aus, dass viele der Revolutionen, die Hoffnung auf eine erschwingliche Dekarbonisierung machen, wie billige Solarzellen und Batterien, dank des globalen Handels und der Investitionen einen drastischen Rückgang ihrer Kosten erfahren haben.

Dekarbonisierung geht für einkommensschwache Gruppen mit unverhältnismäßig hohen Kosten einher

Im Bewusstsein der Möglichkeit, diese Muster systematisch zu verstehen, ergeben sich konkrete Anwendungsfälle, in denen Verbesserungen bestehender Modelle eine entscheidende Rolle spielen. Beispielsweise wurde untersucht, wie die Entwicklung neuer Theorien über den internationalen Handel dazu beiträgt, die Richtung und politische Stabilität der internationalen Handelspolitik zu erklären. Es wurde gezeigt, wie die Senkung von Zöllen lokale Gewinner (und Verlierer) hervorbringen konnte. Dadurch veränderten sich die Koalitionen zur Unterstützung von Handel, Investitionen und anderen Merkmalen der Globalisierung. Diese Denkweise ist eine ernüchternde Erinnerung daran, dass internationale Politiken zu weit gehen können, was zu innenpolitischen Gegenreaktionen führt, die die Unterstützung für globale kollektive Maßnahmen verringern. Mit der richtigen Vorarbeit könnten ähnliche Konzepte für die Untersuchung der Dekarbonisierung in einer Ära der Deglobalisierung nützlich sein.

Eine mögliche Reform, die für nationale politische Entscheidungsträger relevant ist, besteht darin, die Modelle so umzukodieren, dass sie aufzeigen, wie die Dekarbonisierung einkommensschwachen

Gruppen in einem Land unverhältnismäßig hohe Kosten auferlegt. Eine Reform, die für internationale politische Entscheidungsträger wertvoll ist, besteht darin, darzustellen, wie die Öffnung für den grenzüberschreitenden Handel die Kosten für wichtige kohlenstoffarme Technologien senken würde. Dies wiederum könnte es leichter machen, die politischen Koalitionen zu bilden und zusammenzuhalten, die notwendig sind, um Klimapolitik voranzubringen.

Der Weg in die Zukunft

Die Veränderung, die ich als notwendig erachte, befindet sich bereits in der wissenschaftlichen Umsetzung. Es bleibt daher die Formulierung zweier Erkenntnisse:

1. Die richtigen Entscheidungen hängen von der Zielgruppe ab. IAM-Reformen sind nur dann der Mühe wert, wenn sie den Entscheidungsträger*innen helfen. Der Grund dafür ist, dass es bei großen Veränderungen oft schwierig ist zu erkennen, welche Faktoren die Ergebnisse wirklich beeinflussen. Die Interessengruppen sollten bereits bei der Formulierung und Darstellung von Problemen konsultiert werden, nicht erst nach Abschluss der Modellentwicklung und der Ergebnisse.

2. Der Erfolg wird neue Kooperationen und Finanzmittel erfordern. Die Reform der Modelle erfordert wissenschaftliche Kooperation multipler Disziplinen, die in den IAMs verankert sind (mit dem Wissen, was machbar ist) und die mit den Sozialwissenschaften verbunden sind (mit dem Bewusstsein, was wichtig ist). Hier bin ich der Auffassung, dass diese Bemühungen stark auf die Einbeziehung von Politikwissenschaftler*innen und politisch denkenden Wirtschaftswissenschaftler*innen ausgerichtet sein sollten. Dies erfordert eine gewisse Bescheidenheit und Flexibilität von den Modellierer*innen, die erkennen müssen, dass ihre Konzepte in anderen Disziplinen als eng und oft wenig einladend angesehen werden.

Für rasche nachhaltige Lösungen müssen die Ressourcen der Wissenschaften gebündelt werden

Ein Teil dieser Arbeit hat bereits begonnen. Europa ist ein vielversprechender Ort, um eine neue Generation von IAMs zu testen. Unter dem Banner des European Green Deal werden auf dem gesamten Kontinent enorme Investitionen in eine dekarbonisierte Industriepolitik getätigt. Dies wird neue Industrien und eine neue Politik in der Region und in Schlüsselsektoren wie Öl und Gas schaffen. Der Kontinent investiert in großem Umfang in Zukunftsbranchen wie Kohlenstoffabscheidung und -speicherung sowie Wasserstoff und Elektrizität.

Diese Art der Zusammenarbeit findet sich bereits häufiger in den Naturwissenschaften. Hier sind Arbeiten, an denen mehrere Parteien beteiligt sind, üblich und spiegeln sich sogar in der Vergütungsstruktur wider. Ein solcher Ansatz ist in vielen Sozialwissenschaften, einschließlich der Politikwissenschaft, risikoreicher und unkonventionell. Es muss sorgfältig darauf geachtet werden, dass die Leistungen in jedem Fachgebiet als wertvoll angesehen werden. Jede Disziplin braucht ihren eigenen Ansatz, aber die Herausforderung des Klimawandels ist derartig herausragend, dass Ressourcen gebündelt werden müssen, da nachhaltige Lösungsansätze längst überfällig sind. • •

Jan-Oliver Distler befasste sich mit den Folgen von Umweltpolitik und der Frage, wie die Transformationskosten gerecht verteilt werden können.

Schokolade „Made in Africa“

Der Kakaoanbau in Ghana ist für Kleinbauern wenig ertragreich und führt zur Abholzung von tropischem Regenwald. Die Weiterverarbeitung der Kakaobohnen vor Ort wäre ein sinnvoller Ansatz.

Von Manuel Holzer

Ein Huhn rennt über den Dorfplatz, verfolgt von einem Hahn. Sie drehen sich einmal im Kreis und verschwinden dann zwischen Bananenstauden. Um den Platz herum stehen Hütten aus Lehm und Holz mit Stroh- oder Wellblechdächern. An einer Ecke befindet sich eine Schule, wo Kinder in gelb-braunen Schuluniformen für eine warme Mahlzeit anstehen. Die Verpflegung ist Teil eines Regierungsprogramms, mit dem die gesunde Ernährung von Grundschüler*innen sichergestellt werden soll. Etwas abseits der Schule steht ein langes, hüfthohes Holzgestell, auf dem braune Kakaobohnen in der sengenden Hitze trocknen. Im Schatten eines Baumes sitzen ein paar Männer und spielen eine Partie Dame.

Wir befinden uns in dem Dorf Assin Nkwantanang, einem Kakaoanbaugebiet im südlichen Ghana, und befragen mit einem Team des Internationalen Instituts für Tropische Agrarwirtschaft die Bäuerinnen und Bauern vor Ort. Sie sind sich einig, dass sie zu wenig Unterstützung von Banken und anderen Kreditinstitutionen bekommen, um sich genügend Dünger, Pflanzenschutzmittel und Hilfskräfte leisten zu können. Und dies hindere sie daran, ihre Plantagen gewinnbringend zu bewirtschaften.

Ghana ist nach der Elfenbeinküste der zweitgrößte Kakaoproduzent und für gut 20 Prozent der globalen Produktion verantwortlich. Der Kakao wird häufig als das Rückgrat der ghanaischen Wirtschaft bezeichnet, sein Anbau ernährt etwa 800 000 Familien. Die meisten Kakaobohnen werden von Kleinbauern produziert, die durchschnittlich nicht mehr als zwei Hektar Land besitzen und von Armut betroffen sind.

Kakao wächst nur in feuchttropischen Gebieten; sein Anbau trägt zur Abholzung tropischer Regenwälder im südlichen Ghana bei. Zwei Faktoren spielen eine maßgebliche Rolle: Erstens braucht die wachsende Landbevölkerung angesichts fehlender wirtschaftlicher Alternativen immer mehr Land, um sich durch dessen Bewirtschaftung ein Einkommen zu sichern, wobei der Kakaoanbau eines der lukrativsten Geschäfte ist. Zweitens sind die Kakaoerträge in den vergangenen Jahrzehnten stetig gesunken und liegen heute bei etwa einem Drittel der potenziellen Maximalerträge pro Fläche. Dieser Produktivitätsverlust wurde mancherorts durch eine Vergrößerung der Anbauflächen auf Kosten des Regenwalds ausgeglichen.

Der Rückgang der Erträge hat verschiedene Gründe: So führt der Klimawandel

Nach der Elfenbeinküste ist Ghana mit 20 Prozent der weltweiten Produktion der zweitgrößte Kakaolieferant

dazu, dass viele Gebiete allmählich zu trocken sind für den Kakaoanbau. Auf zahlreichen Plantagen sind die Kakaobäume zu alt oder zu krank, um gute Erträge zu erzielen; sie müssten ersetzt werden. Vielerorts lässt die Bodenfruchtbarkeit zu wünschen übrig. Außerdem fehlen den Bauern oft die finanziellen Mittel und das Wissen, um ihre Plantagen optimal zu bewirtschaften.

Nachhaltige Intensivierung

Die sinkenden Kakaoerträge sind ein bekanntes Problem. So verteilt die staatliche Kakaobehörde COCOBOD subventionierte Setzlinge ertragreicher Kakaosorten, um alte und krankheitsbefallene Plantagen neu zu bepflanzen. Viele internationale Schokoladenproduzenten und Kakaohandelsunternehmen haben Programme ins Leben gerufen, um die Bauern, von denen sie ihre Kakaobohnen beziehen, in effizienten und ertragreichen Anbaumethoden zu schulen. Dieser Ansatz der Ertragssteigerung wird auch als nachhaltige Intensivierung bezeichnet. Das Vorgehen soll den Bauernfamilien ein besseres Einkommen sichern und so den Druck des Abholzens auf umliegende intakte Regenwälder senken. Nicht zuletzt dienen diese Maßnahmen aber auch den Unternehmen, die sich somit den für sie unentbehrlichen Rohstoff Kakao sichern.

Neben der Intensivierung sind Agroforst-Systeme eine vielbeachtete Methode, um den Kakaoanbau nachhaltiger zu gestalten. In einem Kakao-Agroforst werden Kakaobäume mit heimischen Regenwaldbäumen kombiniert, sodass letztere der Plantage Schatten spenden können. Dies hilft den Kakaopflanzen, Hitze- und Trockenperioden besser zu überstehen und erhöht die Biodiversität. Der Verkauf des Holzes kann eine zusätzliche Einnahmequelle darstellen. Eigentlich bevorzugt die Kakaopflanze natürlicherweise schattige Standorte, dennoch wurde sie lange Zeit in praller Sonne in Monokulturen angebaut. Die Annahme, Erträge auf diese Weise steigern zu können, stellte sich mit der Zeit als Irrtum heraus.

Für bessere Bewirtschaftung sind unerlässlich: sichere Landrechte, Schattenbäume und der Zugang zu Krediten

Selasse Gidiglo von der Rainforest Alliance Ghana, einem global führenden Zertifizierungsunternehmen, ist sich sicher: Damit Plantagen erneuert, intensivierte Anbaumethoden umgesetzt und Agroforst-Systeme etabliert werden können, sind drei große Herausforderungen zu überwinden: Sichere Landrechte, geregelte Eigentumsbestimmungen für Schattenbäume und Zugang zu Krediten müssen ermöglicht werden.

Die meisten Kakaobauern bestellen gepachtetes Land, das in der Regel von Dorf- oder Clanchefs verwaltet wird. Wenn nun eine Plantage mit alten oder kranken Kakaobäumen erneuert werden soll, müssen die Bauern traditionsgemäß den Landnutzungsvertrag neu aushandeln. Da sich viele Bauern davor fürchten, nach den Verhandlungen schlechtere Nutzungsbedingungen zu haben oder das Land gar ganz zu verlieren, ziehen sie es vor, mit der bestehenden Plantage weiterzuarbeiten.

Auch wenn es um Agroforst-Systeme geht, ist die Gesetzeslage nicht auf der Seite der Bauern: Nach geltendem ghanaischem Recht liegt der Besitzanspruch von allen natürlich vorkommenden Bäumen, auch auf Privatland, bei der Regierung. Dieses Gesetz schließt Schattenbäume, die vom Bauer oder der Bäuerin selbst gepflanzt

wurden, mit ein. So können Bäume auf Kakaoplantagen vom Ministerium für Land und natürliche Ressourcen zur Abholzung freigegeben werden, ohne dass es der Zustimmung des Bauern bedarf. Viele Bauern entscheiden sich daher gegen den Anbau von Schattenbäumen.

Um diesem Missstand entgegenzuwirken, hat die Regierung ein landesweites Baumregistrierungssystem geschaffen. Bauern, die Schattenbäume registrieren lassen, können nun ihre offiziellen Besitzer werden. Der Registrierungsprozess ist allerdings mit viel bürokratischem Aufwand verbunden und schützt nicht in jedem Fall vor Abholzung. Einfacher wäre es gewesen, das Gesetz so anzupassen, dass den Besitzern des Landes auch die Bäume, die darauf wachsen, gehören. Letztlich ist es wohl das finanzielle Interesse der Regierung an den Bäumen, das zu der aktuellen Gesetzeslage geführt hat.

Perspektiven verbessern

Der Zugang zu erschwinglichen Finanzdienstleistungen ist notwendig, um die Produktion zu intensivieren. Eine solche Intensivierung ist mit viel Aufwand verbunden: mehrmals pro Jahr jäten, Kakaobäume schneiden, kranke Früchte und Äste regelmäßig entfernen, düngen und wenn nötig Pflanzenschutzmittel spritzen. Dies führt zu höheren Ausgaben in Zeiten, in denen die Bauern wenig Geld zur Verfügung haben. Es gibt zwar Banken in den ländlichen Anbaugebieten, doch diese gewähren den Bauern nur selten Kredite – und wenn, dann zu horrenden Zinssätzen und mit kurzen Rückzahlungsfristen.

Schokolade ist ein milliardenschweres Geschäft. Doch viele Kakaobauern leben unterhalb der Armutsgrenze

Vielen Kreditinstituten ist das Geschäft mit Kleinbauern zu risikoreich, da Erträge wetterabhängig sind und vielen Bauern grundlegende Finanzkenntnisse fehlen. „Manchmal liegt es auch an der fehlenden Loyalität der Bauern“, erklärt Richard Adonu, Agronom bei einer Kakaohandelsfirma, der eng mit den Bauern zusammenarbeitet. So musste das Unternehmen ein Pilotprojekt, das Bauern Kredite auszahlte, wieder einstellen, da viele ihre Ernte am Ende der Saison an andere Unternehmen verkauften, bei denen der erhaltene Kredit nicht vom Kaufpreis abgezogen wurde.

2017 wurde die „Cocoa and Forest Initiative“ ins Leben gerufen, um die Kooperation zwischen staatlichen Institutionen und der Privatwirtschaft zu fördern und Strategien für eine abholzungsfreie Kakaoproduktion zu entwickeln. So wird an einem satellitenbasierten Waldüberwachungssystem gearbeitet, um illegale Abholzung schnell zu erkennen; und die COCOBOD-Behörde arbeitet daran, die Rückverfolgung von jedem Sack Kakaobohnen bis zur Plantage zu garantieren.

Die meisten Akteure im ghanaischen Kakaogeschäft setzen für mehr Nachhaltigkeit auf eine intensivierte Produktion. Nichtsdestotrotz gibt es auch kritische Stimmen, für die klar ist: Solange die Armut und die wirtschaftliche Perspektivlosigkeit in den ländlichen Regionen nicht überwunden sind, wird es Abholzung im Zusammenhang mit landwirtschaftlichen Aktivitäten geben.

Schokolade ist ein milliardenschweres Geschäft. Doch viele Kakaobauern leben unterhalb der Armutsgrenze. Nur 6 bis 7 Prozent der Einnahmen aus einem Schokoriegel gehen an die Kakaobauern, erklärt Yayra Glover, CEO einer Kooperative von 5000 Bauern, die Kakao in Bioqualität an-

bauen. In der Anbauregion der Kooperative errichtete er ein Industriegelände für nationale und internationale Unternehmen aus der Lebensmittelindustrie, auf dem sich die Firma Fairafric niederließ, welche die Kakaobohnen vor Ort zu Schokolade verarbeitet. Glover ist überzeugt, dass die lokale Verarbeitung von Agrarprodukten ein großes Potenzial für nachhaltige ländliche Entwicklung birgt. So können in ländlichen Gebieten neue Arbeitsplätze und wirtschaftliche Perspektiven außerhalb der Landwirtschaft geschaffen werden, was wiederum den Abholzungsdruck auf umliegende Wälder senkt.

Das Potenzial der lokalen Verarbeitung hat auch die Regierung des Landes längst erkannt. So hat der ghanaische Präsident Nana Akufo-Addo bei seinem Staatsbesuch in der Schweiz im Februar 2020 verkündet, dass Ghana in Zukunft keine Kakaobohnen mehr exportieren wird, sondern die Schokolade selbst herstellen will. Wer weiß, vielleicht werden wir schon bald nur noch Schokolade „Made in Africa“ genießen. • •

Manuel Holzer arbeitete während seines Kolleg-Jahrs beim International Institute for Tropical Agriculture (IITA) in Ghana und beim Nahrungsmittelkonzern Nestlé in der Schweiz.

Nachhaltige humanitäre Hilfe

Humanitäre Organisationen können durch Partnerschaften mit dem Privatsektor und Kooperationen mit lokalen Unternehmen Synergien schaffen, die zu effizienten und umweltfreundlichen Lösungen führen.

Von Dorothee Nussbruch

Humanitäre Organisationen geben im Schnitt 1,2 Milliarden Dollar im Jahr für umweltschädlichen Brennstoff aus. Allein die UN-Organisationen melden durch ihre humanitären Aktivitäten einen Ausstoß von über zwei Millionen CO_2-Äquivalenten pro Jahr und über 141 000 Tonnen produzierten Abfall. Doch was passiert mit all dem Müll, nachdem humanitäre Einsätze beendet werden? Und kann man den Einsatz von Brennstoffen und den Ausstoß von klimaschädlichen Gasen in der humanitären Hilfe überhaupt reduzieren, wenn doch das Retten von Leben die höchste Priorität haben sollte?

Das oberste Ziel aller humanitären Organisationen ist die schnelle, effiziente und günstige Bereitstellung von Hilfsgütern für Betroffene. Das bedeutet oft auch, dass Container mit Nahrungsmitteln, Zelten oder anderen Gütern über Tausende Kilometer per Luft- oder Seefracht an den Ort der Krise gebracht werden müssen und dann viele Tonnen Müll zurückbleiben. Die hohe Dringlichkeit rechtfertigt dabei meist die schmutzigen Transportwege mit emissionsreichen Containerschiffen und alten Transportern sowie die Unmengen an Verpackungsmüll.

Innerhalb der humanitären Community werden jedoch immer mehr Stimmen laut, die mehr Nachhaltigkeit in ihrer Arbeit fordern. Hierfür sollen Transportwege verkürzt und Verpackungsmaterialien

sowie zurückgebliebene Hilfsgüter, wie Zelte, recycelt werden. Allerdings stellen diese Fragen sowohl viele NGOs als auch die UN-Organisationen vor eine große Herausforderung, denn nur wenige haben Erfahrung im Bereich Recycling oder der Reduktion von Emissionen. Das knappe Geld, das humanitären Organisationen für ihre Aktivitäten zur Verfügung steht, kann schlecht in die Erforschung von innovativen Lösungen investiert werden.

Von der Privatwirtschaft lernen

Genau hier eröffnet sich aber auch eine Chance: sektorübergreifende Partnerschaften für mehr Nachhaltigkeit in der humanitären Hilfe. Partnerschaften zwischen Unternehmen und humanitären Organisationen können Synergien zwischen der Wirtschaft und der humanitären Gemeinschaft nutzen, um gemeinsam humanitäre Ziele voranzutreiben. Viele Unternehmen haben bereits Erfahrungen mit Recycling und grünen Technologien, besonders im Logistikbereich. „Wenn ein Autohersteller 90 Prozent eines gebrauchten Fahrzeugs recyceln kann, dann bin ich mir sicher, dass wir als humanitäre Community davon lernen und mit Unternehmen zusammenarbeiten können, um nachhaltigere Lösungen für unsere eigenen Aktivitäten zu finden“, stellt der frühere stellvertretende Leiter des WFP Logistics Cluster und mittlerweile Regionaldirektor Westafrika bei Help Logistics, Bruno Vandemeulebroeke, fest. Wieso also das Rad neu erfinden, wenn man auch auf den Erfahrungsschatz aus der Privatwirtschaft zurückgreifen kann?

Besonders im Bereich der ökologischen Nachhaltigkeit stehen Wissensaustauch und Transfer von Technologien im Vordergrund, zum Beispiel beim Recycling. „Humanitäre Aktivitäten sind eng mit kommerziellen Märkten verknüpft, zum Beispiel in der Art und Weise, wie Waren gekauft oder transportiert werden. Allerdings haben Unternehmen ganze Abteilungen, die sich ausschließlich auf Investitionen in innovative Lösungen und Technologien zur Reduzierung des ökologischen Fußabdrucks konzentrieren. Diese Innovationen sollten dem humanitären Sektor zugutekommen“, so Vandemeulebroeke. Sich das Wissen des Privatsektors zu eigen zu machen und gleichzeitig den Unternehmen die Chance zu geben, ihre Kernkompetenzen und technische Expertise zur Verfügung zu stellen, um humanitäre Einsätze zu unterstützen, ist eine Win-win-Situation für beide Seiten.

Zudem kann die Zusammenarbeit mit Unternehmen vor Ort durch lokale und regionale Beschaffung und verkürzte Transportwege den ökologischen Fußabdruck von humanitären Aktivitäten reduzieren. Doch die Einbindung dieser oft kleineren Unternehmen in globale Strukturen ist schwierig. Eine Möglichkeit ist die Bildung von Netzwerken, in denen sich lokale, regionale und nationale Unternehmen mit Akteur*innen der humanitären Hilfe zusammenschließen können. Die „Connecting Business initiative (CBi)“ unterstützt diese Netzwerke und hilft gezielt, lokale Kapazitäten zu stärken und weiter auszubauen. Dies fördert nicht nur ökologische, sondern auch soziale und wirtschaftliche Nachhaltigkeit.

Es hat sich also über die vergangenen Jahre gezeigt, dass der Privatsektor einen großen Beitrag zu mehr Nachhaltigkeit in der humanitären Hilfe leisten kann. Doch um erfolgreich mit dem Privatsektor zusammenzuarbeiten, braucht es mehr als nur vorhandenes Wissen und gute Absichten. Partnerschaften sollten strategisch geplant sein, mit gemeinsam bestimmten Zielen. Vor allem im Bereich der ökologischen Nachhaltigkeit gibt es oft keine

schnellen Erfolge. Es ist außerdem wichtig, einen guten und vor allem regelmäßigen Austausch zu fördern, sowohl durch Treffen und Telefonate als auch durch gemeinsame Entsendungen. Expert*innen von Unternehmen können beispielweise mit in Länderbüros oder Außenstellen reisen und humanitäre Missionen begleiten. Ebenso können UN-Organisationen oder große NGOs Mitarbeiter*innen zu Unternehmen entsenden.

Dieser enge Austausch kann gegenseitiges Vertrauen stärken, mehr Verständnis für den anderen Sektor fördern und langfristig Partnerschaften stärken. Weiterhin ist es wichtig, feste Absichtserklärungen über die Art der Partnerschaft zu erstellen und konkrete Erwartungen festzuhalten, inklusive des finanziellen oder personellen Umfangs. Strategische, auf Vertrauen basierende Partnerschaften mit klaren Vereinbarungen, die die Zusammenarbeit im Katastrophenfall regeln, können einen deutlichen Mehrwert sowohl für humanitäre als auch private Akteur*innen schaffen und die Nachhaltigkeit in humanitären Aktivitäten stärken.

Kein Greenwashing

Doch natürlich birgt die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor auch Risiken und schnell wird der Vorwurf des Greenwashing laut, also die Annahme, dass Unternehmen sich vor allem engagieren, um den Ruf der eigenen Marke aufzupolieren. Dieser Vorwurf ist nicht ganz unbegründet. Vor allem in den frühen 2000er Jahren nutzten einige Unternehmen die humanitäre Hilfe für Marketingzwecke und als Abladeplatz für überschüssiges Geld, veraltete Ausrüstung und ausgelaugte Führungskräfte. Es fehlte an strategischen Partnerschaften, bei denen die Unternehmen gemeinsam mit humanitären Organisationen an einem Strang ziehen, um

Klare Vereinbarungen, die die Zusammenarbeit im Katastrophenfall regeln, bieten einen deutlichen Mehrwert

effiziente Lösungen zu erarbeiten. Außerdem engagierten sich zu der Zeit viele Unternehmen in Bereichen, die nicht ihrem Kerngeschäft entsprachen – offensichtlich nach dem Motto: Hauptsache dabei sein und die Marke präsentieren.

Heute weiß man: Ziel muss sein, das Engagement mit den Kernwerten und -kompetenzen des Unternehmens in Einklang zu bringen. Nur dann können Unternehmenspartnerschaften einen Mehrwert bringen. Auch die Kooperation mit erfahrenen humanitären Akteur*innen ist wichtig. Sie können sicherstellen, dass die Prinzipien der humanitären Hilfe (Menschlichkeit, Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit) gewahrt werden.

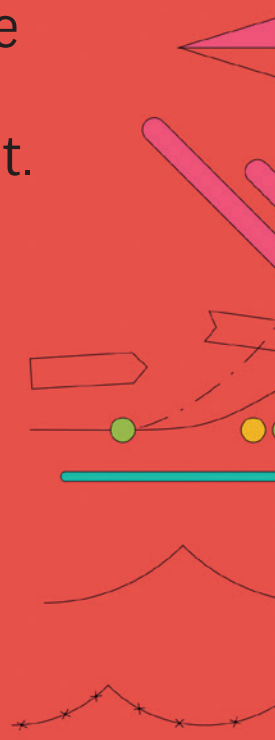
Seit Unternehmen in den frühen 2000er Jahren angefangen haben, sich in der humanitären Hilfe zu engagieren, hat sich viel getan: Partnerschaften sind strategischer geworden und Unternehmen dazu übergegangen, ihre Kernkompetenz in die Partnerschaft einzubringen. Innerhalb der humanitären Community hat sich außerdem die Einsicht durchgesetzt, dass Unternehmen einen wichtigen Beitrag für effiziente und nachhaltigere humanitäre Hilfe leisten können, die über reine finanzielle Unterstützung weit hinausgeht. Gemeinsam können humanitäre Organisationen und Unternehmen das Thema der Nachhaltigkeit in humanitären Operationen ganz oben auf die Agenda setzen. • •

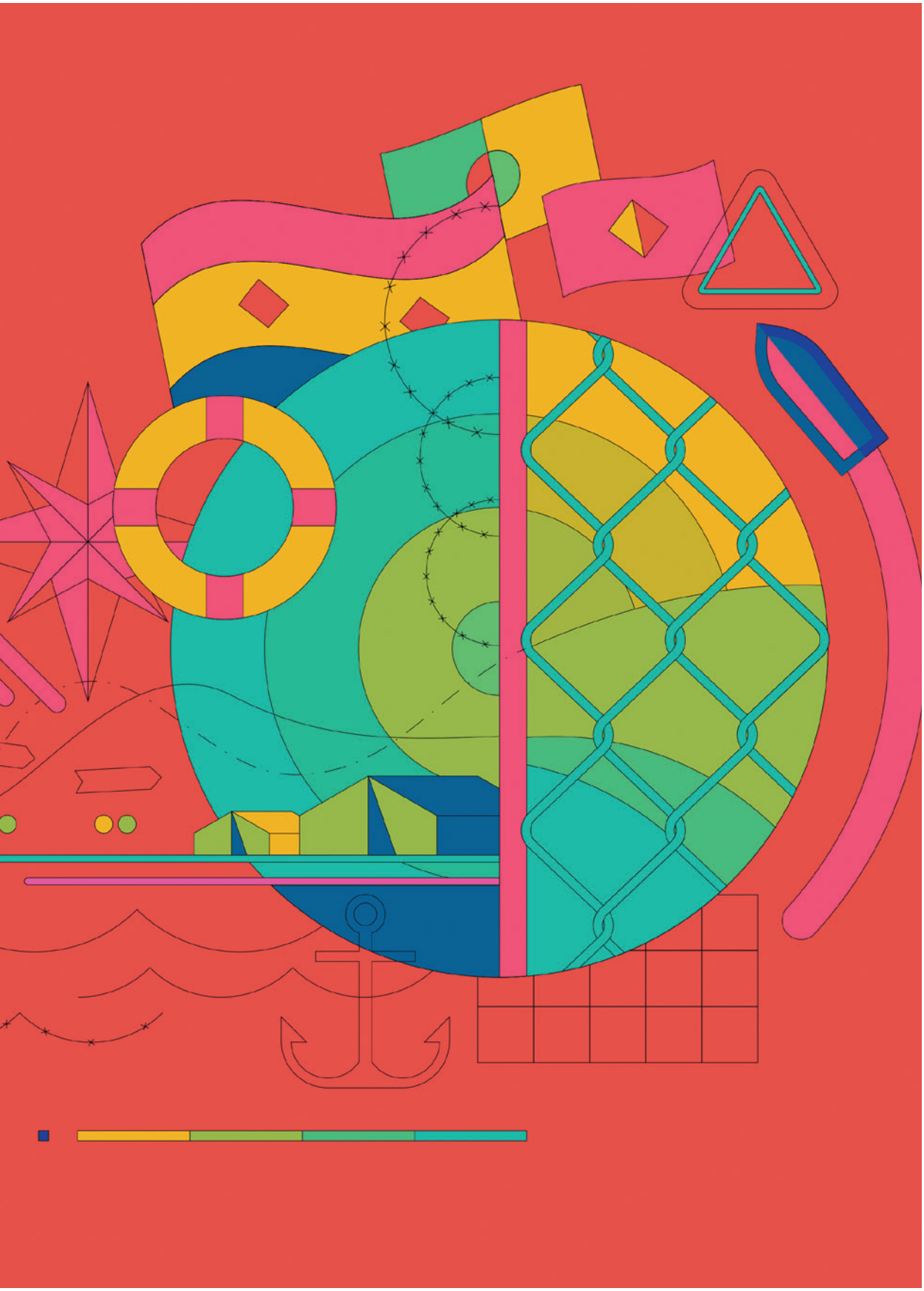
Dorothee Nussbruch hat beim Welternährungsprogramm, bei der UNDP und der Harvard Kennedy School zu PPP in der humanitären Hilfe gearbeitet.

Migration und Menschenrechte

Die Corona-Pandemie beeinflusst die Mobilität von Menschen, Geflüchtete und Hilfsorganisationen stehen vor neuen Herausforderungen – weltweit.

Von Hoang Tran Hieu Hanh, Peter Grabitz, Noemi Skala und Pelumi Olusanya-Winter





Flucht versus Lockdown

Für Menschen, die unter den Folgen des Klimawandels leiden, ist Migration eine wichtige Bewältigungs- und Überlebensstrategie. Doch wie wirkt sich die Covid-19-Krise auf ihre Mobilität aus?

Von Hoang Tran Hieu Hanh

Die Erderwärmung beschleunigt sich dramatisch, wir erleben hautnah den Temperaturanstieg, häufiger und intensiver auftretende Hitzewellen und Überschwemmungen sowie Dürre und einen steigenden Meeresspiegel. Seit 2008 werden laut Angaben des Internal Displacement Monitoring Centre jedes Jahr durchschnittlich 26,4 Millionen Menschen durch Katastrophen vertrieben – dies würde einer Person pro Sekunde entsprechen. Die immensen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie zeigen uns, wie anders die Welt aussieht, wenn unsere Bewegungsfreiheit eingeschränkt ist.

In diesem Beitrag kommen zwei Frauen zu Wort, die über die Auswirkungen der Pandemie auf Umweltmigration und katastrophenbedingte Vertreibung berichten: Runa Khan, Gründerin und Leiterin der Nichtregierungsorganisation Friendship, die Binnenvertriebene und Rohingya-Geflüchtete in Bangladesch auf Katastrophen vorbereitet und deren Widerstandsfähigkeit stärkt.

Und Dina Ionesco, ehemalige Leiterin der Abteilung Migration, Umwelt und Klimawandel bei der Internationalen Organisation für Migration (IOM) in Genf, die migrationsbezogene Maßnahmen und Programme zum Nexus Migration, Umwelt und Klimawandel betreut und die Beteiligung der IOM an politischen Prozessen wie den Klimaschutzverhandlungen koordiniert.

Mit einem riesigen Delta und von mehr als 300 Flüssen durchzogen ist Bangladesch eines der am stärksten von Überschwemmungen, Monsunregen, Zyklonen und tropischen Stürmen betroffenen Länder der Welt; hinzu kommt in der Zeit vor der Reisernte eine Hungersnot. „Wir haben keine Kontrolle über die Natur, eher umgekehrt – es ist die Natur, die unser Leben und oft auch unser Handeln kontrolliert“, sagt Runa Khan.

Bangladesch ist besonders vom Klimawandel betroffen

Allein im Jahr 2020 lösten Katastrophen 4,4 Millionen neue Vertreibungen in Bangladesch aus, die meisten davon waren präventive Evakuierungen vor dem Eintreffen des Zyklons Amphan im Mai. In Bangladesch stellt sich nicht die Frage, ob eine Katastrophe eintreten wird, sondern vielmehr wann, wie oft und wie intensiv. Betroffene Menschen haben somit keine andere Wahl als sich anzupassen.

Das Mandat von Friendship hilft insgesamt sieben Millionen Bedürftigen vor Ort, davon sechs Millionen Binnenvertriebenen und fast eine Million Rohingya-Geflüchteten. Dabei verfolgt die Nichtregierungsorganisation vier Ziele: Empowerment dieser Gemeinschaften; Armutsbekämpfung; Menschenleben retten durch die Bereitstellung von Gesundheitsdiensten bei Katastrophen; und Klimaschutzmaßnahmen wie Trainings zur

Anpassung an den Klimawandel inklusive der Wiederanpflanzung von Mangrovenbäumen entlang der Flussufer.

Mit dem Ausbruch der Pandemie begann Friendship bereits im Februar 2020, Masken herzustellen, um sie an lokale Gemeinschaften zu verteilen. Im März arbeitete das 4000-köpfige Personal von zu Hause aus, Trainings fanden online statt. Der Alltag in den Geflüchtetenlagern in Cox's Bazar, wo etwa eine Million Rohingya-Geflüchtete auf engem Raum zusammenleben, ist von Ungleichheit und fehlenden Social Distancing- und Hygienemaßnahmen gekennzeichnet. Zudem beschädigten Überschwemmungen und Erdrutsche nach den Monsunregenfällen Ende Juli viele Unterkünfte und Lager.

Katastrophenvorsorge und eine schnelle Reaktion sind hier von entscheidender Bedeutung. Aufklärungs- und Hygienemaßnahmen wurden ergriffen, um die Übertragung des Virus zu minimieren. Die durch den Monsun verursachten Straßenblockaden und die Covid-19-Restriktionen schränkten die Nahrungsmittelhilfe, Bedarfsanalysen, Reparaturarbeiten und die allgemeine Gesamtreaktionsfähigkeit ein.

Das Besondere an der Arbeit von Friendship ist, dass sie auf Mobilität beruht: Die Nichtregierungsorganisation betreibt schwimmende Krankenhäuser, um die auf den Flussinseln lebenden Menschen zu erreichen und ihnen eine medizinische Grundversorgung zu bieten. Zu den weiteren Initiativen von Friendship gehören mobile medizinische Teams, die rund um die Uhr in den Lagern arbeiten und auf Krisen reagieren. Familien in den betroffenen Gebieten werden in Moscheen, Schulen und sichere Räume für Frauen gebracht.

Gesundheit und Klima: Die Covid-19-Pandemie hat das Migrationsverhalten weltweit neu definiert

An den Schnittstellen arbeiten

Auf der anderen Seite der Welt, in Genf, geht die Arbeit von Organisationen wie der IOM weiter. Seit den frühen 1990er Jahren arbeitet sie zur Umweltmigration und Vertreibung. Dabei stützt sie sich auf umfangreiches Wissen und Praktiken aus ihrer politischen Arbeit sowie aus ihrer operativen Reichweite. Zwar können Menschen aus aller Welt aufgrund der Pandemie viel leichter von zu Hause aus an Meetings teilnehmen – und die erste Sitzung des Internationalen Dialogs über Migration Ende Mai 2021 war ein erfolgreiches Beispiel dafür. Doch die größte Auswirkung der Pandemie auf die Arbeit der Organisation betrifft die zwischenmenschlichen Beziehungen, denn der direkte Austausch fehlt: „Unser Team hat sich als widerstandsfähig erwiesen und sich gegenseitig unterstützt. Dennoch gehen Effizienz und Qualität unseres Austauschs verloren", so Dina Ionesco.

Anfang 2020 befürchtete ihre Abteilung, dass ihr Themenbereich an Bedeutung verlieren würde, da sich wegen der Pandemie der Schwerpunkt nunmehr auf Gesundheitsmaßnahmen richtete.

Schnell wird jedoch sichtbar, wie Covid-19 das Migrationsverhalten weltweit neu definiert hat. „Dies zeigt, wie stark unsere heutige Welt von menschlichen Bewegungen innerhalb und über Grenzen hinweg geprägt ist", erklärt Ionesco. Im März 2020 startete die IOM eine Blogserie speziell zur Covid-19-Pandemie, Migration und Umwelt, in der die bestehende Forschung zu diesen Themen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und internationalen

Organisationen zusammenkommt. Ionesco erkennt das Potenzial, enger an den Schnittstellen von Gesundheit, Klima und den Auswirkungen von Migration zu arbeiten. Jedoch müssen mehr Kapazitäten in gemeinsame Themen investiert werden – wie die Anfälligkeit für Krisen, die auch mit Armut, Ungleichheit und Geschlecht zusammenhängen, unfreiwillig immobile Bevölkerungsgruppen, Menschen in Lagern, Zugang zu Dienstleistungen für Migrantinnen und Migranten sowie die Verbindungen zu Klimamaßnahmen und Klimapolitiken vor Ort.

Die ehemalige IOM-Abteilungsleiterin sieht auch die wachsende Bedeutung der lokalen Ebene als konkreten Handlungsraum. In den vergangenen Jahren war es nämlich vor allem die regionale Ebene, auf der die IOM Einfluss auf die Politik genommen hat, um Klima- und Umweltbelange zu berücksichtigen, beispielsweise in regionalen Konsultationsprozessen zur Bewegungsfreiheit.

Eine Post-Covid-Welt

Es ist die Krise unserer Generation. Wir alle erleben sie anders. Wir müssen begreifen, dass die Pandemie noch eine ganze Weile bleiben wird und nicht, wie bisher angenommen, nur als eine vorübergehende Gesundheitskrise zu verstehen ist. Hier fordert Runa Khan vor allem einen ganzheitlichen Ansatz: „Die Covid-19-Pandemie hat gezeigt, dass keiner von uns in Sicherheit ist, solange nicht alle von uns in Sicherheit sind. Das Gleiche gilt für unser Ökosystem. Der Planet gehört uns allen: Tiere, Pflanzen und jedes einzelne Lebewesen haben das Recht zu leben. Das muss respektiert werden."

Sie empfiehlt zudem, die Zusammenhänge zwischen Klimawandel und Pandemien anzuerkennen. Studien haben gezeigt, dass die Beendigung der Umweltzerstörung Pandemien effektiver stoppen kann als die Bewältigung ihrer Folgen.

Solidarität und Bescheidenheit sind das A und O für verantwortungsvolles und nachhaltiges Handeln in den Krisen unserer Generation

Die Waldbrände in Süditalien, Griechenland und der Türkei sowie die Überschwemmungen in Westdeutschland und Ostbelgien im zurückliegenden Sommer sind nur einige Beispiele, die zeigen, dass Katastrophen nicht nur auf kleine Inselstaaten oder Länder im globalen Süden treffen. „Dies ist ein Weckruf an den Teil der Welt, der bislang nicht so oft von Katastrophen betroffen war, um zu begreifen, dass wir alle vom Klimawandel betroffen sind", betont Khan. „Alle Runas und Gretas sind nur Bruchteile des Prozesses, aber jede Einzelne von uns muss aktiv werden." Lokale, städtische und ländliche Regierungen sollen dabei unterstützt werden, Migration, Klimawandel und Umweltbelange zu integrieren.

Die Forschung, Politik, der private Sektor, Migrant*innen und Geflüchtete, Jugendinitiativen, örtliche Kommunen und die Zivilgesellschaft gestalten allesamt diesen Wandel. Darüber hinaus ermutigt Dina Ionesco dazu, evidenzbasierte Fakten und bestehende politische Verpflichtungen in operative Aktivitäten umzusetzen. Umgekehrt sollen diese die Politik und die Arbeit zum Wissensaufbau unterstützen, wie in der institutionellen Strategie der IOM zu Migration, Umwelt und Klimawandel dargelegt.

Sowohl für Runa Khan als auch für Dina Ionesco sind Solidarität und Bescheidenheit das A und O für verantwor-

tungsvolles und nachhaltiges Handeln. „Ob binnenvertrieben, auf der Flucht oder staatenlos – jeder Mensch strebt nach einem besseren Leben, und zwar mit Würde“, erklärt Khan. „Niemand ist immun gegen das Virus.“

Impfstoffe nur begrenzt zugängig

Zwar ist jeder Mensch von der Pandemie und dem Klimawandel betroffen, doch marginalisierte Gruppen haben kaum Zugang zu Dienstleistungen und nur begrenzte Ressourcen, um ihr Zuhause zu verlassen und sich gleichzeitig vor dem Virus zu schützen.

Heute ist die Gesundheitsversorgung auf einige wenige privilegierte Bevölkerungsgruppen konzentriert. Nur 0,6 Prozent der bisher verabreichten Covid-19-Impfstoffe gingen an Menschen in Ländern mit niedrigem Einkommen (Stand 17.11.2021). Mit der Verbreitung neuer Virusvarianten muss dafür gesorgt werden, dass Impfstoffe für alle Menschen zugänglich sind. „Einige von uns, die das Privileg haben, in einem sicheren Umfeld zu leben, sollten über die Art und Weise nachdenken, wie wir unser Leben führen, über unsere Auswirkungen auf andere, auf die Natur, über das, was wir den nächsten Generationen hinterlassen, wo unsere Freiheit beginnt und wo sie endet“, fügt Ionesco nachdenklich hinzu.

Bestehende Systeme müssen besser vorbereitet sein, um mit der Fragilität unserer Gesellschaft fertig zu werden. Die Pandemie wird keine bestehenden Probleme lösen, aber Migration kann Teil der Lösung sein, um sich an eine Welt mit neuen Herausforderungen anzupassen. • •

Hoang Tran Hieu Hanh arbeitete zu nachhaltigen Ansätzen zur Umweltmigration und katastrophenbedingten Vertreibung bei der EU-Kommission sowie bei der Internationalen Organisation für Migration in Genf und Dakar.

Mitgefühl oder Mitschuld

Humanitäre Organisationen helfen auch in Gefangenenlagern. Das führt zu schwierigen Entscheidungen und Kompromissen. „Ärzte ohne Grenzen“ hat erneut die Aktivitäten in libyschen Lagern eingestellt.

Von Peter Grabitz

Sie bringen dich dazu, dich auf den Rücken zu legen und deine Beine zu strecken, dann fangen sie an, mit Stöcken auf deine Fußsohlen zu schlagen. 200 Mal.“ So beschreibt ein 35-jähriger Mann seine Erfahrung in einem libyschen Gefangenenlager, nachdem er im August 2021 von dem Schiff Geo Barents der Hilfsorganisation „Ärzte ohne Grenzen“ im Mittelmeer aus Seenot gerettet wurde.

„Die Inhaftierung von Migranten und Flüchtlingen in Libyen ist ein florierendes Unternehmen aus Entführungen, Folter und Erpressung“, erklärte schon 2017 Joanne Liu, damals internationale Präsidentin von „Ärzte ohne Grenzen“ in einem offenen Brief an europäische Regierungen. Die Organisation arbeitete seit Jahren in libyschen Lagern und versorgte dort Menschen in willkürlicher Gefangenschaft.

Trotz des Fortbestehens von schier unvorstellbarem Leid kündigte „Ärzte ohne Grenzen“ im Juni 2021 an, alle Aktivitäten in den Gefangenenlagern rund um Tripoli einzustellen. Wie kam es zu dieser Entscheidung?

Humanitäre Organisationen arbeiten an den schwierigsten und gefährlichsten Orten der Welt. Dazu gehören auch offizielle, von Regierungen betriebene, und inoffizielle Gefangenenlager. Deren Anzahl steigt, denn entlang von Migrationsrouten hat sich die Situation in den vergangenen Jahrzehnten immer weiter verschärft. Mehr und mehr Länder nutzen willkürliche Gefangenschaft als Abschreckungsmittel, um immer größere Migrationsbewegungen zu beschränken. Die Bilder libyscher Gefangenenlager haben sich beispielhaft in das öffentliche Bewusstsein eingebrannt. Doch die Arbeit in Gefangenenlagern stellt humanitäre Akteure vor komplexe Herausforderungen und drängt sie zu moralischen Kompromissen.

Vertretbare Kompromisse sind schwierig, aber notwendig

Zugang zu einem Gefangenenlager sowie zu kranken und leidenden Inhaftierten zu bekommen, bedeutet oft, mit verräterischen Regimen oder bösartigen Personen verhandeln zu müssen. Deren Interessen stimmen häufig nicht mit denen der humanitären Hilfe überein. Um trotzdem das größere Ziel, eine medizinische Versorgung der Menschen im Lager, zu erreichen, sind Kompromisse notwendig.

Die Präsenz von internationalen Hilfsorganisationen allein kann aber schon von der unmoralischen Gegenseite missbraucht werden. „Seht her, unter Aufsicht der Weltgemeinschaft verrichten wir hier unsere rechtmäßige Arbeit!“ – könnte die Miliz, die ein Gefangenenlager betreibt, argumentieren. Daher bewerten einige die bloße Anwesenheit internationaler humanitärer Organisationen im Angesicht von menschenverachtenden Bedingungen der Lager bereits als kritisch und fordern sie auf, gar nicht erst in solchen Kontexten tätig zu werden.

Ab wann wird eine Hilfsorganisation zur Dienstleisterin des Regimes, das, wie in Libyen, Gefangenenlager betreibt und Menschen foltert?

Wenn Organisationen es dennoch tun, drohen weitere schwierige Entscheidungen: Angenommen, in einem Gefangenenlager fehlten Sanitäranlagen und Nahrungsmittel – sollte eine Hilfsorganisation neben medizinischer Hilfe auch Duschen und Trinkbrunnen errichten und die Essensausgabe übernehmen? Ab wann wird die Organisation zur Dienstleisterin des Lagers, quasi als Facility Manager angestellt, um den reibungslosen Ablauf der Einrichtung zu gewährleisten? Ab wann lässt sie sich für die Interessen der Lagerbetreiber vor den Karren spannen?

Schlimmer noch: Man stelle sich vor, dass bei der medizinischen Behandlung durch die Hilfsorganisation Zeichen von Folter ersichtlich werden. Wird sie durch die wiederkehrende Behandlung von Gefolterten Teil des Kreislaufs aus Folter, Hilfe und erneuter Folter? Wäre sie damit nicht sogar Komplizin des Regimes, das sie eigentlich ablehnt?

Diese Beispiele sind leider nicht aus der Luft gegriffen. Christopher Stokes, damaliger Generaldirektor von „Ärzte ohne Grenzen“, berichtete 2012 aus einem der Gefangenenlager in Libyen: „Patienten wurden mitten in der Vernehmung zur medizini-

schen Versorgung zu uns gebracht, um sie für die weitere Vernehmung fit zu machen. Das ist inakzeptabel. Unsere Aufgabe ist es, Kriegsopfer und kranke Häftlinge medizinisch zu versorgen und nicht zwischen den Foltersitzungen immer wieder dieselben Patienten zu behandeln."

Auch damals stellte „Ärzte ohne Grenzen" alle Aktivitäten in libyschen Gefangenenlagern ein. Eine Zusammenarbeit mit den Folternden war unmöglich, man konnte und wollte sich nicht zur Komplizin machen lassen. Stattdessen hat die Organisation mit Öffentlichkeitsarbeit auf die Situation in Libyen aufmerksam gemacht.

Was hilft den Gefangenen mehr?

Die Entscheidung, die Gefangenenlager zu verlassen, zog Kritik von anderer Seite nach sich. Denn Inhaftierte und Gefolterte in den Lagern erhielten nun weniger medizinischen Beistand. Einige von ihnen, die ihren Leidensweg und die unmenschlichen Erfahrungen in Gefangenschaft der Hilfsorganisation mitgeteilt hatten, wurden dafür womöglich von Lagerwärtern bestraft. Wenn Organisationen das Handtuch werfen, um unmenschliche Zustände öffentlich zu machen, torpedieren sie auch künftige Verhandlungen, um Zugang zu Inhaftierten zu erhalten. In der Vergangenheit wurden Nichtregierungsorganisationen sogar des Landes verwiesen, nachdem sie einschlägige Berichte veröffentlicht hatten.

„Es gibt keinen Ersatz für das langsame und schmerzhafte Abwägen der wahrscheinlichen Auswirkungen unserer Entscheidungen"

Hilfsorganisationen, die in Gefangenenlagern arbeiten, stehen also vor einem Dilemma, das sich wie folgt zuspitzen lässt: Was hilft Gefangenen mehr? Kontinuierliche und empathische medizinische Versorgung oder Presseerklärungen, die ihr Leid und die Gründe dafür in die Welt tragen? Humanitäre Organisationen müssen einen Weg finden, mit dieser Frage umzugehen. Dabei holen sie sich Hilfe von Spezialistinnen wie dem Internationalen Roten Kreuz (das seit jeher mit Kriegsgefangenen arbeitet), aber auch von Ethikerinnen und Anthropologinnen.

Julian Sheather, Ethiker und Berater für „Ärzte ohne Grenzen", nimmt zu der Problematik Stellung: Seiner Meinung nach helfe der Vorwurf, dass humanitäre Organisationen „Komplizen" unmoralischen Verhaltens sind, nicht weiter. Es sei zwar wichtig anzuerkennen, dass in komplexen Situationen auch an sich gut gemeinte Handlungen schreckliche Auswirkungen haben können. Auch moralische oder politische Naivität bliebe unentschuldbar.

Er gibt aber zu bedenken, dass das Konzept der Komplizenschaft von internationalen NGOs ungenau definiert ist. Für die einen bedeutet es vorsätzliches gemeinsames Fehlverhalten, andere wittern schon bei einem Hauch von möglicher Nähe Komplizenschaft. Obwohl es solch ein luftiges Konzept ist, habe der Vorwurf, sich zur Komplizin zu machen, doch erstaunliche Macht: Er bewirke, dass sich Organisationen schuldig fühlen, lähmt sie in ihrer Arbeit und weist Verantwortung für Fehlverhalten zu, ohne aufzuklären, was das Falsche ist, wer verantwortlich ist und wofür. Für Julian Sheather ist klar: „Es gibt keinen Ersatz für das langsame und schmerzhafte Abwägen der wahrscheinlichen Auswirkungen unserer Entscheidungen."

Wie wägt man nun aber die Auswirkungen solch wichtiger Entscheidungen ab? Wie entscheidet man, einem Gefangenenlager den Rücken zu kehren? Was wiegt schwerer: der Kontakt zu den Gefangenen, die Möglichkeit, medizinische Versorgung zu leisten, oder aber das Unrecht, den Schmerz klar benennen zu können und Anklage zu erheben?

Der personenzentrierte Ansatz

Die richtige Antwort fällt wohl immer unterschiedlich aus, doch ein alles entscheidender Faktor sollte nicht übersehen werden: Die Entscheidung über Bleiben oder Verlassen muss mit den direkt Betroffenen, in diesem Fall den Häftlingen, besprochen werden, sagt Julian Sheather. Die Erwartungen und Bedürfnisse der Gefangenen seien der Schlüssel, um einen Ausweg aus unterschiedlichen Dilemmata zu finden. Denn obwohl sich die Häftlinge in Extremsituationen befinden, verlieren sie nicht die Fähigkeit zu entscheiden, wo ihre Interessen liegen.

Dieser sogenannte personenzentrierte Ansatz wird in vielen Bereichen der humanitären Hilfe gefordert. In Gefangenenlagern wird er besonders schwer umzusetzen sein. Ein Grund dafür ist, dass Privatsphäre für tiefergehende Gespräche kaum besteht. Inhaftierte könnten durch Unterhaltungen sogar in Gefahr geraten, sie wirken verdächtig und können Häftlinge zum Ziel von Repressionen durch Wärter machen.

Trotzdem müssen Hilfsorganisationen einen Weg finden, die Sichtweise der Gefangenen in komplexe Entscheidungsfindung einzubeziehen. „Ärzte ohne Grenzen“ hat bereits Pilotprojekte gestartet. • •

Peter Grabitz hat in seinem Mercator-Jahr zur Gesundheitsversorgung entlang von Fluchtrouten gearbeitet. Sein Schwerpunkt lag auf chronischen Erkrankungen.

Die vergessene Flüchtlingskrise

In Uganda liegt die größte Flüchtlingssiedlung Afrikas. Dort lebt auch die aus dem Südsudan stammende Hiba mit ihren Kindern. Vom täglichen Kampf und von den Belastungen, mit denen Geflüchtete sowie Hilfsorganisationen konfrontiert sind, handelt dieser Beitrag.

Von Noemi Skala

Das trockene Grün der endlosen flachen Landschaft – Hoffnungslosigkeit. Das matte Braun von Tausenden Lehmhütten mit Strohdächern – Müdigkeit. Das grelle Gelb der auf schwarzen Köpfen getragenen Wasserkanister – Resilienz.

Feldmissionen in das Bidibidi Settlement in der Region West Nile in Uganda hinterlassen tiefe Eindrücke: Es ist laut Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) Afrikas größte Flüchtlingssiedlung mit knapp 270 000 Einwohnern. Die Lage in Bidibidi ist repräsentativ für weitere Gebiete in Uganda. Dieses ohnehin schon arme Land hat ca. 1,5 Millionen Geflüchtete aufgenommen, mehr als jedes andere afrikanische Land. Die Herausforderungen für

Rund ein Drittel der Kinder in Uganda leiden an Unterernährung und laufen damit Gefahr, ihr mentales und körperliches Potenzial nicht ganz zu erreichen

diese hauptsächlich aus dem Südsudan stammenden Menschen sind enorm. Denn viele von ihnen haben bereits in ihren Herkunftsländern oder während der Flucht Traumata durch Verfolgung, Gewalt und bewaffnete Konflikte erlebt.

Nach Ankunft in Uganda treffen die Geflüchteten auf neue Probleme. Durch die Corona-Pandemie und Finanzierungsschwierigkeiten wurden die rationierten Essensspenden des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen (WFP) um 40 Prozent reduziert. Jeder Standort erhält nur noch alle zwei Monate eine Lieferung, um größere Menschenansammlungen so weit wie möglich zu vermeiden.

Essensrationen werden verkauft

Am Liefertag ist dann die gesamte Flüchtlingssiedlung in Aufruhr: Der Ort, an dem die Essensspenden verteilt werden, ähnelt einem belebten und überfüllten Marktplatz. Eifrige Hände packen, tragen oder werfen Tausende beschriftete Päckchen so weit das Auge reicht. „Ich biete zwei Säcke Reis“, ruft ein junger Mann, der wie viele versucht, seine kostenfreie Essensration zu verkaufen. In schlechten Zeiten ist dies für viele Menschen die einzige Einkommensquelle. Jeder Flüchtlingsfamilie wird zwar ein Stückchen Land zur Verfügung gestellt, das den Anbau von Obst und Gemüse ermöglichen soll; doch der Ertrag wird durch mangelnde landwirtschaftliche Kenntnisse und unfruchtbare Böden erschwert.

Vor allem Kinder sind von der reduzierten und unregelmäßigen Ernährung betroffen. Es wird vom WFP geschätzt, dass rund ein Drittel der Kinder unter fünf Jahren in Uganda an Unterernährung leiden und damit Gefahr laufen, ihr mentales und körperliches Potenzial nicht ganz zu erreichen.

Traurige Realität

Neben dem Problem der Unterernährung hat der strenge Corona-Lockdown in Uganda von März bis Juni 2020 insbesondere für Flüchtlingskinder und Jugendliche weitere Schwierigkeiten mit sich gebracht. Durch die monatelangen Schulschließungen sind der geringe Zugang zu Bildung und vermehrte Kinderarbeit zur traurigen Normalität geworden. Was passiert mit Kindern und Jugendlichen, wenn sie so lange nicht zur Schule gehen können? Hoffnungslosigkeit, Perspektivlosigkeit und eine beeinträchtigte kognitive, soziale und emotionale Entwicklung zählen zu den vielen direkten Folgen.

Diesen Herausforderungen zu begegnen, ist äußerst schwierig; immer wieder greifen die geflüchteten Menschen zu gefährlichen oder schädigenden Coping-Mechanismen. Während des Lockdowns sind nicht nur die Suizidraten deutlich gestiegen, sondern auch die Anzahl von Vergewaltigungen und Teenager-Schwangerschaften. Diese führen neben der Stigmatisierung und Diskriminierung der missbrauchten Kinder, meist Mädchen, auch zu einer Vielzahl an Gesundheitsrisiken, physisch wie psychisch.

Für viele Kinder kommt es zu weiteren Risiken, weil ihre Eltern sie vernachlässigen oder ganz zurücklassen müssen, wenn sie sich in ihrer Verzweiflung anderswo auf die Suche nach Einkommensmöglich-

keiten machen. Die Aussichtslosigkeit zwingt viele Eltern zu diesem Schritt, die sonst niemals freiwillig ihre Kinder allein lassen würden.

Die Geschichte von Hiba (Name und Details geändert), einer 30-jährigen Mutter von fünf Kindern aus dem Südsudan, ist ein Beispiel, das die Lage von vielen nach Uganda geflüchteten Frauen verdeutlicht. Vor zwei Jahren verlor Hiba ihren Ehemann, der von Rebellen im Südsudan festgenommen und gefoltert worden war.

Die Flucht nach Uganda war der einzige Ausweg für die nun alleinerziehende Mutter und ihre Kinder. Wegen ihrer Hepatitis B-Erkrankung lieh sich Hiba Geld von einer illegalen Kreditgesellschaft, um ihre Medikamente zu bezahlen. Als sie die 230 000 ugandischen Schillinge (umgerechnet ca. 55 Euro) und Zinsen nicht rechtzeitig zurückzahlen konnte, nahm ihr die Kreditgesellschaft den einzig wertvollen Besitz der Familie: eine Ziege. Um diesen Verlust auszugleichen, versuchte Hiba, sich mit verschiedenen Jobs in an die Flüchtlingssiedlung angrenzenden Aufnahmegemeinden durchzuschlagen.

Nachdem Hiba vor einigen Monaten auf dem Weg zur Arbeit von zwei Männern bedroht und vergewaltigt wurde, ist sie schwanger und leidet unter einer posttraumatischen Belastungsstörung. Aus Angst vor der Stigmatisierung und Diskriminierung von alleinstehenden schwangeren Frauen in der Community vertraut sie sich niemandem an und vermeidet es, medizinische Versorgung in Anspruch zu nehmen, obwohl sie diese dringend bräuchte.

Nach einer Vergewaltigung ist Hiba schwanger. Aus Angst vor Stigmatisierung und Diskriminierung vertraut sie sich niemandem an

Vielerorts mangelt es an finanziellen und personellen Kapazitäten

Das UNHCR sowie lokale und internationale Umsetzungspartner, die sich in Uganda für Geflüchtete engagieren, tun ihr Bestes, um den Menschenrechten und Bedürfnissen der Geflüchteten gerecht zu werden. Neben Bildungsangeboten für Kinder, medizinischer Versorgung und finanzieller Hilfe gibt es auch kontext- und kulturspezifische psychosoziale Unterstützung und Therapien, die von Psychologinnen und Psychologen für geflüchtete Menschen mit psychischen Störungen angeboten werden.

Jedoch fehlt es an vielen Standorten in Uganda an ausreichenden finanziellen und personellen Kapazitäten, um den Herausforderungen auch nur ansatzweise gerecht zu werden. Darüber hinaus ist unklar, wie lange die Hilfsorganisationen nach der Soforthilfephase überhaupt noch Finanzierung erhalten und ihre so notwendige und wertvolle Arbeit fortführen können.

Auch wenn die Grenzen vieler Akteure erreicht sind, so kennen doch die Kraft, die Resilienz und die Hilfsbereitschaft unter den Geflüchteten selbst keine Grenzen. Wenn niemand sonst ihnen ausreichend Hilfe leisten kann, dann werden sie sich selbst helfen. Das ist in diesen unsicheren Zeiten das einzige, worauf sich diese Menschen verlassen können. Denn irgendwie muss es weitergehen. • •

Noemi Skala hat zur Stärkung der mentalen Gesundheit und psychosozialen Unterstützung von Flüchtlingskindern und Familien in Amman und Kampala gearbeitet.

Glaube in Aktion

Religiöse Autorität im Dienste der Bevölkerungsentwicklung: Von einem Imam, der mit Hebammen zusammenarbeitet, und von Nonnen, die über Verhütungsmittel aufklären.

Von Pelumi Olusanya-Winter

An einem Dienstagnachmittag erzählt mir mein Gegenüber sehr lebhaft von seinem jüngsten Besuch im Süden des Landes und einer Familie, die er nach jahrelangen Bemühungen endlich für sein Projekt begeistern konnte. Im Hintergrund höre ich den Beginn des Muezzinrufs und damit ist unser einstündiges Gespräch auch schon fast beendet. Auch wenn ich nicht vor Ort in Dakar, Senegal, sein kann, sondern vor meinem Bildschirm in Deutschland sitze, habe ich vom Erfahrungsschatz meines Interviewpartners profitiert und viele neue Eindrücke gewonnen.

Eine wichtige Doppelrolle

Das Interview habe ich mit Sheick Saliou Mbacké geführt im Rahmen einer Studie zum Zusammenhang zwischen Religiosität und Kinderzahlen in Westafrika. Er ist Leiter des „Cadre des Religieux pour la Santé et le Développement" (CRSD), einem interreligiösen Netzwerk religiöser Führerinnen und Führer im Senegal, und auf internationaler Ebene ein bekannter Berater im Bereich der Familienplanung und sexuellen Gesundheit. Was ihn und seine Ansichten zusätzlich kennzeichnet, ist, dass er in seinem Land auch ein bekannter Imam ist. So paradox diese Doppelrolle zunächst auch erscheinen mag – sie ist maßgebend in Diskursen, die auf Familienplanung in Westafrika abzielen.

In Westafrika gehört Religion zum Alltag, die Menschen bringen Geistlichen sehr viel Vertrauen entgegen

Laut Umfragen des Afrobarometers, eines panafrikanischen Meinungsforschungsinstituts, fühlen sich neun von zehn Menschen in Afrika einer Religion zugehörig. Im Alltag vieler Menschen auf dem Kontinent spielen religiöse Traditionen und Praktiken eine wichtige Rolle – sei es das tägliche Gebet, der regelmäßige Besuch eines Gottesdiensts oder das Ersuchen um Rat bei Priestern, Imamen oder anderen Geistlichen. Mehr als zwei Drittel der Menschen in Afrika bringen ihren religiösen Führungspersonen viel bis sehr viel Vertrauen entgegen. In einigen westafrikanischen Ländern wie im Senegal, der zu 95 Prozent muslimisch geprägt ist, sprechen sogar neun von zehn Menschen den Geistlichen sehr viel Vertrauen aus – mehr als allen anderen öffentlichen Führungspersönlichkeiten.

Trotz der enormen Diversität Afrikas wird der große Einfluss des Glaubens in säkulareren Teilen der Welt gerne als eine Erklärung für die hohen Kinderzahlen angeführt – und damit auch für das hohe Bevölkerungswachstum. Das gilt insbesondere für Westafrika, wo die Geburtenziffern im weltweiten Vergleich

mit am höchsten liegen. Da Frauen hier durchschnittlich fünf Kinder zur Welt bringen, wächst die Bevölkerung in der Region jährlich um fast 3 Prozent. Bis zur Mitte des Jahrhunderts dürfte sich die Einwohnerzahl von heute etwa 400 Millionen auf dann rund 800 Millionen Menschen verdoppelt haben. Der Trend zeigt, dass die Zahl der Wunschkinder in vielen westafrikanischen Ländern sinkt; doch wünschen sich Frauen im gesamtafrikanischen Schnitt immer noch zwei Kinder mehr als Frauen in asiatischen oder lateinamerikanischen Ländern.

Eine Kombination aus Predigt und Aufklärungsveranstaltung

Die Arbeit von Sheick Saliou Mbacké und seinem Team zeigt auf, wie wichtig es ist, die beiden Themen Familienplanung und Bevölkerungsentwicklung aus religiöser Sicht zu verknüpfen. In seinem Projekt arbeiten Imame zusammen mit Hebammen und medizinischem Personal, um Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung zu betreiben. Durch die Autorität der Imame genießen sie eine besondere Legitimität und hohes Ansehen.

In Kooperation mit der Regierung arbeiten die Teammitglieder nicht nur an nationalen Programmen, sondern begegnen auch den Menschen: Sie übersetzen den Koran in leichte Sprache und heben Textstellen hervor, die aufzeigen, dass muslimische und auch christliche Glaubensansätze der Familienplanung nicht widersprechen. Dazu werden kleine Hefte verteilt und Gespräche mit anderen religiösen Akteurinnen und Akteuren geführt.

Mit einer Kombination aus Predigt und Aufklärungsveranstaltung gehen die Projektmitarbeiter in ländliche Regionen, um die Menschen dort zu erreichen. So arbeitet das CRSD-Netzwerk auch mit Frauenrechtsgruppen und veranstaltet in Kooperation mit lokalen Akteurinnen und Akteuren jährlich über 600 Workshops. Strategisch zielt das Projekt auch auf die Sensibilisierung von Männern ab, die oft als Oberhaupt der Familie gelten und auch über die Familienplanung entscheiden.

So werden von Beginn an alle Beteiligten gleichberechtigt angesprochen, was für den Erfolg von Familienplanungsmaßnahmen wichtig ist, die in jeder Familie anders aussehen können. Wichtig ist zudem, die Ansprache an die jeweilige Zielgruppe anzupassen: So wird beispielsweise nicht über „sexuelle Aufklärung“ gesprochen, sondern über ein „erfülltes Familienleben“. Auch wenn das manchmal altmodisch klingt, ist dies notwendig, um die Kommunikation der religiösen Botschaft und des wissenschaftlichen Ansatzes unter einen Hut zu bringen.

„Wir haben schon viel Erfolg“, erzählt mir Sheick Saliou Mbacké stolz. „Seit 2017 haben wir sogar eine Tochterorganisation in Mali gegründet und kooperieren mit christlichen und muslimischen Gruppen in Marokko, Guinea und Niger.“ Zusätzlich zur Familienplanung stehen auch Themen wie die Bildung von Mädchen sowie sexuelle und reproduktive Gesundheit auf der Agenda.

CRSD ist nicht die einzige religiöse Organisation, die sich zu diesen Themen positioniert. Im Laufe meines Mercator-Jahres haben mir viele Studien und Gespräche gezeigt, dass Religion nicht der

In Westafrika gehört Religion zum Alltag, die Menschen bringen Geistlichen sehr viel Vertrauen entgegen

einzige ausschlaggebende Faktor für hohe Kinderzahlen sein kann. So habe ich von Nonnen erfahren, die in Côte d'Ivoire oder Benin über Verhütungsmittel aufklären. Es gibt Imame, die sich in Niger für kleinere Familien aussprechen, und religiöse Organisationen in Burkina Faso, die sich für Familienplanung und reproduktive Gesundheit einsetzen. Wie sonst könnte man erklären, dass das christlich-orthodox geprägte Äthiopien in den vergangenen drei Jahrzehnten einen raschen Rückgang der Geburtenziffern erlebt hat? Oder dass Frauen im muslimischen Tunesien durchschnittlich nur wenig mehr Nachwuchs bekommen als Frauen im eher säkularen Schweden?

Oftmals sind es besonders die religiösen Gruppen, die in der Bevölkerung verankert sind, die als erste die Nöte der Menschen vor Ort sehen und ihre Lebensrealitäten richtig wahrnehmen. Religiöse Autoritäten und Organisationen setzen sich häufig in demografierelevanten Bereichen ein wie Gesundheitsversorgung (speziell Mütter- und Kindergesundheit), (Mädchen-)Bildung, Gleichberechtigung oder Aufklärungs- und Sozialarbeit.

Die Zusammenhänge zwischen Religionszugehörigkeit, Religiosität, kulturellen Normen und Kinderwunschzahlen und damit auch die demografische Entwicklung sind deutlich komplexer als häufig angenommen. Die weit verbreiteten Religionen in Westafrika, nämlich Islam, Christentum und andere Religionen einzelner Volksgruppen, positionieren sich unterschiedlich zu Themen wie Familienplanung oder Sexualaufklärung. Und einzelne Personen legen dies auch noch verschieden aus, sodass oft eine große Diskrepanz zwischen Lehre und Praxis entsteht.

Trotz vieler positiver Beispiele gibt es in allen Glaubensrichtungen aber auch konservative Strömungen, die für diese Themen noch nicht sensibilisiert sind. Sich an der Schnittstelle von Glauben, Verantwortung und Bewahrung der Schöpfung zu engagieren und so der Herausforderung des Bevölkerungswachstums zu begegnen, ist für diese immer noch weltfremd und unzugänglich. Einzelne geistliche Führungspersönlichkeiten sprechen sich für große Familien und gegen moderne Verhütungsmittel aus. Andere religiöse Akteure lehnen Familienplanung nicht grundsätzlich ab, erlauben den Zugang zu Verhütungsmitteln aber erst ab einem gewissen Alter beziehungsweise nur für diejenigen, die verheiratet sind.

Konservative Strömungen haben immer noch kein Verständnis für die Herausforderung des Bevölkerungswachstums in Afrika

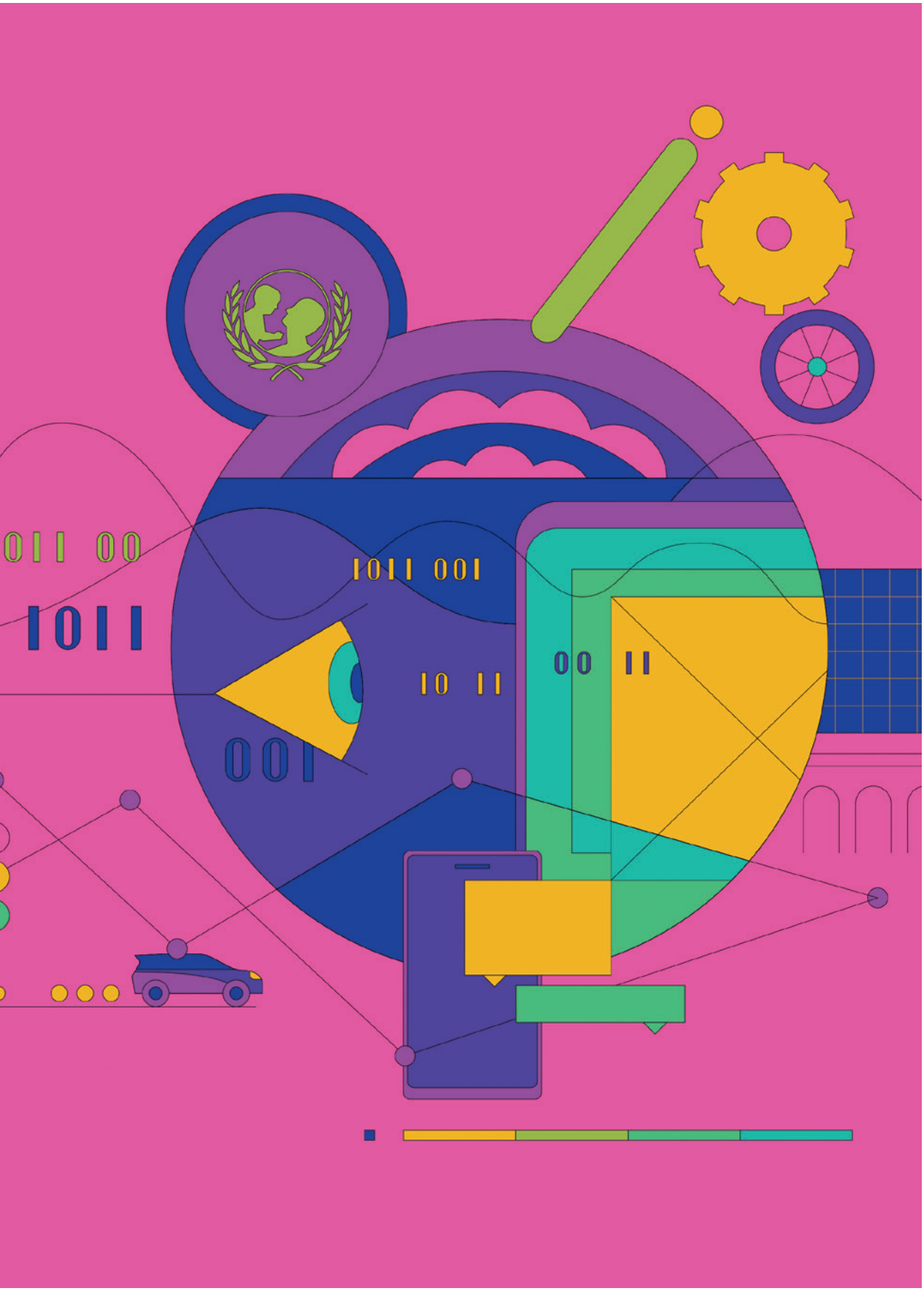
Es ist also noch ein langer Weg, bis Religion und Familienplanung wirklich zusammenkommen. Aber dass es schon so viele Akteurinnen, Akteure und Best-Practice-Beispiele in diesem Bereich gibt, bildet die Basis für einen Dialog, in dessen Verlauf religiösen Autoritäten und Organisationen, die sich bislang nicht für demografierelevante Themen engagieren oder sich sogar gegen Sexualaufklärung und Familienplanung aussprechen, eine andere Sichtweise aufgezeigt werden kann. Wenn es gelingt, sie von der Dringlichkeit solcher Themen und Maßnahmen zu überzeugen, können sie als Multiplikatoren in ihren Gemeinden einen großen Beitrag leisten. • •

Pelumi Olusanya-Winter hat sich in ihrem Mercator-Jahr mit Familienplanung und nachhaltiger demografischer Entwicklung in Westafrika beschäftigt.

Zukunft und Technologie

Zu den besten Lösungen führen oft auch innovative Optionen: von virtueller Realität zu Erkenntnissen aus der Verhaltensforschung.

Von Maximilian Gahntz, Irina Siminichina, Sheena Anderson, Judith Achenbach und Laurenz Scheunemann


011 00
1011
1011 001
10 11
00 11
100

Wettlauf nach irgendwo

Künstliche Intelligenz wird zum Spielball geopolitischer Interessen. Dabei gibt es auch andere Optionen für die USA, China und Europa, um die Vorteile des technologischen Fortschritts zu nutzen.

Von Maximilian Gahntz

Eric Schmidt ist ein umtriebiger Mann. Über anderthalb Jahrzehnte leitete der US-Amerikaner die Geschicke von Technologiegigant Google und später dessen Mutterkonzern Alphabet, gleichzeitig beriet er die Obama-Regierung zu Technologiefragen. Nun wagt er sich auf das geopolitische Parkett. Denn seit 2018 sitzt Schmidt der Nationalen Sicherheitskommission zu Künstlicher Intelligenz (National Security Commission on AI, NSCAI) vor. Diese präsentierte im März 2021 ihren Abschlussbericht, der auf 756 Seiten nicht weniger darlegt als eine Strategie, die es den USA ermöglichen soll, „die Ära der Künstlichen Intelligenz (KI) zu gewinnen". Seitdem trägt Schmidt in virtuellen Paneldiskussionen und Interviews auf beiden Seiten des Atlantiks die mahnende Botschaft der NSCAI in die Welt: Die USA drohen den KI-Wettlauf gegen China zu verlieren – mit potenziell dramatischen Folgen für Sicherheit und Demokratie in den USA und im Westen allgemein.

Das Bild des Wettlaufs um die Vormachtstellung bei Entwicklung und Einsatz der Schlüsseltechnologie KI ist zum beliebten Motiv für Politiker*innen, Journalist*innen und Denkfabriken geworden. Auch die chinesische Regierung und die EU halten mit ihren Ambitionen in diesem Bereich nicht hinterm Berg. Was dabei jedoch häufig unklar bleibt: Wohin geht dieser Wettlauf überhaupt? Denn bei genauerem Hinsehen scheinen in der öffentlichen und politischen Debatte um KI viele verschiedene Zielbilder zu einem zu verschwimmen. Dabei würden alle von mehr Klarheit und einer weniger effekthascherischen Rhetorik profitieren.

Drei Ziele lassen sich im Wesentlichen ausmachen: militärische Dominanz und innere Sicherheit, Marktführerschaft und wirtschaftliche Stärke sowie die „gemeinwohlorientierte" Nutzung von KI. Gemeinwohlorientierung, das heißt konkret: die Nutzung von KI bei der Bereitstellung öffentlicher Güter, etwa um eine bessere gesundheitliche Versorgung zu ermöglichen. Oder Menschen vor den Risiken zu schützen, die mit dem wachsenden Einsatz von KI einhergehen, z.B. vor Diskriminierung durch automatisierte Systeme.

Unterschiedliche Prioritäten

Der NSCAI-Abschlussbericht ist deutlich als verteidigungspolitisches Dokument zu erkennen. Er spiegelt eine dominante Sichtweise sowohl unter führenden Demokrat*innen als auch Republikaner*innen wider, nämlich dass KI von eminenter Bedeutung für die USA ist, wenn sie im Wettbewerb mit China bestehen wollen. Häufig ist dabei auch von einem „technologischen kalten Krieg" die Rede oder von einem „Wettrüsten" zwischen China und den USA – ungeachtet der Tatsache, dass es sich bei KI nicht um eine Waffe, sondern um ein Sammelsurium verschiedener Technologien handelt. So ist es kein Zufall,

dass in der US-Regierung bisher das Verteidigungsministerium treibende Kraft in Sachen KI war.

Beim vermeintlichen Gegenspieler China wurde KI schon vor einigen Jahren zur nationalen strategischen Priorität auserkoren. Sie soll nicht nur Chinas Aufstieg zur führenden Welt- und Wirtschaftsmacht beschleunigen, sondern wird beispielsweise auch zur Überwachung der Uiguren in der Provinz Xinjiang eingesetzt. Nicht nur in der Anwendung, auch in der Forschung kann sich das Reich der Mitte inzwischen mit den USA messen.

Die EU möchte sich davon abheben und stilisiert den eigenen „dritten" Weg als gemeinwohlorientierte Alternative zu einem marktlibertären Amerika und einem techno-autoritären China. Das trägt dann das Label „vertrauenswürdige KI" – oder in den Worten der geschäftsführenden Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Margrethe Vestager: „Vertrauen ist ein Muss, kein nice-to-have." Das dient aber auch als Mittel zum Zweck: Mehr Vertrauen in KI heißt im Umkehrschluss auch mehr wirtschaftliche Wertschöpfung durch KI. Denn auch mit Blick auf KI dient Digitalpolitik in der EU nicht allein dem Schutz von Grundrechten und Konsument*innen, sondern ist auch Industriepolitik.

Doch dieser Spagat zwischen verschiedenen Prioritäten ist kein einfacher; ob er der EU bislang gelingt, ist Ansichtssache. „Häufig scheint es, als würde es Europa an einer klaren Vision mangeln, welche Art digitaler Transformation es anstrebt", schreibt beispielsweise die Aktivistin Frederike Kaltheuner.

Sich von der Logik eines Wettlaufs zu lösen und der eigenen Ziele bewusst zu werden, verschafft Klarheit

Diese Zusammenfassung der verschiedenen Prioritäten in den USA, China und Europa zeichnet natürlich ein stark vereinfachtes Bild. Sie alle sind keine monolithischen Akteure, und politische Entscheidungsträger*innen sehen sich mit vielfältigen binnenpolitischen Interessen konfrontiert, insbesondere die EU als Verbund von 27 Staaten. Dennoch zeigt der Vergleich auf, wie sehr die verschiedenen Ziele im Zusammenhang stehen – teils begünstigen sie einander, teils stehen sie miteinander in Konflikt. So können wirtschaftliche Stärke und heimische Schlüsselindustrien – etwa Mikrochip-Hersteller – der Wahrung geopolitischer Interessen dienen. Im Eifer des Wettstreits verfrüht und unerprobt eingesetzte Technologien können jedoch massive Konsequenzen für menschliche Sicherheit und Rechte haben.

Es geht nicht nur um Geschwindigkeit

Die Metapher des Wettlaufs, auf einer Geraden mit Start- und Ziellinie, wird dieser Gemengelage nicht gerecht. Vielmehr bewegen wir uns in einem Raum mit einer Vielzahl verschiedener Endpunkte. So wird klar, dass es nicht unumgänglich ist, sein Handeln an der Logik eines Wettlaufs auszurichten. Wer sich dieser Logik widersetzt, sieht zudem, dass es nicht nur um Geschwindigkeit geht – sondern auch darum, bedacht die eigenen Ziele zu artikulieren und zu verfolgen.

Sich von der Logik eines Wettlaufs zu lösen und sich der eigenen Ziele bewusst zu werden, verschafft auch mehr Klarheit hinsichtlich der Optionen, die sich den einzelnen Akteuren darbieten. Das gilt in Zeiten des schwelenden Konflikts zwischen den USA und China insbesondere für Europa. Denn ein Ziel kann auch sein,

in der Logik des Wettlaufs zu intervenieren oder gar zu versuchen, die Regeln zu ändern. So kann die EU auch als Mittlerin auftreten und – anstatt sich auf einen kompromisslosen Wettbewerb einzulassen – Kooperation forcieren, in der Wissenschaft wie in der Industrie. Denn technologischer Fortschritt muss kein Nullsummenspiel sein. Vielmehr sehen wir heute, dass Innovation sich in unserer tief verflochtenen Welt schnell über Grenzen hinweg verbreitet.

Ebenso kann die EU darauf hinarbeiten, neue internationale Normen zu setzen, beispielsweise im Bereich militärischer KI, um einer Konfrontation zwischen den USA und China vorzubeugen. Wie die Politikwissenschaftlerin Heather M. Roff schreibt, sollten Staatschefs ihre Aufmerksamkeit darauf richten, „verantwortungsvollen Wettbewerb zu fördern“.

Die Frage, wie KI unsere Welt verändern und welche Rolle sie für geopolitische Interessen spielen wird, ist komplex, ihre Antwort nicht vorherzusagen. Der Reiz, solche Herausforderungen mit einfachen, leicht verdaulichen Metaphern zu erklären, bleibt derweil groß. Politisch Verantwortliche sollten diese Komplexität nicht ignorieren, sondern sich bewusst werden, dass ihr Kompass viele Nadeln hat. Es ist ihre Entscheidung, welcher sie folgen. Eric Schmidt wird wohl dennoch munter weiter davor mahnen, den Wettlauf mit China zu verlieren und, etwa durch allzu strenge Regulierung heimischer Unternehmen, die nationale Sicherheit zu untergraben. Ob man darauf hören will, steht auf einem anderen Blatt. • •

Maximilian Gahntz hat bei der EU-Kommission und der Mozilla Foundation zur Künstlichen Intelligenz gearbeitet. Der Text gibt seine persönliche Meinung wieder.

Digitaler Einsatz für den Frieden

Sind smarte Technologien auch smarte Lösungen für Friedensförderung? Das kommt auf den konkreten Fall an. Utopisches können sie nicht leisten, aber Unterstützung für solche Prozesse ist möglich.

Von Irina Siminichina

„Wer könnte Utopia bauen, wenn nicht Utopisten?“ Dieses Zitat aus Dave Eggers’ Buch „Der Circle“ ist ironisch, bedenkt man die dystopische Welt, die er beschreibt. Das fiktive Internetunternehmen „Circle“, das an eine Verschmelzung von großen Technologiekonzernen wie Google, Amazon und Facebook erinnern soll, beobachtet und kontrolliert alles.

Was für ein Gefühl, diesen Roman im Pandemiejahr des Mercator Kollegs zu lesen, in einer Zeit, in der sich viele Firmen erst noch auf Online-Konferenzen und Cloud-Server umstellen mussten. Und ganz besonders, wenn man sich mit digitalen Technologien im Kontext von Friedenseinsätzen und friedensbildenden Maßnahmen beschäftigt – Bereiche, die Utopie herausfordern. Mit der Frage „Sind smarte Technologien auch smarte Lösungen für Friedensförderung?“ startete ich ins Mercator-Jahr. Mein Fazit: Auch

nichttechnologieaffine Menschen sollten dem Thema Aufmerksamkeit schenken. Denn Technologien werden nun einmal eingesetzt, und ein Verständnis von Technologie hilft dabei, sich mit den positiven wie negativen Folgen ihrer Nutzung auseinanderzusetzen.

Eggers' Roman thematisiert die Gefahren durch soziale Medien, die Bedeutung von Datenschutz und das Recht auf Privatsphäre. Zweifelsohne sind Datenschutz und Datenrechte gerade in fragilen Kontexten, in denen Friedensmaßnahmen stattfinden, unabdingbar und müssen gewährleistet werden. Zudem bräuchte es eine eigene Analyse zur Frage, welche Rolle große Technologiekonzerne wie Facebook im Zusammenhang mit Friedensmaßnahmen spielen.

Digitale Technologien sind allerdings mehr als die sozialen Medien. Stark vereinfacht kann man sie beschreiben als jegliche Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) sowie als das Nutzen und Bearbeiten von Daten zum Beispiel durch Künstliche Intelligenz (KI). Auch fahrerlose Fahrzeuge, Satelliten und Drohnen können digitale Technologien sein, insbesondere wenn sie Daten produzieren. Im Grunde sind es elektronische Geräte, die physische Phänomene aufnehmen, Informationen generieren, analysieren oder auch kommunizieren können.

Die folgenden zwei Beispiele aus dem Bereich PeaceTech, das heißt Technologien für friedensbildende Maßnahmen, sollen helfen, diese Definition greifbarer zu machen und das Potenzial digitaler Technologien aufzuzeigen.

Gewalttätige Konflikte sind unter anderem dadurch gekennzeichnet, dass mindestens zwei Parteien sich mit Differenzen oder konfliktbehafteten Überzeugungen gegenüberstehen. Ansätze, um verhärtete Fronten zu lösen, erscheinen in der Theorie oft simpel, sind in Wirklichkeit aber schwierig umzusetzen – wie zum Beispiel Mediation, Dialog und die Bildung von sozialem Zusammenhalt. Insbesondere dialogbasierte Ansätze wollen einen Perspektivwechsel herbeiführen. Der vielzitierte physische Runde Tisch ist zwar wesentlich für friedensbildende Arbeit, doch eine unsichere Lage, weite Entfernungen oder auch Pandemien können solch ein Zusammentreffen erschweren.

Das Prinzip des virtuellen Treffens kann man noch weiterdenken: mit Simulation durch Virtuelle Realität

Mehr als nur Online-Dialog per Zoom

Ein aktuelles Beispiel ist ein Projekt von Interpeace, das grenzübergreifenden Dialog zwischen Burkina Faso und Mali fördert, um Konflikte zwischen den Gemeinschaften friedlich zu lösen. Diese internationale Organisation für Friedensbildung stellte durch Adaption und agiles Handeln während der Pandemie auf Online-Dialog über Zoom um. Knapp über die Hälfte der Teilnehmenden aus entlegenen Dörfern konnte so den Sitzungen folgen.

Das Prinzip des virtuellen Treffens kann man weiterdenken. Eine noch nicht vollständig untersuchte, aber zumindest viel diskutierte Methode ist die Anwendung von Virtueller Realität (VR). Dass VR Teil des UN Digital Mediation Toolkit ist (ein Bericht über die Einsatzmöglichkeiten von Technologien für Mediation), zeigt, dass VR auch für Friedensbildung im Gespräch ist. Mit dieser Technologie können meist dreidimensionale, zum Teil künstliche 360-Grad-Simulationen entstehen, die den Teilnehmenden das Gefühl geben, sich in

einem realen Raum zu befinden. Durch VR wird erhofft, Verständnis, Empathie und Bewusstsein für ein Gegenüber stärker und intensiver zu fördern, als dies zum Beispiel mit Videos erreicht werden kann.

Vorteile von VR sind nicht nur die Überbrückung von physischen Distanzen, sondern auch die Möglichkeit, gleiche Bedingungen und somit Fairness für alle Teilnehmenden zu schaffen. Bei Bedarf kann durch den Gebrauch von Avataren Anonymität gewährleistet werden. Der Einfluss von VR auf das echte Leben muss noch mehr diskutiert werden, denn natürlich ist die Erwartung, dass nach einer VR-Erfahrung verfeindete Lager beste Freunde werden, zu naiv. Soziale Kohäsion zu erarbeiten, braucht Zeit – wie in der physischen Welt. Dennoch sollte das Potenzial dieses Werkzeugs weiter untersucht werden, da die Anwendungsmöglichkeiten vielfältig sind.

Mit Handys gegen Fake News

PeaceTech muss aber nicht unbedingt neu sein oder, wie VR, futuristisch anmuten. Ein konkretes Beispiel ist „Una Hakika" (Swahili für „Bist du sicher?"). Diese Plattform, bestehend aus einem Team von Mitarbeiter*innen und Freiwilligen, verifiziert Falschinformationen und Gerüchte im kenianischen Tana-Delta.

In einem Blogbeitrag erklärt Christopher Tuckwood vom „The Sentinel Project" (die Non-Profit-Organisation, die Una Hakika entwickelte), dass Informationen durch anonyme Textnachrichten mit Mobiltelefonen an Una Hakika verschickt werden. In Kooperation mit führenden Vertretern der lokalen Bevölkerung werden dann Falschinformationen angesprochen und die Weiterverbreitung möglichst verhindert. Ziel ist es, Vertrauen zu schaffen und tödliche Konflikte zu verhindern, die durch Falschinformationen,

Digitale Technologien sind keine Patentlösung für Frieden, können oft aber sinnvoll eingesetzt werden

wie im Tana-Delta geschehen, ausgelöst werden können. Una Hakika zeigt, dass der Einsatz von digitalen Technologien für Friedensförderung nicht unbedingt die Nutzung von Drohnen oder VR bedeuten muss. Mobiltelefone können genauso gut dazu beitragen. Je nach Umfang der Informationen können für die Bearbeitung großer Datenmengen anschließend weitere technologische Hilfsmittel wie Maschinelles Lernen hilfreich sein.

Natürlich bergen die oben beschriebenen Technologien Risiken. Bei VR müssen Privatsphäre, Zustimmung fürs Filmen und Vertraulichkeit gegeben sein. Die Auswirkungen auf Teilnehmende müssen mitbedacht und negative Konsequenzen verhindert werden: Stichwort „do no harm". Letzteres gilt bei allen Interventionen, auch bei der Evaluation von Falschinformationen. Hierbei braucht es immer die menschliche Einschätzung zur Überprüfung von Daten. Damit manche Gemeinschaften, aber auch bestimmte Gruppen in einer Gemeinschaft, nicht übersehen werden, bedarf es zudem einer Analyse, wer über technologische Mittel wie Mobiltelefone verfügt. Des Weiteren ist eine der größten Fragen beim Thema Falschinformationen und Hassreden, wo die Grenze zu freier Meinungsäußerung ist. Denn Meinungsfreiheit darf nicht unter dem Deckmantel des Schutzes vor Falschinformationen eingeschränkt werden.

Diese wichtigen Fragen und Bedenken wurden während der zahlreichen Konsultationen zur Ausarbeitung der ersten

Strategie zur digitalen Transformation von UN-Friedenseinsätzen diskutiert. Die Teilnahme an diesen Konsultationen führte mir vor Augen, dass das Thema digitale Technologien für Friedenseinsätze und friedensbildende Maßnahmen sorgfältig bearbeitet werden muss, da Technologien weder die Patentlösung für Frieden sind, aber eben auch nicht nutzlos.

Was bedeutet dies nun für die Frage „Sind smarte Technologien auch smarte Lösungen für Friedensförderung?“ Das Hin und Her zwischen positiver und negativer Nutzung von digitalen Technologien kann nicht zu einer einfachen Antwort führen. Zu den bereits genannten Bedenken kommen noch folgende hinzu, die für mich besonders wichtig sind: Technologien können menschliche Interaktion, Arbeit und Überprüfung nicht ersetzen. Zudem muss eine Balance zwischen Vorhandenem und Innovation gefunden werden: Man kann Mobiltelefone innovativ nutzen, und auch neue Technologien entwickeln. Bei der Anwendung digitaler Technologien gilt das, was ich bereits in meinem Statistikkurs gelernt habe: „Die Forschungsfrage bestimmt die Methode, nicht umgekehrt.“

Entsprechend gilt: Die friedensbildenden Maßnahmen und damit verbundenen Schwierigkeiten bestimmen, ob digitale Technologien von Nutzen sind, nicht das bloße Vorhandensein von Technologien. Allein durch den Einsatz digitaler Technologien in Friedenskontexten wird Utopie nicht erreicht. Aber digitale Technologien können dazu beitragen, Friedenseinsätze und Friedensbildung zu unterstützen. • •

Irina Siminichina arbeitete zu neuen Technologien in Friedenseinsätzen beim ZIF, beim UN Department of Peace Operations und bei Interpeace.

Schwarz und deutsch sein

Das Versöhnungsabkommen mit Namibia zeigt, dass sich Deutschland auch heute noch seiner kolonialen Verantwortung entzieht und es den Rassismus hierzulande nicht ernsthaft bekämpft.

Von Sheena Anderson

Deutschland zählt zu den ehemaligen Kolonialmächten, unter anderem von 1884 bis 1915 im heutigen Namibia. Ein trauriger Höhepunkt deutscher kolonialer Gewalt ist der Vernichtungskrieg gegen die Ovaherero und Nama zwischen 1904 und 1908, dem schätzungsweise 100 000 Menschen zum Opfer fielen: Es war der erste Völkermord des 20. Jahrhunderts.

Erst 2021 konnten sich Deutschland und Namibia auf ein Versöhnungsabkommen einigen. Längst überfällig und von vielen Seiten sehnsüchtig erwartet, bleibt das Abkommen jedoch weit hinter den Erwartungen von Betroffenen, dekolonialen Aktivist*innen und von Rassismus betroffenen Menschen zurück. Besonders für viele Schwarze Menschen ist das Abkommen unbefriedigend, denn es zeigt nicht nur, dass Deutschland sich seiner überfälligen Verantwortung weiterhin entzieht, sondern verdeutlicht auch, wie das Land

zu seiner kolonialen Vergangenheit, zur Debatte um Rassismus und zu Schwarzen Menschen hierzulande steht – mit innen- wie außenpolitischen Auswirkungen.

Nach sechsjährigen Verhandlungen einigten sich die deutsche und die namibische Regierung am 28. Mai 2021 auf ein Abkommen zur Wiedergutmachung für den deutschen Völkermord an den Ovaherero und Nama in der damaligen deutschen Kolonie „Deutsch-Südwestafrika". Inhaltliche Schwerpunkte des Abkommens sind die Anerkennung des Völkermords, eine offizielle Entschuldigung sowie 1,1 Milliarden Euro Wiederaufbauhilfe.

Kritik am Abkommen kommt vor allem von Opferverbänden und antirassistischen Akteur*innen in Deutschland und Namibia. Viele beklagen den Ausschluss zivilgesellschaftlicher Gruppen von den Verhandlungen, allen voran Vetreter*innen der Ovaherero und Nama; die vehemente Weigerung, sich mit Reparationen auseinanderzusetzen oder den Begriff zu verwenden; die enorme Zeitverschwendung; und die fehlende Rückgabe von Ländereien. Der letzte Punkt ist besonders bezeichnend, wenn klar wird, dass 70 Prozent des kommerziellen Farmlands im Besitz von nur 7 Prozent der Bevölkerung sind (die Nachfahren weißer deutscher Siedler).

Darüber hinaus besteht der Eindruck, Deutschland habe die Verhandlungen bestimmt. Jedoch: Bei welcher Verhandlung dominiert der Täter seine Strafe? Zudem erheben auch die Damara und San als Betroffene Anspruch auf Beteiligung, die deutsche Regierung bezieht sich jedoch stets auf Ovaherero und Nama. Insgesamt scheint das Abkommen nicht alle Folgen umfassend in den Blick zu nehmen; und es geht eben nicht um Wiederaufbau, sondern um Reparationen, um Wiedergutmachung, um das Ableisten von Schuld.

Diskurse, die Auswirkungen auf das Leben von Minderheiten haben, müssen auch von ihnen geführt werden

Struktureller Rassismus

Auch mit Blick auf die Gegenwart und den Alltag Schwarzer Menschen ist das Abkommen bezeichnend. Dass Deutschland ein Rassismusproblem hat, ist für von Rassismus betroffene Menschen offensichtlich. Dass wir nach jedem Vorfall dennoch immer wieder diskutieren, alles analysieren und uns verteidigen müssen, ist ein schmerzhafter Stich und ein Platzverweis an den Rand der Gesellschaft: ein klares „Ihr seid anders, ihr gehört hier nicht her". Dieses Verhalten hängt auch mit der deutschen Kolonialgeschichte und der Debatte um Rassismus heute zusammen.

Ich schreibe diesen Text aus einer Schwarzen feministischen Perspektive. Es ist von enormer Bedeutung, dass Diskurse, die Auswirkungen auf das Leben von Minderheiten haben, auch von Minderheiten geführt werden. Dennoch wird Schwarzen beziehungsweise nichtweißen Stimmen rund um Kolonialismus in Deutschland kaum Gewicht verliehen. Zu selten werden Bezüge zu aktuellen rassistischen Debatten und zum Umgang mit Alltagsrassismus gezogen.

Nicht weiß und dennoch deutsch zu sein in diesem Land: Das zieht unangenehme Fragen, Sonderbehandlungen, Ausgrenzungen sowie strukturellen Rassismus bis hin zu Gewalt nach sich. Das liegt auch daran, dass zumeist in Deutschland Kolonialgeschichte, Migration, internationale Beziehungen und Rassismus getrennt voneinander untersucht und diskutiert werden. Dabei hängen all diese Themen

Nicht weiß und dennoch deutsch zu sein, zieht Racial Profiling, Ausgrenzung bis hin zu Gewalt nach sich

so eng miteinander zusammen. Inwiefern? Stark vereinfacht ausgedrückt rechtfertigte Rassismus koloniales Vorgehen, das die Zerstörung lokaler Gesellschaften und Unterdrückung, (Zwangs)Migration und Versklavung vieler Schwarzer Menschen zur Folge hatte. Darüber hinaus entstand ein globales Mächteverhältnis, das bis heute eine Rolle spielt und sehr deutlich bestimmt, wer unter unterschiedlichen Namen („der Westen", der Globale Norden, Industrieländer etc.) internationale Politik und Wirtschaft bestimmt.

Es ist für mich als Schwarze Frau unbegreiflich, mit welcher Vehemenz sich gegen eine gemeinschaftliche Betrachtung dieser Themen oder eine wissenschaftliche Analyse gewehrt wird, sei dies von Seiten des ehemaligen Innenministers Horst Seehofer, von führenden deutschen Museen, Universitäten, Historiker*innen oder anderen Menschen. Es dominiert weiterhin ein sehr „weißer Blick" auf die Kolonialgeschichte und ihre Auswirkungen auf die Gegenwart, obwohl es so viele mutige und wichtige Schwarze Stimmen in Deutschland gibt, die sowohl aus wissenschaftlicher als auch persönlicher Perspektive diesen Diskurs führen können und sollten.

Wir alle sind beeinflusst von kolonialen Kontinuitäten, doch Schwarze und andere nichtweiße Menschen haben mit ihren negativen Folgen zu kämpfen: Racial Profiling, Ausschluss und Stigmatisierung, institutioneller Rassismus beispielsweise in Schulen und Universitäten, misslungene Erinnerungspolitik, Staatsbürgerschaft und ihre diskursive Kopplung an Weißsein, die Residenzpflicht für geflüchtete Menschen sind nur einige Beispiele. Es waren schlussendlich die Vereinten Nationen, die 2017 bestätigten, was von Rassismus betroffene Menschen jeden Tag zu spüren bekommen: Struktureller Rassismus ist ein Problem in Deutschland. Und es sind diese Erfahrungen von Rassismus, die ihren Ursprung im Kolonialismus und den dort etablierten Vorstellungen haben und bis heute das Leben Schwarzer Menschen in Deutschland prägen. Das ist eine Tatsache, die im Abkommen mit Namibia nicht berücksichtigt wird.

Für eine feministische Außenpolitik

Auch außenpolitisch hat Deutschlands Umgang mit seiner Kolonialgeschichte und das Abkommen mit Namibia Auswirkungen. Mit Blick auf die vielen anderen ehemaligen deutschen Kolonien stellt sich die Frage, ob das Abkommen auch für die Beziehungen mit beispielsweise Burundi, Kamerun und Togo ausschlaggebend sein könnte. Doch hierzu muss sich zunächst der Blick innerhalb außenpolitischer Institutionen verändern, der zu sehr auf die Erhaltung des Status quo bedacht ist.

Eine Möglichkeit zur Veränderung und hoffentlich Besserung ist eine klar feministische Außenpolitik, die eine komplexe und würdevolle koloniale Aufarbeitung anstrebt. Für mich nimmt feministische Außenpolitik dabei stets eine intersektional-feministische Perspektive ein – sie ist qua Definition antirassistisch, dekolonial und am Wohl marginalisierter Menschen orientiert und somit prädestiniert, globale Machtverhältnisse, koloniale Kontinuitäten und weiße Vorherrschaft zu hinterfragen, allesamt verdeutlicht in Kolonialismus, Imperialismus, Kapitalismus, Militarismus, dem Patriarchat und

Rassismus. Eine feministische Außenpolitik beinhaltet eine politische Praxis, die auf die Abschaffung von Unterdrückung und Diskriminierung und das Infragestellen von Hierarchien abzielt und innen- wie außenpolitische Entscheidungen zum Einsatz für globale Gerechtigkeit fordert. Eine Gerechtigkeit, die klar rassismuskritisch ist und nicht nur in die Zukunft schaut, sondern auch Rechenschaft und Wiedergutmachung für Ungerechtigkeiten in der Vergangenheit leistet, die bis heute Auswirkungen auf den Alltag marginalisierter Menschen haben.

Die vorangegangenen Erläuterungen bestätigen leider die These, dass Deutschland sich seiner Verantwortung als ehemalige Kolonialmacht entzieht. Darüber hinaus wird versäumt, eine Verknüpfung zwischen kolonialer Vergangenheit und der mangelhaften Debatte um Rassismus in Deutschland herzustellen. Deutschland sendet damit ein Zeichen an Betroffene und Nachkommen der Ovaherero und Nama in Namibia, an die Diaspora in Deutschland und allgemein an Schwarze Menschen, dass sie nicht im Fokus der Verhandlungen und des Abkommens stehen. Frust und Schmerz sind groß, die Betroffenen fühlen sich im Stich gelassen, denn die politisch Verantwortlichen kämpfen nicht für sie.

Deutschland ist ein Einwanderungsland, eine ehemalige Kolonialmacht und ein Land mit einer besonders rassistischen Geschichte und daraus resultierender Verantwortung. Es ist an der Zeit, sich dieser anzunehmen und Schwarzen (und anderen marginalisierten) Menschen zu signalisieren: Ihr gehört dazu, auch ihr prägt dieses Land, eure Erfahrungen und Geschichten sind wertvoll. Innen- wie außenpolitische Entscheidungen müssen genau dies widerspiegeln – das Abkommen mit Namibia tut dies nicht. • •

Sheena Anderson arbeitete zu intersektionalem Feminismus, Klimagerechtigkeit und feministischer Außenpolitik, u.a. beim Centre for Feminist Foreign Policy.

Recht auf psychische Gesundheit

Die Behandlung seelischer Erkrankungen muss überdacht werden. Das Beispiel der „unterstützten Entscheidungsfindung“ zeigt, wie Betroffenen künftig ein würdevolleres Leben ermöglicht werden kann.

Von Judith Achenbach

Psychosoziale Krisen können jede und jeden treffen. Manche Menschen allerdings mit deutlich höherer Wahrscheinlichkeit – als Antwort auf die Umstände, unter denen sie leben. Die Maßnahmen, die aufgrund der Covid-19-Pandemie ergriffen wurden, machten dies für alle Menschen spürbar: Soziale Isolierung, Gewalterfahrungen oder andauernder Stress beispielsweise aufgrund von Existenzängsten beinträchtigen das Wohlbefinden. Auch belastende Kindheitserlebnisse oder Diskriminierungserfahrungen sind Risikofaktoren für psychische Probleme. Es sind die Lebensbedingungen, „in die Menschen geboren werden, in denen

sie wachsen, leben, arbeiten und altern", die den Unterschied machen, so beschreibt es ein Bericht der WHO-Kommission für soziale Determinanten von Gesundheit. Genauso wie sauberes Wasser und sanitäre Einrichtungen Bedingungen für gute körperliche Gesundheit sind, gibt es solche Voraussetzungen auch für unser psychisches Wohlergehen. Wertschätzende Beziehungen zu anderen Menschen und die Abwesenheit aller Arten von Gewalt sind essenziell, aber auch ein gesicherter Wohnsitz, Zugang zu Bildung und die ausreichende Verfügbarkeit finanzieller Mittel.

Es gibt viele Überschneidungen zwischen diesen sozialen Determinanten psychischer Gesundheit und den Lebensbedingungen, die über die Menschenrechte garantiert werden sollen. Das 1966 im UN-Sozialpakt formulierte Recht auf das höchste erreichbare Maß an körperlicher und geistiger Gesundheit umfasst nicht nur den bestmöglichen erreichbaren Zustand psychischer und körperlicher Gesundheit, sondern auch das Recht auf Rahmenbedingungen, in denen Menschen wachsen und gedeihen können.

Aus Objekten werden Subjekte

Diese Rahmenbedingungen rücken in der UN-Behindertenrechtskonvention besonders deutlich in den Vordergrund. Die 2008 in Kraft getretene Konvention stärkt die Rechte von Menschen mit Behinderung, indem sie die bisher bestehenden Menschenrechtsabkommen für deren spezifische Lebenssituation konkretisiert. Dabei gilt sie auch für Menschen mit psychosozialer Behinderung – das ist der in der Konvention verwendete Begriff. Er gilt für Menschen, die mit länger andauernden psychischen Einschränkungen leben oder akute Extremzustände erleben. Die Konvention steht für einen Paradigmenwechsel: Aus Objekten von Wohltätigkeit und medizinischer Fürsorge werden aktive Rechtsinhaber*innen und damit Subjekte.

John Stigmar begleitet in seiner Heimatstadt Malmö Menschen, die Krisen durchleben. Er arbeitet als „personligt ombud" (PO). Ein junger Beruf: Der Aufgabenbereich dieser persönlichen Fürsprecher*innen wurde erst in den 1990er Jahren entwickelt, als Antwort auf eine Lücke im System. „Wichtig ist es, eine gute Beziehung aufzubauen, Vertrauen zu entwickeln. Das braucht Zeit; Zeit ist fast das wichtigste, was ein PO mitbringt", so Stigmar. Er ergreift Partei für seine Klient*innen, klärt sie über ihre Rechte auf und unterstützt sie darin, sich und ihren Fähigkeiten mehr zu vertrauen. Die Treffen finden zuhause oder an öffentlichen Orten statt. Gespräche werden nicht dokumentiert und die Arbeitsabläufe sind frei: Die Anliegen der Klient*innen und ihre Präferenzen bestimmen seinen Arbeitsalltag.

POs überprüfen den Sozialstaat: Sie melden schlecht funktionierende Mechanismen oder Programme. Das von PO Skåne etablierte System gilt als beispielhaft in der Umsetzung der unterstützten Entscheidungsfindung, wie sie von der UN-Behindertenrechtskonvention gefordert wird. Menschen sollen in ihrer Autonomie unterstützt werden, um Entscheidungen selbst treffen zu können. Stigmar begleitet seine Klient*innen zu Behörden und unterstützt sie im Anschluss dabei, Unklarheiten auszuräumen und Fragen nachzugehen. Wenn sie vor einer Frage stünden, sei seine Antwort häufig: „Lass es uns rausfinden!"

*Menschen mit psychosozialer Behinderung werden in ihrem Alltag durch persönliche Fürsprecher*innen unterstützt*

Dann wird das Handy gezückt zur gemeinsamen Recherche. Selbstermächtigung ist das Ziel. Maths Jesperson, der Gründer von PO Skåne und selber krisenerfahren, betont: „Jeder von uns nutzt unterstützte Entscheidungsfindung. Entscheidungen passieren nicht im Vakuum, sie entstehen im Dialog.“ POs helfen ihren Klient*innen dabei, ein Netzwerk aufzubauen, in dem diese Dialoge stattfinden können – ein unterstützendes Beziehungsnetzwerk.

In vielen Ländern dominiert der biomedizinische, stark an der Heilung des Individuums orientierte psychiatrische Blick auf psychische Erkrankungen: ein Denken in Pathologien und Diagnosen, begleitet vom häufig langjährigen Einsatz von Psychopharmaka. Der Fokus liegt eher auf Denk- und Verhaltensmustern, die „repariert“ werden sollen, als auf einer Veränderung der Verhältnisse. Psychische Erkrankungen sind stark stigmatisiert und die betroffenen Menschen leben häufig sozial isoliert. Eng verwoben mit dieser Betrachtungsweise ist die Akzeptanz von Zwangs- und Isoliermaßnahmen als „notwendige Übel“.

Für ein Leben in Würde

Häufig verlieren Menschen mit einer psychischen Erkrankung ihre Entscheidungsmacht und sind massiven Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt. Auf internationaler Ebene und in mehreren UN-Organisationen finden sich jedoch auch Befürworter*innen einer anderen, menschenrechtsbasierten Ausrichtung. Inklusion und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben rücken in den Mittelpunkt. So hat sich Dainius Pūras, der ehemalige Sonderberichterstatter für das Recht auf Gesundheit, unermüdlich für eine menschenrechtsbasierte Neuausrichtung der psychosozialen Versorgung und die notwendigen Rahmenbedingungen für ein Leben in Würde eingesetzt. Auch der Sonderberichterstatter über Folter, die Parlamentarische Versammlung des Europarats und die WHO fordern eine umfassende Neuorientierung und eine langfristige Abschaffung aller Zwangs- und Isoliermaßnahmen. Mit der im Juni 2021 von der WHO herausgegebenen „Guidance on Community Mental Health Services: Promoting Person-Centered and Rights-Based Approaches“ wird gezeigt, dass eine humane Unterstützung ohne den Einsatz von Zwangsmaßnahmen möglich und wirksam ist.

Zur menschenrechtsbasierten Krisenbegleitung gehören viele Bausteine, auch ausreichend Personal und Zeit

Die UN-Behindertenrechtskonvention sichert allen Menschen das Recht auf eine wohnortnahe Unterstützung zu. An die Stelle großer psychiatrischer Institutionen tritt eine Vielzahl flexibler und niedrigschwelliger gemeindebasierter Angebote. Je nach Kontext sehen die Möglichkeiten unterschiedlich aus, die Grundlagen ähneln sich jedoch. Ein Team von Forscher*innen veröffentlichte 2020 im *Health and Human Rights Journal* sogenannte „critical elements of community support“ – Bausteine einer menschenrechtsbasierten Krisenbegleitung. Diese lassen sich drei Gruppen zuordnen.

1. Beziehungsgestaltung: Präsenz ist wichtig, um zu vermitteln: „Wir gehen hier gemeinsam durch.“ Für eine qualitativ hochwertige Begleitung von Menschen in psychosozialen Krisen braucht es ausreichend Personal und Zeit. Weltweit verwenden Länder im Durchschnitt bisher nur 2 Prozent ihres Gesundheitsbudgets für psychische Gesundheit. Vor allem aber

muss die Qualität steigen und Prävention ernst genommen werden. Hier spielt der Dialog eine wichtige Rolle: Die Suche nach Verständnis und die Zuwendung durch eine andere Person bieten Unterstützung bei der Überwindung der Krise. Menschen, die fragen: „Was ist dir geschehen?“ anstelle von: „Was stimmt nicht mit dir?“ Der offene Dialog aus Westlappland ist ein bekanntes Beispiel für eine konsequent dialogisch ausgerichtete Umgangsweise.

Kontinuität ist wichtig, denn Heilung findet in Beziehungen statt. Indem wir Personen in vulnerablen Situationen eine konstante Bezugsperson an die Seite stellen, schaffen wir Verlässlichkeit. Diese kann sowohl ambulant als auch stationär unterstützen, sollte dies notwendig sein. Es gibt erfolgreiche Beispiele, die zeigen, dass selbst ganze Teams in jedes Umfeld mitwechseln können. Wichtig ist die Ausrichtung der Angebote an der Person und ihren Bedürfnissen und nicht an den institutionellen Beschränkungen. Hilfreich können hier personenbezogene Gesundheitsbudgets sein, um die Planung von Hilfeleistungen zu vereinfachen und „aus einer Hand“ zu gestalten.

Menschen mit Krisenerfahrung sollten auf allen Ebenen umfassend einbezogen werden, auch im Management einer Organisation. Am besten helfen können oft diejenigen, die bereits Ähnliches erlebt haben. In betroffenenkontrollierten Angeboten stellen Menschen mit Krisenerfahrung sicher, dass die Unterstützung so gestaltet ist, wie sie es selber benötigt hätten.

2. Orte der Unterstützung: Hilfe kann und soll aufsuchend und flexibel sein, möglichst wohnortnah stattfinden. So können Menschen in ihrer Alltagsgestaltung begleitet und beim Aufbau von Beziehungen unterstützt werden. Auch sichere Rückzugsorte können Halt geben: Seien es Krisenwohnungen auf Zeit, Weglaufhäuser wie in Berlin, Soteria-Einrichtungen oder ein unterstützendes Café mit geschulten Mitarbeiter*innen. Wichtig ist auch hier die flexible Gestaltung und Ausrichtung an den Bedürfnissen der Betroffenen.

Hilfsangebote sollen an den Bedürfnissen der Person ausgerichtet sein, nicht an institutionellen Beschränkungen

Die wichtigen Dinge zuerst

3. Fokus der Unterstützung: Grundbedürfnisse sollten erfüllt werden und Hilfen vernetzt stattfinden: „Viele, wenn nicht die meisten Krisen, die sich in emotionalen Notlagen offenbaren, haben ihren Ursprung in zwischenmenschlichen Problemen oder stressauslösenden Umgebungsfaktoren (wie Mangelernährung, fehlende Kleidung und finanzielle Mittel, kein Zugang zu Transportmitteln, schlechte Wohnbedingungen oder rechtliche Probleme)“, heißt es in dem genannten Artikel.

Auch harm reduction (Schadensminimierung) ist ein wichtiger Bestandteil einer menschenrechtsbasierten Unterstützung. Ursprünglich aus der Drogenhilfe stammend, umfasst dieser Ansatz eine Reihe praktischer Strategien und Ideen, die in erster Linie darauf abzielen, negative gesundheitliche, soziale und rechtliche Konsequenzen des Konsums legaler und illegalisierter Substanzen zu reduzieren. Und das, ohne dabei zwangsläufig den Konsum an sich reduzieren zu wollen. Die weiterhin oft geforderte Abstinenz als Voraussetzung für die Aufnahme ist ein großes Hindernis für viele Menschen, die auf der Suche nach Unterstützung sind; ein großer Teil wird abgewiesen. Harm reduction als empathische und pragmatische

Philosophie holt Menschen dort ab, wo sie gerade stehen, fragt nach ihren Zielen und Bedürfnissen und orientiert sich konsequent an diesen. Sie setzt auf Kooperation und Stärkung der Selbstwirksamkeit. „First things come first“ – Grundbedürfnisse haben hier Vorrang.

Zusammengenommen können diese Bausteine den Weg weisen zum Aufbau einer Unterstützung, wie wir sie uns in schwierigen Zeiten wünschen würden. • •

Judith Achenbach hat zu harm reduction, zur humanen Krisenbegleitung und zu Strategien für eine Verbreitung menschenrechtskonformer Ansätze gearbeitet.

Gutes besser tun

Wissenschaftliche Erkenntnisse zu menschlichem Verhalten gewinnen an Einfluss in der Politik. Drei Ansätze, um Gesetze und Programme effektiver, partizipativer und menschengerechter zu gestalten.

Von Laurenz Scheunemann

Denken Sie an drei politische Probleme und überlegen Sie kurz, worin diese bestehen und wie sie sich lösen ließen. Wahrscheinlich haben alle drei einen gemeinsamen Nenner: menschliches Verhalten. Bei längerem Nachdenken erscheint es beinahe tautologisch: Um Gesetze, Programme oder Interventionen zu gestalten, die den Test der Realität bestehen, müssen wir verstehen, wie diese durch menschliches Denken, Fühlen und Handeln beeinflusst werden.

Im Zuge der Covid-Pandemie haben sich unsere demokratischen Akteure, Prozesse und Institutionen als unzulänglich, fehlerhaft und reformbedürftig erwiesen. Es gilt, wie Churchill prägnant formulierte, eine gute Krise niemals ungenutzt verstreichen zu lassen. Um für vergleichbar große Aufgaben wie den Klimawandel, politische Polarisierung oder Demokratieunzufriedenheit gewappnet zu sein, benötigen wir eine innovativere Politik, die auf wissenschaftlichen Erkenntnissen zu menschlichem Verhalten basiert.

Seit Mitte des vergangenen Jahrhunderts haben sich viele politisch Verantwortliche in ihrem Denken und Handeln nach einem Zerrbild menschlicher Natur gerichtet: dem Homo Oeconomicus, einem umfassend informierten, perfekt rationalen und egoistischen Nutzenmaximierer. Das ist aus zwei Gründen problematisch. Zum einen ist diese Theorie wissenschaftlich nicht haltbar. Denn wir sind eher Homo Heuristicus oder Homo Socialis – geprägt von evolutionären Denkmustern und darauf aus, den Normen unseres sozialen Umfelds zu folgen, um als fair und altruistisch wahrgenommen zu werden. Zudem wird die Theorie des Homo Oeconomicus zur selbsterfüllenden Prophezeiung, indem politische Annahmen altruistisches oder soziales Verhalten ignorieren und durch Anreize egoistisches Verhalten fördern. Das führt zu politischen Initiativen, die bestenfalls ineffektiv sind und häufig sogar mehr Schaden als Nutzen bringen.

Unser Gehirn ist ein durch Evolution adaptiertes und optimiertes Instrument,

das unseren Vorfahren die besten Überlebenschancen sicherte. Leider fehlt unseren Genen der evolutionäre Zeithorizont, unsere graue Materie an die Gegebenheiten des modernen Lebens anzupassen – was häufig in nicht optimalen Reaktionen resultiert. So neigen wir dazu, unsere Kompetenz zu überschätzen, während wir Risiken nicht richtig beurteilen und Basisraten ignorieren. Deswegen fürchten wir uns vor Haiangriffen, Flugzeugabstürzen und Terroranschlägen, während wir zu selten Helm und Maske tragen oder zur Vorsorgeuntersuchung gehen.

Der fundamentale Attributionsfehler sowie der damit verbundene Glaube an eine gerechte Welt verleiten uns dazu, unseren eigenen Erfolg auf unsere Fähigkeiten zurückzuführen, unseren Misserfolg aber auf sonstige Umstände. So sind die meisten von uns überzeugt, dass unser Wohlstand allein in unserer harten Arbeit begründet liegt. Bei anderen Menschen tendieren wir unterbewusst jedoch zu den gegenteiligen Zuschreibungen: Deren Armut und Unglück führen wir auf mangelnde Anstrengung oder falsche Entscheidungen zurück, statt deutlich wichtigere gesellschaftliche und strukturelle Faktoren zu beachten.

Im Rahmen meines Kolleg-Jahres beschäftigte ich mich mit Innovationen der verhaltenswissenschaftlichen Politikgestaltung, um das enorme politische Potenzial dieser Erkenntnisse zu realisieren.

Lehren aus Wissenschaft und Praxis

Nichts ist so praktisch wie eine gute Theorie – und wenig so folgenschwer wie unser politisches Agieren. Politik sollte die beste praktikable und verfügbare wissenschaftliche Evidenz in eine effektivere, nachhaltigere und menschengerechtere politische Praxis übersetzen. Dazu bedarf es einer engeren Verzahnung von Wissenschaft und Praxis. Gleichzeitig gilt es zu analysieren, wo notwendiges Wissen fehlt, und dort gezielt in Forschung zu investieren. Es ist fahrlässig und unvertretbar kostspielig, die besten wissenschaftlichen Erkenntnisse über menschliches Denken, Fühlen und Verhalten zu ignorieren. Eine Zahl verdeutlicht, was dabei auf dem Spiel steht: Im Schnitt sind 40 Prozent aller verfrühten Tode auf menschliches Verhalten zurückzuführen, etwa durch ungesunde und riskante Lebensweisen.

Vielversprechend: Erkenntnisse aus den Verhaltenswissenschaften werden heute immer mehr auch in politischen Institutionen genutzt

In den vergangenen Jahren haben Erkenntnisse aus den Verhaltenswissenschaften an Einfluss gewonnen, was auch im Zuge meiner Stagen deutlich wurde. So haben inzwischen zahlreiche Regierungen und internationale Organisationen verhaltenswissenschaftliche Abteilungen; die Vereinten Nationen haben 2021 „Behavioural Science“ zu einer strategischen Priorität erklärt. Bei der Mind, Behaviour and Development Unit der Weltbank arbeitete ich beispielsweise in entwicklungspolitischen Projekten, um mithilfe von Evidenz zu sozialer Kohäsion und gesellschaftlichem Vertrauen die politische Lage in konfliktgeplagten Staaten wie Irak und Libanon zu stabilisieren und damit auch wirtschaftliche Chancen zu eröffnen. Der Trend ist vielversprechend: Laut OECD nutzen heute mehr als 200 politische Institutionen verhaltenswissenschaftliche Erkenntnisse, um bessere Gesetze und Programme zu erstellen.

Probieren geht über Studieren

Der Wirtschafts-Nobelpreis 2019 wurde für eine revolutionäre Idee verliehen: testen, ob etwas funktioniert. Die Preisträger*innen hatten dazu beigetragen, globale Armut durch auf die Bedürfnisse der Adressaten zugeschnittene Interventionen zu bekämpfen und deren Effektivität mit wissenschaftlichen Methoden zu überprüfen. Sie nutzten dazu eine gar nicht so revolutionäre Methode: randomisierte Kontrollstudien.

In der medizinischen Forschung werden diese bereits seit Jahrzehnten angewandt, um die Wirksamkeit von Medikamenten im Vergleich zu einem Placebo zu testen. In den vergangenen Jahren hat dieser Ansatz auch in der psychologischen, ökonomischen, sozial- und verhaltenswissenschaftlichen Forschung Anwendung gefunden. Doch während es inzwischen rund 200 000 qualitativ hochwertige experimentelle Studien zu medizinischen Interventionen gibt, bewegt sich diese Zahl in anderen Politikbereichen bei zusammengenommen wenigen hundert.

Auch in der politischen Praxis wartet diese Methode noch auf breite Anwendung, denn die experimentelle Politikgestaltung sieht sich viel Kritik ausgesetzt: Sie sei zu teuer, ethisch nicht zu vertreten und mit den politischen Realitäten nicht vereinbar. Gegen diese Einwände führe ich hier drei Argumente an: Erstens sind randomisierte Kontrollstudien zwar kostspielig, ihr Preis verblasst jedoch im Vergleich mit milliardenschweren politischen Programmen, die oftmals keine nennenswerte Wirkung haben (zu einem Drittel, so Toby Ord, Philosoph aus Oxford). Zweitens ist es ethisch zwar kontrovers, der Kontrollgruppe möglicherweise effektive Interventionen vorzuenthalten. Es ist aber viel problematischer, gar nicht erst zu testen, welche Folgen politische Programme haben. Zudem werden die meisten Gesetze nach einem erfolgreichen Test ausgeweitet und kommen der gesamten Bevölkerung zugute. Drittens: Als sich US-Präsident Franklin D. Roosevelt in einer Rede an die amerikanische Bevölkerung dafür aussprach, Politik systematisch zu testen, nannte das einer seiner Berater ein „frappierendes Beispiel politischer Dummheit". Davon unbeeindruckt führte Roosevelt die USA – auch dank des experimentellen New Deal – erfolgreich durch die Große Depression sowie den Zweiten Weltkrieg und wurde als einziger US-Präsident vier Mal ins Weiße Haus gewählt. Der Physiker Richard Feynmann hat Wissenschaft einmal als den Glauben an die Fehlbarkeit von Experten beschrieben. Im politischen Prozess sollten wir nicht blind vertrauen, dass unser gut gemeintes Handeln positive Effekte hat, sondern Politiken konsequent testen sowie iterativ verbessern.

Mit experimentellen Studien kann die Effektivität unserer Politiken getestet werden

Demokratie von, für und durch Bürger

Westliche Demokratien befinden sich in einer existenziellen Krise. Das Vertrauen in die Regierungen von OECD-Staaten stagnierte bereits vor der Corona-Krise auf einem Allzeittief unter 50 Prozent. Zudem glauben weniger als 40 Prozent aller OECD-Bürger, dass sie einen Einfluss auf ihre Regierungen haben. Gleichzeitig scheinen komplexe und globale Krisen wie die Pandemie technokratische, ja undemokratische Lösungen wie verhaltenswissenschaftliche Politikgestaltung und robuste Wirksamkeitsanalysen zu erfordern.

Doch dieser Schein trügt: Verhaltenswissenschaftliche Politikgestaltung

und robuste Wirksamkeitsanalysen lassen sich bestens mit partizipativer Politikgestaltung verbinden. Diese Methoden haben enorm an Aufwind gewonnen – und sie unterscheiden sich in Umfang, Design und Zielsetzung.

Auf der ambitionierteren Seite stehen sogenannte Bürgerversammlungen, bei denen eine repräsentative Stichprobe der Wählerschaft über mehrere Wochen und mit dem Input von Fachleuten Lösungsvorschläge für ein politisches Problem erarbeitet, über die im Anschluss von der Regierung, dem Parlament oder in einer Bürgerbefragung abgestimmt wird. Das repräsentative gesellschaftliche Abbild der zufällig ausgelosten Bürger*innen verleiht dem Prozess Legitimität. Gleichzeitig haben letztere jedoch ausreichend Zeit und Ressourcen, in Ruhe und ohne partei- und wahlpolitische Zwänge die bestmögliche, mehrheitsfähige Lösung zu erarbeiten. So haben kürzlich zwei Bürgerversammlungen im Vereinigten Königreich und in Frankreich konkrete und ambitionierte Vorschläge zur Umsetzung der Pariser Klimaziele erarbeitet. Dass diese demokratische Methode auch Antworten auf politisch heikle Themen finden kann, verdeutlicht eine Bürgerversammlung im erzkatholischen Irland: Ihr Vorschlag zur Legalisierung der Homo-Ehe wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Auf der anderen Seite stehen Formen der Bürgerbeteiligung in verschiedenen Stufen des Gesetzgebungsprozesses. Wie der Politikwissenschaftler John Dewey einst pointiert bemerkte, weiß die Person am besten, wo der Schuh drückt, die in ihm steckt. Im Zuge von menschenzentrierten Design-Prozessen können Entscheidungsträger*innen Bürger*innen aktiv in die Politikgestaltung einbinden. Dabei gilt es, den Grundsatz erfolgreichen Designs zu beachten: Form folgt Funktion.

Bürgerversammlungen in Großbritannien und Frankreich erarbeiteten Vorschläge zu den Pariser Klimazielen

In manchen Fällen mag es schon ausreichen, zu Beginn des Gesetzgebungsprozesses Erkenntnisse von betroffenen Bürger*innen zu dem Problem und möglichen Lösungsansätzen einzuholen. In anderen Fällen können Gesetzesvorschläge mit einer repräsentativen Gruppe getestet werden. Welche Form der Beteiligung wann, mit wem und wie am besten funktioniert, sollte in einem iterativen Prozess ergründet werden. Partizipative Entscheidungsformen können unsere Demokratie auf lokaler und regionaler Ebene beleben und Demokratieskepsis entgegenwirken, indem Bürger*innen regelmäßig in demokratischen Entscheidungsgremien mitwirken.

Gewappnet für die nächste Krise

In Krisenzeiten wird politisches Handeln von Ideen bestimmt, die zu jener Zeit bereitliegen, wie der streitbare Ökonom Milton Friedman beobachtete. Um Lösungsansätze für die zentralen sozialen, ökonomischen und ökologischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu entwickeln, müssen vielversprechende verhaltenswissenschaftliche Innovationen auf dem Amboss lokaler wie internationaler Politikgestaltung und im Feuer politischer Realitäten erprobt und gestählt, adaptiv angepasst und schließlich skaliert werden. So stellen wir sicher, dass unser politisch-gestalterisches Rüstzeug der nächsten Krise gewachsen ist. • •

Laurenz Scheunemann arbeitete daran, verhaltenswissenschaftliche Evidenz und innovative, partizipatorische Methoden zur Gestaltung von Politik zu nutzen.

Seminarphasen

1.
Vorbereitungsseminar

Zu Beginn des Kollegs erhalten die Kollegiat*innen eine individuelle Beratung zur Planung und Organisation ihrer einzelnen Stagen. Darüber hinaus umfasst das Seminar u.a. ein Bewerbungstraining, den Austausch mit Ehemaligen sowie einen durch die Gruppe selbst gestalteten Open Space. Wegen der Covid-19-Pandemie fand das Vorbereitungsseminar 2020 digital statt.

2.
Einführungsseminar

Im Rahmen des 13-tägigen Einführungsseminars in Essen und Berlin diskutieren die Kollegiat*innen Fragen der internationalen Politik und Zusammenarbeit mit Expert*innen aus Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wissenschaft. Zudem stehen u.a. Workshops zum Thema Unconscious Bias und Selbstfürsorge auf dem Programm.

3.
Winterseminar

Während des zehntägigen Seminars in der Schweiz geht es um die Entwicklung von Führungs- und Schlüsselkompetenzen. Die Kollegiat*innen werden in internationaler Verhandlungsführung und Rhetorik geschult und belegen einen Schreibworkshop. Gespräche mit internationalen Expert*innen in Bern und am UN-Standort Genf runden das Programm ab. 2021 konnte der Besuch in der Schweiz leider nur digital stattfinden.

4.
Sicherheitslehrgang

Im Anschluss an das Winterseminar nehmen die Kollegiat*innen an einem fünftägigen Lehrgang zum richtigen Verhalten in Krisengebieten im UN-Ausbildungszentrum in Hammelburg teil und werden so auf einen möglichen Einsatz in Krisenregionen vorbereitet. Für den 12. Jahrgang konnte der Lehrgang aufgrund der pandemischen Lage nicht im Januar 2021 stattfinden, sondern wird 2022 nachgeholt.

5.
Zwischentreffen

Das zehntägige Zwischentreffen im Mai wird von den Kollegiat*innen organisiert. Es bietet ihnen die Chance, Politik, Gesellschaft und Kultur eines Schwellenlands oder eines Hotspots europäischer Außenpolitik näher kennenzulernen. Das Zwischentreffen des 12. Jahrgangs wurde verschoben und fand im September 2021 in Bordeaux statt.

6.
Abschlussseminar

Nach ihren Stagen kehren die Kollegiat*innen im September zu einem einwöchigen Abschlussseminar nach Berlin zurück. Im Fokus stehen die Reflexion des Kolleg-Jahres, der Erfahrungsaustausch mit dem neuen Jahrgang und die feierliche Abschlusspräsentation der Projekte.

Dr. Klaus Scharioth trat 1976 in den Auswärtigen Dienst ein. Er war Politischer Direktor und Leiter der Politischen Abteilung, Staatssekretär und Botschafter in Washington. Seit 2011 ist er Rektor des Mercator Kollegs für internationale Aufgaben, seit Anfang 2012 auch Professor of Practice an der Fletcher School of Law and Diplomacy in den USA.

Georges Martin ist seit 2016 Vizerektor des Kollegs. Bis September 2017 war er Diplomatischer Berater für besondere Aufgaben des Schweizer Außenministers. Zuvor war er stellv. Staatssekretär im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten, Chef der Abteilung Internationale Sicherheit im EDA sowie Botschafter in Jakarta und Nairobi.

Teresa Spancken studierte Politik- und Ostasienwissenschaften in Heidelberg, Fukuoka und Duisburg. Sie arbeitet seit 2017 für die Stiftung Mercator und verantwortet das Mercator Kolleg. Weiterhin beschäftigt sie sich mit internationaler Neuordnung, mit Multilateralismus sowie der Förderung außenpolitischer Denker*innen und Praktiker*innen.

Katharina Seibel studierte Politik- und Verwaltungswissenschaften und Internationale Rechts- und Sicherheitsstudien in Konstanz, Amsterdam und Peking. Sie arbeitet seit 2017 für die Studienstiftung des deutschen Volkes und ist u.a. als Projektleiterin für das Mercator Kolleg und als Referentin für Stipendiat*innen in Heidelberg tätig.

Dr. Silvan Moser studierte Geschichte und Philosophie des Wissens an der ETH Zürich und promovierte dort zu Grundfragen der praktischen Philosophie. Er ist seit 2020 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Schweizerischen Studienstiftung und leitet dort u.a. das Mercator Kolleg für internationale Aufgaben und das Bildungsprogramm „Culture Matters“.

Stephanie Huber war von 2013 bis 2021 Projektmanagerin bei der Stiftung Mercator Schweiz, wo sie u.a. die Leitung des Mercator Kollegs innehatte. Seit ihrem Geografiestudium und Engagements in Umweltschutz- und Entwicklungsprogrammen arbeitete sie vor allem zu den Themen nachhaltige Ressourcennutzung und ökologische Landwirtschaft.

Der Mercator Kolleg-Jahrgang 2020/2021

Judith Achenbach beschäftigte sich mit der Weiterentwicklung menschenrechtsbasierter Ansätze zur Förderung der psychischen Gesundheit. Diese sollen die Autonomie der Personen achten, soziale Inklusion unterstützen und ohne Zwangs- und Isoliermaßnahmen arbeiten. Judith studierte Medizin in Leipzig, Regensburg, Indien und Israel.

Sheena Anderson setzte sich mit intersektionalen Perspektiven auseinander und ging der Frage nach, wie diese globale Gerechtigkeit und Verantwortung befördern können. Im Studium spezialisierte sie sich auf Frieden und Nachhaltigkeit, Intersektionalität, Krieg und Geschlecht, Postkonfliktstaaten und Völkerrecht.

Jan-Oliver Distler befasste sich mit den sozialen und ökonomischen Folgen von Umweltpolitik und der Frage, wie die Transformationskosten hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft gerecht verteilt werden können. Er studierte Globale Governance und Diplomatie in Oxford sowie Wirtschaftswissenschaften in Lancaster und Reutlingen.

Sophie Falsini analysierte, wie die Förderung finanzieller Inklusion und finanzieller Allgemeinbildung bei schutzbedürftigen Gemeinschaften im ländlichen Raum zur Armutsbekämpfung und Stärkung der Rolle der Frau beitragen kann. Sie studierte internationale Beziehungen in Deutschland, Russland, Estland, Italien und der Ukraine.

Maximilian Gahntz ging der Frage nach, welcher rechtliche Rahmen und welche Governance-Strukturen für gemeinwohlorientierte Künstliche Intelligenz notwendig sind. Er studierte Public Administration und Public Policy an der Columbia University und der Sciences Po Paris sowie Politik- und Verwaltungswissenschaften in Konstanz.

Laura Gerards Iglesias befasste sich mit der Inklusion von lokalen Frauengruppen in Friedensprozessen im Rahmen der UN-Resolution 1325. Laura spezialisierte sich während ihres Masters in International Affairs an der Hertie School in Berlin und dem Graduate Institute in Genf auf inklusive Friedensprozesse.

Peter Grabitz arbeitete in seinem Mercator-Jahr zur Gesundheitsversorgung entlang von Fluchtrouten. Sein Schwerpunkt lag auf chronischen Erkrankungen. Zuvor war er für eine Seenotrettungs-NGO und in der medizinischen Forschung aktiv. Peter studierte Medizin in Berlin, Brüssel und Montréal.

Mona Hein arbeitete zu religiösen Akteur*innen in (Post-)Konfliktregionen und konzentrierte sich dabei auf die Anwendung des „Do no harm"-Ansatzes. Sie studierte Religion und Kultur in Berlin und Beirut sowie Internationale Soziale Arbeit und Diakoniewissenschaft in Ludwigsburg, Kampala und Jakarta.

Hoang Tran Hieu Hanh setzte sich mit den Auswirkungen des Klimawandels auf Migration und Vertreibung auseinander. Sie studierte den Masterstudiengang Internationale Beziehungen (MAIB) in Berlin und Potsdam.

Manuel Holzer befasste sich mit nachhaltigen und klimaresilienten Ernährungssystemen. Im Fokus stand die Frage, welche sozioökonomischen Rahmenbedingungen das Potenzial haben, diese zu fördern. Manuel studierte Umweltnaturwissenschaften an der ETH Zürich.

Lisa Kadel beschäftigte sich mit der Frage, wie Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit, Partizipation und intersektionale Ansätze gegen Diskriminierung mit Klimapolitik verknüpft werden können. Sie studierte Internationale Beziehungen und Menschenrechte in Dresden, Boston und Essex.

Mattia Mäder analysierte verschiedene Ansätze zur Erreichung der Klimaneutralität unter Berücksichtigung naturwissenschaftlicher, betriebswirtschaftlicher und politischer Aspekte. Er studierte Energy Science & Technology (M.Sc.) und Umweltingenieurwissenschaften (B.Sc.) an der ETH Zürich.

Rim Melake untersuchte verschiedene Innovationsansätze aus der Privatwirtschaft, dem Start-up-Bereich und internationalen Organisationen und ihre Anwendbarkeit für die Entwicklungszusammenarbeit. Sie erwarb einen Doppelmaster in International Development und in Economics and Management.

Dorothee Nussbruch ging der Frage nach, wie öffentlich-private Partnerschaften lokale Kapazitäten in der humanitären Hilfe stärken können. Sie erwarb ihren M.Sc. in Geography of Environmental Risks and Human Security und sammelte im Studium Berufserfahrung bei den Vereinten Nationen und im Privatsektor.

Pelumi Olusanya-Winter beschäftigte sich mit dem Thema Familienplanung und Bevölkerungsdynamik in Westafrika. Arbeitserfahrungen sammelte sie zuvor in Togo, Sierra Leone und Nepal und erwarb einen M.Sc. in Global Health und einen B.A. in Public Health.

Laurenz Scheunemann widmete sich der Frage, wie verhaltenswissenschaftliche Evidenz und innovative, partizipatorische Methoden genutzt werden können, um Politik effektiver und menschengerechter zu gestalten. Er studierte Social Intervention and Policy Evaluation in Oxford sowie Politik, Verwaltung und Psychologie in Konstanz.

Felicia Siegrist ging der Frage nach, wie Frauen in Schwellen- und Entwicklungsländern bei der Gründung oder dem Ausbau eines eigenen Unternehmens unterstützt werden können. Nach ihrem Studium in Betriebswirtschaft in St. Gallen erwarb sie einen M.Sc. in Innovation und Entrepreneurship an der ESADE Business School.

Irina Siminichina beschäftigte sich mit der Frage, inwiefern neue Technologien Friedenseinsätze im Feld unterstützen können. Ihr Ziel war es, Policy-relevante Maßnahmen zu entwickeln, um Friedenseinsätze effektiver zu gestalten. Sie studierte Politik an der Universität Zürich sowie Comparative and International Studies an der ETH Zürich.

Noemi Skala analysierte, wie Mental Health & Psychosocial Support (MHPSS) für geflüchtete Kinder im Nahen Osten und Ostafrika zielgerecht zur Verfügung gestellt werden kann. Noemi erwarb einen M.Sc. in klinischer Psychologie und kognitiver Neurowissenschaft der LMU München sowie einen B.Sc. in Psychologie in Bath und Boston.

Impressum

Herausgeber
Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik

Chefredakteur
Martin Bialecki (V.i.S.d.P.)

Redaktionelle Leitung
Uta Kuhlmann

Redaktion
Dr. Henning Hoff, Dr. Joachim Staron
Projektmanagerin: Charlotte Merkl
Redaktionelle Mitarbeit: Kaya Milobara,
Simona Seeleitner

Layout
Thorsten Kirchhoff

Redaktionsanschrift
Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin
Tel.: +49 (0)30 25 42 31 46
ip@dgap.org

Bildnachweis
David Außerhofer

Illustration
bitteschön.tv

Die hier geäußerten Meinungen sind die der Kollegiat*innen und nicht der Organisationen, für die sie gearbeitet haben.

Dieses IP Special wurde gefördert durch die Stiftung Mercator.

Das Mercator Kolleg für internationale Aufgaben vergibt jährlich 20 Fellowships in Deutschland sowie fünf Fellowships in der Schweiz an junge Führungskräfte und exzellente Hochschulabsolvent*innen aller Fachrichtungen zur Vorbereitung auf Führungsaufgaben bei internationalen Organisationen und NGOs.

Weitere Informationen sowie das Bewerbungsformular finden Sie auf:
www.mercator-kolleg.de und **www.mercator-kolleg.ch**

Studienstiftung des deutschen Volkes

STIFTUNG MERCATOR

Schweizerische Studienstiftung
Fondation suisse d'études
Fondazione Svizzera degli Studi
Fundaziun svizra da studis
Swiss Study Foundation

Stiftung Mercator Schweiz

Studienstiftung
des deutschen Volkes

STIPENDIUM

AUSLANDSFÖRDERUNG

KOLLEGS

AUSTAUSCH

SOMMERAKADEMIEN

VERNETZUNG

SPRACHKURSE

Begabung fördern

Gesellschaft gestalten

PRAXISSEMINARE

SELBSTBEWERBUNG

Das Mercator Kolleg für internationale Aufgaben fördert jedes Jahr 20 deutsche sowie fünf schweizerische Hochschulabsolvent*innen aller Fachrichtungen und junge Berufstätige, die für unsere Welt von morgen Verantwortung übernehmen wollen. Während des Kolleg-Jahres arbeiten die Kollegiat*innen in internationalen Organisationen, global tätigen Nichtregierungsorganisationen, Non-Profit-Organisationen oder Wirtschaftsunternehmen. Ziel des Programms ist es, engagierte Persönlichkeiten für diesen Bereich zu gewinnen sowie international denkende und handelnde Nachwuchskräfte zu qualifizieren.

Das Mercator Kolleg für internationale Aufgaben ist ein Projekt der Studienstiftung des deutschen Volkes und der Stiftung Mercator, in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt, sowie der Schweizerischen Studienstiftung und der Stiftung Mercator Schweiz, in Kooperation mit dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten.

MERCATOR KOLLEG
FÜR INTERNATIONALE AUFGABEN